



5. Heft | 12. März 1914

## PAUL UMBREIT · DIE NEUEN METHODEN DER ARBEITSLOSENVERSICHERUNG

**A**US dem Kampf um das Prinzip ist die Entwicklung der Arbeitslosenversicherung in Deutschland in das Stadium des Kampfes um die beste Methode eingetreten. Daß eine Arbeitslosenversicherung auf die Dauer nicht zu umgehen ist, leugnen heute nur noch die industriellen Scharfmacher und ihr kleinbürgerlicher Anhang, aber kein vernünftiger Volkswirt und Staatsmann mehr. Auch die Reichsregierung sprach sich bei der Beratung der sozialdemokratischen Interpellation im Reichstag im Dezember 1913 nicht grundsätzlich gegen eine Arbeitslosenversicherung aus; sie erachtete diese nur noch nicht reif zur gesetzlichen Lösung. Es müsse eine Arbeitslosenstatistik und eine Ausgestaltung der Arbeitsnachweise vorangehen. Hauptsächlich wandte sich aber der Staatssekretär Dr. Delbrück gegen die Förderung des Genter Systems aus Reichsmitteln; es sei bedenklich Berufsvereinen, die sich selbst als Kampfvereine bezeichnen, eine solche Unterstützung aus öffentlichen Mitteln zu geben. Ebenso bedenklich sei es eine Reichsarbeitslosenversicherung im Anschluß an die Gewerkschaften einzuführen, weil eine solche Versicherung als Koalitionszwang wirken müsse. So verdichtet sich der Widerstand der maßgebenden Kreise im Reich gegen die Arbeitslosenversicherung zum Kampf gegen ein gewisses System, das sich zwar seither unter allen Methoden der Arbeitslosenversicherung als das erfolgreichste erwiesen hat, das aber in dem Geruch steht die Gewerkschaften und ganz besonders die freien Gewerkschaften zu begünstigen. Denn auch in Kreisen der Gemeindeverwaltungen und Gemeindevertretungen, namentlich der norddeutschen, ist das Sträuben gegen die Einführung der Arbeitslosenversicherung in der Hauptsache auf die gleiche Abneigung gegen das Genter System zurückzuführen. Angesichts dieses Streites um die Methoden der Arbeitslosenversicherung erscheint es zweckmäßig zu prüfen, was sich aus der neuern Entwicklung der Arbeitslosenversicherung am besten bewährt hat und für den weitem Fortschritt am ehesten in Betracht zu ziehen ist.

Die früheren schweizerischen Systeme der Arbeitslosenversicherung waren teils lokale teils kantonale Kassen mit und ohne Zwangsbeitritt der Arbeiter. Die fakultativen Kassen litten an dem Übel, daß die Masse der Arbeiterschaft aus Beitragsscheu fernblieb, und nur die von hoher Saisonarbeitslosigkeit betroffenen Berufe sich anschlossen. Diese Kassen brauchten hohe Beiträge und große Zuschüsse und konnten trotzdem nicht

existieren. Die obligatorische Versicherung zog sich dagegen den Groll der von Arbeitslosigkeit weniger betroffenen Schichten zu und ging an bureaukratischer Regiererei und am Mangel ausreichender Arbeitslosenkontrolle zugrunde. Daraus war der Schluß zu ziehen, daß eine brauchbare Arbeitslosenversicherung eines gewissen Beitrittszwangs nicht entbehren kann, aber der Eigenart der Berufe Rechnung tragen und auf möglichster Selbstverwaltung der Arbeiter aufgebaut sein muß, weil die Arbeiter sich williger der schärfsten Kontrolle von ihresgleichen als der laxesten behördlichen Aufsicht fügen. Die Arbeitslosenversicherung setzt einen hochentwickelten Gemeinsinn voraus, den die Arbeiter wohl in ihrer Berufsorganisation, nicht aber in einer öffentlichen Kasse bekunden. Diese Erfahrungen führten den Advokaten Louis Varlez (Gent) zur Schaffung des (hier oft besprochenen) *Genter Systems*, das keine eigene Arbeitslosenversicherung organisieren will sondern sich darauf beschränkt die Arbeitslosenversicherung der Arbeiterberufsvereine, also die Selbsthilfe der Arbeiter, durch Gewährung von Zuschüssen aus öffentlichen Mitteln zu fördern. Der Einwand, daß diese Zuschüsse indirekt die Organisation der Arbeiter fördern und dem aus irgendwelchen Gründen der Organisation fernbleibenden Arbeiter versagt blieben, veranlaßte Varlez eine Ergänzung seines Systems darin zu suchen, daß den Nichtorganisierten Gelegenheit zur Ansammlung von Sparbeträgen gegeben wird, bei deren Abhebung im Arbeitslosigkeitsfall die Stadtgemeinde einen entsprechenden Zuschuß gewährt. Dieses Genter System, seit 1901 eingeführt, hat sich derart bewährt, daß man es regelmäßig erneuerte, die Zuschüsse erhöhte und seinen Wirkungskreis auf zahlreiche Gemeinden ausdehnte. Allerdings zeigte sich bald, daß nur die von den Gewerkschaften organisierte Arbeitslosenversicherung eine entwicklungsfähige Grundlage darstellt, während der Sparfonds eine bedeutungslose Einrichtung blieb. Das Genter System sieht von jedem Beitrittszwang ab, hat also schon deshalb auf keinerlei Widerstände der Arbeiter zu rechnen. Es ersetzt aber das Obligatorium durch den Beitritt ganzer Berufsverbände, die alle Risiken größerer Massen einschließen. Es benutzt die gewerkschaftliche Verwaltung, Werkkraft und Solidarität, die Kontrolle des Arbeiters, der seine Mitarbeiter kennt und sich gegen die Vergeudung gewerkschaftlicher Mittel ganz anders zur Wehr setzt als gegen Simulation in öffentlichen Kassen. Es reguliert die gewerkschaftlichen Unterstützungsleistungen an Arbeitslose, indem es den gemeindlichen Zuschuß in ein festes Verhältnis zu ihnen setzt und dennoch die Gewerkschaften hinreichend mit eigener Verantwortlichkeit erfüllt. Es bedarf nur der Kontrolle darüber, ob die gewerkschaftliche Arbeitslosenunterstützung sich auf die Fälle beschränkt, zu denen allein die Gemeinde Zuschüsse gewährt. Die Verwaltungskosten und das Risiko der Gemeinde werden auf ein Minimum reduziert, alles Wesentliche hängt von dem Erfolg der Ausbreitung der Gewerkschaften ab.

Das Genter System breitete sich zunächst in Belgien aus. Nach der Sonderbeilage des Reichsarbeitsblatts vom Dezember 1913 gewährten 61 Gemeinden an Gewerkschaftsunterstützte und 31 Gemeinden an Gewerkschaften selbst Beihilfen. Der Staat und 5 Provinzen zahlten wiederum an solche Gemeinden Zuschüsse. Die Gesamthöhe der öffentlichen Beihilfen betrug 1912 222 126 Francs (einschließlich der Sparzuschüsse). In Frankreich haben 51 Städte und 12 Departements Arbeitslosenbeihilfen einge-

führt; überdies gewährt der Staat Zuschüsse zur Arbeitslosenunterstützung der Berufsvereine; im ganzen wurden 1912 181 699 Francs aufgewandt. In Luxemburg ist ein Staatskredit von 1500 Francs zur Erhöhung der gewerkschaftlichen Arbeitslosenunterstützung bewilligt. In den Niederlanden zahlen einige Gemeinden Beihilfen nach dem Genter System. In der Schweiz ist das Genter System in den Kantonen Baselstadt, Genf, Appenzell und Sankt Gallen eingeführt; außerdem gewährten die Kantone Zürich und Thurgau einer Gewerkschaftskasse geringe Zuschüsse. Der Kanton Baselstadt unterhält daneben eine öffentliche Arbeitslosenkasse. Eine gleiche Einrichtung ohne Verbindung mit dem Genter System besteht in der Stadt und im Kanton Bern. In Dänemark ist das Genter System staatsgesetzlich eingeführt. Die verwaltungsmäßig von den Gewerkschaften getrennten beruflichen Arbeitslosenkassen sind gesetzlich anerkannt, sofern sie gewissen Bedingungen entsprechen, und erhalten staatliche und gemeindliche Beihilfen. 1912 hatten 53 dieser Arbeitslosenkassen 111 187 Mitglieder und 9,6 Millionen Francs Gesamteinnahmen, davon 54 % aus Beiträgen. 32 % aus staatlichen und 14 % aus gemeindlichen Zuschüssen. Unter ähnlichen Bedingungen ist die Arbeitslosenversicherung in Norwegen nach dem modifizierten Genter System geregelt. Es waren 1912 19 Arbeitslosenkassen mit 27 000 Mitgliedern, 186 252 Kronen eigenen Beiträgen und 36 309 Kronen Staats- und Gemeindegzuschüssen.

In Deutschland hat das Genter System unter allen Methoden der öffentlichen Arbeitslosenversicherung die weiteste Anwendung gefunden, aber es hat die verschiedensten Abweichungen erfahren. Zuerst wurde es 1907 in Straßburg in der Form gemeindlicher Zuschüsse an selbstversicherte Mitglieder von Berufsvereinen, aber unter Verzicht auf Zuschüsse an Sparer eingeführt. In gleicher Weise kam das System in Mülhausen im Elsaß, Schilligheim, Bischheim und Illkirch-Grafenstaden (sämtlich im Elsaß) zur Geltung. Dieses vereinfachte Genter System ist nur noch in Erlangen /1909/ eingeführt worden.

In allen übrigen Fällen ist die Gemeindearbeitslosenversicherung nicht auf die Förderung der gewerkschaftlichen Selbsthilfe beschränkt geblieben, sondern man war bestrebt für Nichtorganisierte Ersatzeinrichtungen, teils durch Sparzuschüsse nach dem Vorbild Gents teils durch Gründung städtischer freiwilliger Kassen nach schweizerischem Muster zu schaffen. So wurden die städtischen Zuschüsse an Berufsvereine respektive deren arbeitslose Mitglieder mit Zuschüssen an Sparer in Freiburg in Baden /1910/, Berlin-Schöneberg /1910/, Stuttgart /1912/, Feuerbach /1913/ und Offenbach /1913/ verbunden. In Freiburg wurden Bauarbeiter von der städtischen Arbeitslosenunterstützung ausgenommen und Notstandsarbeiten für sie bereitgestellt. In Berlin-Schöneberg wurden überdies für solche Arbeitslose, die weder einer gewerkschaftlichen Kasse angehören noch im Besitz einer Sparkarte sind, Speisemarken zur Beköstigung in der städtischen Volksküche eingeführt. Städtische Arbeitslosenkassen sind neben den Zuschüssen an Berufsvereine respektive deren arbeitslose Mitglieder eingerichtet oder beschlossen in Schwäbisch Gmünd /1911/, Kaiserslautern /1912/ und Ludwigshafen /1913/. In diesen Gemeinden ist von der Gewährung von Sparzuschüssen abgesehen. Eine städtische Versicherungskasse war neben den Zuschüssen an Berufsvereine auch in dem Magistratsentwurf von Berlin-

Charlottenburg vorgesehen, der nicht die Zustimmung der städtischen Kollegien fand.

Außer diesen Modifikationen des Genter Systems gibt es noch einige weitere Abweichungen. So gewährt die Stadt Mannheim neben den Zuschüssen an Berufsvereinsmitglieder auch städtische Unterstützung an nichtorganisierte Arbeiter, ohne den Nachweis irgendwelcher Selbstfürsorge für den Arbeitslosigkeitsfall. Sie hat außerdem noch Notstandsarbeiten vorgesehen und will vorerst jeden Arbeitslosen, der körperlich dazu geeignet ist, unter Strafandrohung zu deren Übernahme verpflichten. Auch Heidelberg gewährt neben den Beihilfen für berufliche Arbeitslosenkassen allen nichtorganisierten Arbeitern ohne Nachweis der Selbstfürsorge Unterstützung. In den Arbeitslosenversicherungseinrichtungen der Städte München, Frankfurt am Main und Berlin-Neukölln sind keinerlei Zuschüsse an Mitglieder von Berufsvereinen vorgesehen; hier wird die Unterstützung völlig ohne Voraussetzung irgendwelcher Selbstversicherung gewährt. Doch wird die Mitwirkung der Berufsvereine bei der Arbeitslosenkontrolle in Anspruch genommen. Indes sind diese Einrichtungen nicht als dauernde gedacht sondern mehr als vorübergehende Notstandsaktionen. Insbesondere ist für Frankfurt am Main die Schaffung einer städtischen Arbeitslosigkeitskasse nach Kölner Muster vorgesehen.

Hiermit kommen wir zu einer Methode der Arbeitslosenversicherung, die als die jüngste in Deutschland angesprochen werden kann, sich aber in Kreisen städtischer Sozialpolitiker einer starken Befürwortung erfreut und bereits für Frankfurt am Main und Kiel in Aussicht genommen ist. Sie stellt eine Kombination des Genter Systems mit städtischer Versicherungskasse dar, gewährt aber den gewerkschaftlichen Arbeitslosenkassen nicht unentgeltliche Zuschüsse zum Ansporn der Selbsthilfe sondern Ergänzungen der Versicherungsleistungen gegen bestimmte Prämienzahlungen. Es handelt sich also um eine städtische Arbeitslosenversicherung für bisher unversicherte Arbeitnehmer, verbunden mit einer Rückversicherung für gewerkschaftliche Versicherungskassen. Die erstere war der Ausgangspunkt der 1896 begründeten Wohlfahrtskasse, die mit städtischen Beihilfen arbeitet, es aber weder auf große Mitgliederzahlen noch auf große Leistungen bringen konnte. Sie teilte das Schicksal aller Kassen, bei denen die Arbeitslosenversicherung Selbstzweck ist: geringe Mitgliederzahl und große Risiken bei hohen Beiträgen. 1911 wurde die Kasse umgestaltet durch Heranziehung der Gewerkschaften, nicht als Subventionierte sondern als Versicherungsnehmer. Während für Einzelversicherungsnehmer die Beiträge in 3 Gefahrenklassen nach Tarif A (1,50 Mark tägliche Unterstützung für die ersten 20 Tage und 75 Pfennig für die weiteren 40 Tage) 15, 30 und 45 Pfennig und nach Tarif B (2,00 Mark respektive 1,00 Mark tägliche Unterstützung) 20, 30 und 60 Pfennig pro Woche ausmachen (für Arbeiter über 60 Jahre sind die Beiträge noch etwas höher), haben die Gewerkschaften, die für ihre Mitglieder bei der städtischen Kasse eine Rückversicherung nehmen wollen, in den 3 Gefahrenklassen 4, 10 und 30 Pfennig wöchentlichen Beitrag pro Mitglied zu zahlen; dafür erhalten sie für jeden Arbeitslosen unter gewissen Voraussetzungen pro Tag 75 Pfennig bis 1,50 Mark, je nachdem 52, 104, 156 oder 208 Wochenbeiträge für ein solches Mitglied gezahlt worden sind. Die

Gewerkschaften können diese städtische Unterstützung als Zusatz zu ihrer Arbeitslosenunterstützung oder auch als partiellen Ersatz dafür behandeln. Im letztern Fall können Gewerkschaftsfilialen, deren Verband noch keine Arbeitslosenunterstützung eingeführt hat, eine solche für den Bereich der Stadt Köln einführen; nur muß die gewerkschaftliche Unterstützung mindestens 25 Pfennig höher sein als die städtische Ersatzleistung. Im 2. Geschäftsjahr nach der Umgestaltung, also 1912-1913, zählte die Kasse 189 Einzelversicherte und 22 versicherte Vereine mit 11 105 Mitgliedern. Von diesen stellten die freien Gewerkschaften 15 mit 8622 Mitgliedern. Der Zuschuß der Stadt Köln beläuft sich pro Kopf der Versicherten auf 5,20 Mark. Eine Statutenänderung im Jahr 1913 brachte eine Herabsetzung der Wartezeit von 52 auf 30 Wochen, eine Neueinteilung der Gefahrenklassen und eine Erhöhung der Unterstützungen für rückversicherte Vereine von 0,75 auf 1,20 Mark.

Ob damit der Übelstand behoben ist, daß einzelne Gewerkschaften erheblich mehr an Beiträgen an die städtische Kasse zu zahlen haben als sie an Ersatzleistungen zurückerhalten, bleibt abzuwarten. Bestehen bleibt aber der Grundsatz, daß die gewerkschaftlichen Arbeitslosenunterstützungskassen erst gegen erhebliche Beitragszahlungen städtische Zuwendungen erhalten. Städtische Sozialpolitiker erblicken in dieser *Rückversicherung* einen Fortschritt gegenüber dem Genter System, insofern den Arbeiterorganisationen nichts *geschenkt* und der Gemeinde das Odium erspart wird einseitig die Organisationsbestrebungen der Arbeiter zu unterstützen. In Wirklichkeit handelt es sich aber um ein völlig anderes Prinzip, um den Ersatz der städtischen Subvention durch städtische Versicherung. Das Versicherungsprinzip beruht auf Beiträgen, die nicht bloß die guten und schlechten Risiken günstiger und ungünstiger Jahre sondern auch die guten und schlechten Risiken günstiger und ungünstiger Berufe ausgleichen. Vereine, die an solcher Rückversicherung teilnehmen, können dabei ebenso erheblich gewinnen wie verlieren, je nachdem die günstigen oder ungünstigen Momente sich bei ihnen summieren. Die Gefahrenklasseneinteilung hat sich schon nach 2jähriger Geschäftsführung als mangelhaft erwiesen, nachdem ich schon im Jahr 1911 im Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands dargelegt hatte, daß zahlreiche Gewerkschaften für ihre eigene Arbeitslosenversicherung im Durchschnitt der Jahre von 1903 bis 1910 erheblich weniger aufzuwenden hatten als der Beitrag an die städtische Rückversicherungskasse für eine um mindestens 25 Pfennig pro Tag niedrigere Ersatzleistung betrug, und daß die örtlichen Durchschnittsziffern in Köln bei der Mehrzahl der in Betracht kommenden Gewerkschaften noch niedriger als der Reichsdurchschnitt der Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung waren. Das schließt freilich nicht aus, daß solche rückversicherten Gewerkschaften in einem Jahr hoher Arbeitslosigkeit von der städtischen Kasse mehr zurückerhalten als sie vorher an Beiträgen hineingezahlt hatten; sicherlich zahlen die meisten Gewerkschaften aber in günstigen Wirtschaftsjahren mehr an die städtische Kasse als sie wieder bekommen. Betrug doch schon in dem Arbeitslosenjahr 1912-1913 in den 11 Monaten August bis Juni die Beitragsleistung der angeschlossenen Gewerkschaften pro Kopf 1,73 Mark, wogegen sie von der städtischen Kasse 2,15 Mark also nur 42 Pfennig mehr zurückerhielten. Daß eine solche Rückver-

sicherung vorteilhafter wäre als das Genter System, läßt sich nicht behaupten. In der Tat haben sich von den in Köln domizilierenden 46 freien Gewerkschaften mit 26 711 Mitgliedern nur 15 mit 8622 Mitgliedern der städtischen Kasse angeschlossen, obwohl sie alle zugelassen waren, auch solche, deren Verband keine zentrale Arbeitslosenunterstützung hatte. Die günstigeren Risiken blieben auch der Rückversicherung fern, weil sie das, was diese zu bieten vermag, mit geringeren Mitteln selbst erreichen können. Vor allem kann eine solche Rückversicherung kein Anreiz zur Selbstversicherung der Arbeiter gegen Arbeitslosigkeit sein, und damit wird die Grundlage verlassen, auf der das Genter System ruht. Das Kölner Rückversicherungssystem ist kein Ersatz und noch weniger ein Fortschritt sondern vielmehr eine Umgehung des Genter Systems, die den Gemeinden Mittel und Verlegenheit spart, die ihnen jenes kosten würde. Eben deshalb wird das Kölner Rückversicherungssystem schon jetzt von einigen Gemeinden in Aussicht genommen, und die Zahl der praktischen Versuche wird sich bald mehren.

Diese Feststellungen sollen nicht besagen, daß der Gedanke der Rückversicherung auf diesem Gebiet nicht erwägenswert wäre, und daß diese sich nicht auch förderlich für die Gewerkschaften ausgestalten ließe. Gewisse Härten bei der Einteilung in Gefahrenklassen lassen sich mildern, aber ein Ausgleich zwischen den Arbeitslosigkeitsaufwendungen der verschiedenen Gewerkschaften wird immer erhebliche Opfer voraussetzen, und es erscheint fraglich, ob eine städtische Kasse, die auf dem Versicherungsprinzip beruht, imstande ist solche Opfer, die nur die Solidarität gewährleisten kann, dauernd zu verlangen und durchzusetzen. Auch eine gewerkschaftliche Rückversicherungskasse würde hier mit großen Schwierigkeiten zu rechnen haben. In höherem Maß gilt dies für öffentliche Kassen, und das allein schon sollte die Gemeindefinanzpolitik veranlassen das Problem der Rückversicherung recht vorsichtig anzufassen. Es ist leichter eine von beruflich-gewerkschaftlicher Solidarität getragene Einrichtung, wie es die gewerkschaftliche Arbeitslosenunterstützung ist, durch städtische Zuschüsse zu ergänzen und zu fördern, die die Solidarität des Gemeinwesens mit seinen notleidenden Bewohnern zum Ausdruck bringen. Hier ergänzen sich Gewerkschaft und Gemeinden im gemeinnützigen Wirken. Ein anderes ist es aber in diese gewerkschaftliche Solidarität das Versicherungsprinzip hineinzutragen, das die Gemeindeleistung zum bloßen Rechengeschäft macht. Hier wäre es in der Tat besser den Anfängen zu widerstehen, ehe sich erst bedenkliche Rückwirkungen für die Gemeinden wie für die Gewerkschaften ergeben.

Dagegen hat sich das Genter System in anderer Weise als erweiterungsfähig gezeigt, und damit ist seine Ausbreitung trotz der vielfachen Widerstände gesichert. Der erste Fortschritt war die Errichtung *interkommunaler* Arbeitslosigkeitsfonds, ein System, das besonders für Großstädte mit ihren Vororts- und Nachbargemeinden geschaffen ist. Dieser Weg wurde vor allem in Belgien (Gent, Brüssel usw.) beschritten. Die Verwaltung geschieht durch ein gemeinsames Komitee der beteiligten Gemeinden; die Kosten werden entsprechend der Bevölkerungszahl verteilt und die Zuschüsse gemäß der Zahl der auf jede Gemeinde entfallenden Arbeitslosen verrechnet. Eine zweite Erweiterungsform stellt der Abschluß von *Gegenseitigkeitsverträgen* zwischen Gemeinden dar, des Inhalts, daß die Wohn-

frist, die jede Gemeinde als Voraussetzung der Gewährung von Beihilfen fordert, für alle vertraglich verbundenen Gemeinden gemeinsam berechnet wird. Ein solcher Gegenseitigkeitsvertrag ist zwischen den gemeindlichen Arbeitslosigkeitsversicherungen von Stuttgart und Feuerbach abgeschlossen worden. Solche Gegenseitigkeitsverträge stehen an Vorzügen weit hinter dem interkommunalen Fonds zurück, können ihn aber wenigstens zum Teil ersetzen, wo es nicht gelingt alle in Betracht kommenden Gemeinden zu gemeinsamem Handeln zusammenzufassen.

Als dritte Erweiterung des Genter Systems der gemeindlichen Arbeitslosenbeihilfen sind endlich die Staatszuschüsse für Gemeinden mit Arbeitslosenversicherung anzuführen. Diese neuerdings in Bayern aufgenommene Methode unterscheidet sich von der in Dänemark und Norwegen eingeführten Modifikation des Genter Systems dadurch, daß es sich in den beiden letzteren Ländern um staatliche Zuschüsse zu den gewerkschaftlichen Arbeitslosenkassen handelt, in Bayern dagegen nur um Beihilfen für Gemeinden, die ihnen einen Teil der für Arbeitslosenversicherung aufgewandten Mittel wieder ersetzen. Es sind 150 000 Mark in den Etat der Jahre 1914 und 1915 eingestellt worden. Die Entscheidung des Landtags über die Höhe und Verwendung der Summe steht noch aus. Ein gleiches Vorgehen ist schon früher in Sachsen und neuerdings in Württemberg und Baden angeregt worden. Daß solche Staatsbeihilfen nicht bloß die grundsätzlichen Bedenken vieler Gemeindeverwaltungen gegen das Genter System leichter überwinden helfen sondern auch die ärmeren Gemeinden in ihrem sozialen Vorgehen wesentlich unterstützen und die Verallgemeinerung der Arbeitslosenversicherung fördern können, bedarf wohl kaum einer eingehendern Erörterung.

Freilich ist bei allen diesen Vorzügen des Genter Systems der eine Nachteil nicht zu verkennen, daß es keinen Versicherungszwang enthält und daher immer einen größern Teil der Arbeiterschaft ausschließt, und zwar vielleicht gerade den Teil, der der Hilfe am bedürftigsten wäre, weil ihm die Kraft zur Selbsthilfe, auch mit öffentlicher Unterstützung, mangelt. Man wird deshalb geneigt sein das Genter System nur als eine vorläufige Lösung, als ein Übergangsstadium zur Zwangsversicherung, die nur von Reichs wegen eingeführt und organisiert werden kann, aufzufassen. Auch der internationale Sozialisten- und Arbeiterkongreß /1910/ in Kopenhagen schloß sich dieser Meinung an. Wer sollte auch eine möglichst umfassende Zwangsversicherung nicht für die beste Lösung halten? Aber alle, die der Zwangsversicherung den Vorzug vor der Förderung der freiwilligen Selbsthilfe gaben, mußten auch zugestehen, daß die Schwierigkeiten, die gegen ihre Einführung sprechen, vor der Hand noch zu groß sind. Man kann aber die Arbeitslosen nicht im Elend verkommen lassen, weil der Staat noch nicht imstande ist eine Versicherung besser zu organisieren als die Berufsvereine dies bereits für mehr als 2½ Millionen Arbeiter getan haben. England hat zwar bereits den Weg der Zwangsversicherung beschritten. Es hat die Arbeitslosenversicherung durch das Versicherungsgesetz von 1911, das am 15. Juli 1912 in Kraft trat, für die Baugewerbe, Maschinenbau, Schiffs- und Wagenbau, Eisengießereien und Sägemühlen zwangsweise eingeführt. Arbeitgeber und Arbeiter zahlen wöchentlich je 2½ Pence, der Staat zahlt einen Zuschuß von einem Drittel der Jahreseinnahmen. Die Zwangsversicherung umfaßt 2,5 Millionen Arbeiter. Darunter ist die freiwillige Versicherung der Berufs-

vereine zugelassen, die etwa 1,1 Millionen Mitglieder zählen, davon 500 000 Nichtversicherungspflichtige. Das englische Beispiel ist so großzügig, daß es durchaus verständlich erscheint, wenn sich die Blicke der kontinentalen Versicherungspolitiker nach Großbritannien richten. Aber zurzeit fehlen noch die rechnerischen Erfahrungen, um den Schritt ohne weiteres nachahmen zu können.

Immerhin kann eine eingehende Diskussion der Möglichkeit der Zwangsversicherung auch für Deutschland nicht aufgeschoben werden, wenn auch für die nächsten Jahre die Praxis noch mit den Modifikationen des Genter Systems zu rechnen hat. Ich behalte mir vor die Frage der Zwangsversicherung in einem weitem Aufsatz demnächst besonders zu behandeln.

XX

## EDUARD BERNSTEIN · DIE REALITÄTEN DES BUDGETRECHTS



Am 24. Februar dieses Jahres hatte die französische Kammer über das provisorische Budget für den Monat März 1914, kurz das Zwölfstel genannt, zu entscheiden. Als es zur Abstimmung kam, stellte sich ein eigenartiges Bild heraus. Trotz der Aufforderung des Ministers Caillaux an die opportunistisch-militaristischen Gegner des gegenwärtigen Ministeriums durch Verweigerung seines Budgets ein Messen der Kräfte herbeizuführen, gaben die selben Redner der bezeichneten Koalition, die in der Debatte das Budget heftig kritisiert hatten, ihre Stimme für es ab. Auf sozialistischer Seite dagegen erklärte Jean Jaurès (ich zitiere nach der Humanité):

»Gewisse Gegner dieser Politik [die Politik des Ministeriums Doumergue-Caillaux] wollen aus Tradition das Zwölfstel nicht verweigern, andererseits können einige unter uns, die entschlossen sind diese Politik zu unterstützen, des Prinzips halber das Zwölfstel nicht bewilligen [»Sehr gut! Sehr gut!«]. Wir geben daher unseren Gegnern ein Stelldichein für die Abstimmungen über die Tagesordnung, womit die Interpellation über die Finanzpolitik der Regierung abgeschlossen werden wird [»Sehr gut! Sehr gut!«].

Die Abstimmung ergab 440 Stimmen für und 91 Stimmen gegen das geforderte Zwölfstel. Es ist aus dem Bericht der Humanité nicht deutlich zu ersehen, wie die sozialistische Fraktion gestimmt hat. Das Zahlenverhältnis zeigt aber an, daß höchstens eine kleine Minderheit der Fraktion gegen das Budget gestimmt haben kann, was ja auch den Worten »einige unter uns« in Jaurès' Bemerkung entspricht.

3 Tage darauf, am 27. Februar, fand die Debatte über die erwähnte Interpellation statt. Für die Opposition sprach unter anderen Briand. Jaurès trat ihm entgegen und begründete die Unterstützung des gegenwärtigen Kabinetts durch die Sozialisten. Als er hierbei darauf hinwies, daß Caillaux sein Budget für untrennbar von der Frage der Steuerreform erklärt habe und das Loch im Budget durch demokratische Steuern auszufüllen beabsichtige, rief der Nationalist Millevoe, um ihn in Verlegenheit zu setzen, dazwischen: »Werden Sie und Ihre Freunde für das Budget stimmen, dem die Steuerreform einverleibt ist?«

Jaurès nahm die Frage sofort auf und erwiderte:

»Ich antworte sehr klar. Wenn wir gegen das Budget stimmen, das der Ausdruck der Gesamtheit der heutigen sozialen Einrichtungen ist, tun wir es, um unsern zu-



sammenfassenden Protest gegen ein soziales System zu erheben, dessen Prinzip wir verurteilen [Lebhafter Beifall auf der äußersten Linken]. Aber, das mögen Sie nur wissen, das sozialistische Proletariat erwartet nicht von uns [Andauernde Unterbrechungen im Zentrum und auf der Rechten, Lärm], ich sagte, daß das sozialistische Proletariat nicht von uns erwartet, daß unsere Prinzipientreue von den geschickten Ränkespinnern der Reaktion ausgebeutet werde [Lebhafter Beifall auf der Linken und äußersten Linken]. Und an dem Tag, da eine kühne Mehrheit eine Steuerreform von großer Tragweite in das Budget hineingesetzt haben wird, gegen die sich unsere Gegner verbissen haben, an diesem Tag wird es nicht das Budget sein, wofür wir stimmen werden, sondern die Steuerreform selbst [Zwischenrufe im Zentrum und auf der Rechten; lebhafter Beifall auf der äußersten Linken].«

Der Vorgang ist ein interessanter Beitrag zum Thema von den Budgetabstimmungen im allgemeinen und eine Illustration der Darlegungen Schippels über das Budget in der Wirklichkeit und in der Einbildung<sup>1)</sup> im besondern. In der Tat hat Schippel sehr recht mit seiner Darlegung, daß die Tragweite der Budgetabstimmungen im Lauf der Zeit in allen Ländern mit parlamentarischen Einrichtungen eine wesentliche Veränderung erfahren hat. Es war das die notwendige Folge der organischen Veränderung der Staaten. In dem Maß wie der Staat aus einem Herrschaftsorganismus sich zu einem Verwaltungsorganismus umbildet, wie die Herrschaft über Menschen gegenüber der Verwaltung von Sachen zurücktritt, und der Staat den Umkreis seiner Verwaltungsaufgaben erweitert, wird die Frage seiner Ausgaben und Einnahmen aus einer Angelegenheit der jeweiligen Spitzen der Staatsgewalt zu einer Angelegenheit der Allgemeinheit der Staatsangehörigen. Im mittelalterlichen Feudalstaat, wo staatliche Steuern fast nur für außergewöhnliche Zwecke eingefordert wurden, ließ die Verweigerung der Mittel für den Betrieb jener Zwecke Handel und Wandel der Nation fast unberührt. Heute würde die sinngetreue Umsetzung der Budgetverweigerung in die Praxis das Wirtschaftsleben der Nation auf das tiefste berühren. Da ist zum Beispiel das Heer von Beamten und Angestellten der verschiedenen Verwaltungszweige. Der Staat kann den größten Teil von ihnen nicht entlassen, weil sie auf Lebenszeit angestellt sind. Soll er die Gehaltszahlung an sie sistieren, sie selbst auf Ferien schicken? Wenn es möglich wäre, würden sich auf verschiedenen Gebieten des sozialen Lebens die Wirkungen sehr unliebsam fühlbar machen. Der Postverkehr, die Justiz, das Unterrichtswesen, die Eisenbahnverwaltung, alles mögliche müßte ins Stocken geraten, wichtige Betriebe aller Art würden eingestellt werden müssen. Sogar die Selbstverwaltung würde bei buchstäblicher Durchführung der Budgetverweigerung ihren Aufgaben nicht völlig nachkommen können, da verschiedene ihrer Zweige mit staatlichen Zuschüssen arbeiten. Beiläufig ein Zusammenhang, für dessen Fortentwicklung die Sozialdemokratie selbst nach Kräften wirkt. So fordert das Steuerprogramm der deutschen Sozialdemokratie für den Bedarf der Gemeinden »staatliche Zuschüsse für die Aufgaben des Volksgesundheitswesens, des Schulwesens, der Armenpflege, des Wegebaus« (Resolution des Bremer Parteitags /1904/, durch den Jenaer Parteitag von 1913 dem Steuerprogramm der Sozialdemokratie einverleibt). Bei weitem nicht das einzige Beispiel, wo die praktische Arbeit der Sozialdemokratie auf die Schaffung von Bedingungen abzielt, die die überlieferte Doktrin nicht kannte.

<sup>1)</sup> Siehe Schippel Das Budget in Wirklichkeit und in der radikalen Einbildung, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte, pag. 217. ff.

Ja, die Zusammenhänge! Wenn die nicht wären, würde sich vieles sehr viel leichter machen als es sich in Wirklichkeit herausstellt. Aber schon vor zwei Menschenaltern machte sich Karl Marx in einem Brief an Friedrich Engels darüber lustig, daß einer ihrer sozialrevolutionären Gegner fand, die Geschichte mit der sozialen Revolution sei »ja so einfach«. Tatsächlich führt der Gang der gesellschaftlichen Entwicklung zu immer stärkerer Ausbildung organischer Zusammenhänge, in Folge deren jeder Eingriff an einer Stelle des Gesellschaftskörpers andere Teile in Mitleidenschaft zieht.

Daß der ausgebildete Organismus zu einer andern Behandlung nötigt als sie der rohe Organismus vertrug, kann man unter anderm an den parlamentarischen Kämpfen im Deutschen Reich um die Militärforderungen der Regierung studieren. Jedesmal, wenn die Reichsregierung mit einer Vorlage an den Reichstag herantrat, die eine wesentliche Verstärkung der Truppenzahl bedeutete, forderte sie darin die Festlegung dieser Neuerung auf eine Reihe von Jahren. Für die Sozialdemokratie, die die Forderungen wegen ihrer grundsätzlichen Gegnerschaft gegen den heutigen Militarismus schlechthin ablehnte, lag in diesen Fällen die Sache allerdings einfach genug. Für ihr absolutes Nein war es gleichgültig, ob die Vermehrung zunächst nur für 1 Jahr oder, wie es in der Regel geschah, gleich für 7 Jahre verlangt wurde. Anders bei ihren fortschrittlich-freisinnigen Nachbarn. Diese waren zumeist geneigt die Vermehrung selbst zu bewilligen, sträubten sich aber gegen die Festlegung auf so viele Jahre, weil nach ihrer Ansicht das Budgetrecht des Reichstags darunter leide. Formell war das ganz richtig, bewilligte der Reichstag die Vermehrung auf 7 Jahre, so konnte er während dieser Zeit an den Ausgaben für das Heer nichts von Bedeutung ändern, nicht durch Herabsetzung des Heeresetats eine Herabsetzung der Steuerlasten erzwingen. Nun mußten sich die Fortschrittler jedoch sagen, daß eine Vermehrung der Truppenzahl auf 1 Jahr unter heutigen Verhältnissen ein Unding ist. Mehr Soldaten bedeuten mehr Unteroffiziere, mehr Offiziere, mehr sachliche Vorkehrungen, Änderungen im Organismus des Heeres usw. Das macht man nicht auf 1 Jahr, das kann man gar nicht in einem Jahr durchführen, nicht das eine Jahr anordnen und das nächste Jahr wieder abschaffen. Unter der Voraussetzung der Notwendigkeit der geforderten Verstärkung war die größere Logik daher auf Seiten der Vertreter der Armee, das heißt der Regierung. Die Fortschrittler oder Freisinnigen, die sich von den Traditionen einer Zeit nicht freimachen konnten, da das Heer ganz anders konstituiert war als heute, suchten sich damit aus der Affäre zu ziehen, daß sie erklärten, sie gäben zu, die einmalige Bewilligung habe jene Konsequenzen, sie hätten auch gar nicht die Absicht in den folgenden Jahren am neuen Status etwas zu ändern — aber das Budgetrecht, das Budgetrecht, das dürfe nicht Schaden leiden. Wir wollen jeden Mann und jeden Groschen bewilligen, hieß es 1887, aber — nur von Jahr zu Jahr. So gedachten sie dem Vaterland zu geben, was des Vaterlandes sei, und für das Volk zu retten, was dem Volk gebühre.

Aber das Volk ließ die Fortschrittler jedesmal, wenn um der Septennats- oder Quinquennatsforderungen willen der Reichstag aufgelöst wurde, durchfallen. Aus jeder solchen Wahl sind sie, im Gegensatz zur rundweg neinsagenden Sozialdemokratie, geschwächt hervorgegangen. Auf diejenigen

Wähler, die sich für die Heeresvermehrung erwärmten, konnte eben der Hinweis auf die budgetrechtliche Seite der Frage keinen Eindruck machen. Denn das Budgetrecht war in diesem Fall eine reine Einbildung, ein Messer ohne Griff und Klinge. Ein Budgetrecht ist nur dann oder nur insoweit wirklich, als seine Ausübung möglich ist und Folgen nach sich zieht, die man vernünftigerweise wollen kann. Das wird aber von denen, die in den Traditionen vergangener Zeiten leben, gewöhnlich übersehen. In den Budgets der Einzelstaaten Deutschlands und der Gemeinden sind sehr wenige Posten, von denen die Sozialdemokratie will und wollen kann, daß die Zwecke, für die sie bestimmt sind, unausgeführt bleiben. An der Ausführung der meisten Zwecke, die hierbei in Frage kommen, ist vielmehr die Arbeiterklasse sehr interessiert. Die von der Sozialdemokratie allgemein bekämpften Zwecke sind im Budget des Reichs stärker vertreten als die von ihr gebilligten. Aber gerade von den Zwecken der ersten Gattung sind die wichtigsten durch Gesetze, die teils auf unbestimmte Zeit teils auf Jahre hinaus festgelegt sind, der Budgetabstimmung entzogen. Und dies ist, wie Schippel ganz richtig bemerkt, nicht nur in Deutschland der Fall. Es ist eine internationale Erscheinung und im Wesen der modernen Entwicklung des Staatslebens begründet, das mit seinem weitverzweigten Aufgabengebiet eine mechanische, von heut auf morgen wechselnde Behandlung nicht verträgt.

Ist damit das Budgetrecht der Volksvertretungen gegenstandslos geworden? Keineswegs. Es hat sich im Gegenteil nur befestigt. Aber es äußert sich wirksam in anderen Formen als früher. Je stärker in einem Land das parlamentarische Regierungssystem durchgeführt ist, um so mehr kommen die früheren groben Formen des Budgetstreits in Wegfall. Ein Parlament, das mit der Vollziehungsgewalt noch im Kampf um sein Recht liegt, kann in die Lage kommen durch eine Ablehnung des Gesamtbudgets seiner Rechtsforderung den mindestens formal stärksten Ausdruck zu geben. Ob er zugleich der materiell stärkste Ausdruck sein wird, kommt auch dann noch sehr auf die Umstände an. Jedenfalls kommt die Ablehnung von Gesamtbudgets aus solchen Verfassungskämpfen her und hat bei solchen am ehesten noch Sinn. Ist aber das Recht des Parlaments festgestellt, besteht kein Streit darüber, daß die vollziehende Gewalt keine Steuer einziehen darf, die nicht das Parlament bewilligt hat, kein Gesetz in Kraft setzen darf, das nicht die Zustimmung des Parlaments erlangt hat, keinen Pfennig ausgeben darf, dessen Verwendung das Parlament nicht genehmigt hat, dann verfügt die jeweilige Parlamentsmehrheit über so viele Mittel der Pression auf die vollziehende Gewalt, daß sie ihr eigenes Werk nicht durch Verweigerung des Gesamtbudgets selbst zu zerstören braucht, und dann wird auch die jeweilige Minderheit, da sie doch danach streben muß Mehrheit zu werden, andere Mittel wählen ihren Gegensatz gegen die bestehende Mehrheit zum Austrag zu bringen als ein Votum, das, folgestreng aufgefaßt, besagen würde: solange wir nicht das Heft in der Hand haben, soll nichts, soll selbst das nicht geschehen, was wir billigen und fordern.

Am einfachsten macht sich die Betätigung des Budgetrechts des Parlaments dort, wo das Staatswesen bewegliche Steuern hat, das heißt Steuern, deren Höhe von Jahr zu Jahr bestimmt werden kann. Das ist in England der Fall, wo seit Mitte des 19. Jahrhunderts die direkten Steuern schrittweise immer

mehr Gewicht gegenüber den indirekten Steuern erlangt haben. Der Prozentsatz der Steuer auf die Einkommen wechselt von Jahr zu Jahr, je nachdem der Staatsbedarf steigt oder fällt. Indessen sagt eine einfache Überlegung, daß dieses Recht der Quotisierung der Einkommensteuer wohl ein Regierungsmittel für die Mehrheit ist, aber nur eine zweifelhafte Waffe für die Minderheit des Parlaments gegen die aus der Mehrheit gebildete Regierung sein kann. Denn den Zwecken, für die die Mehrheit etwaige Steuererhöhungen braucht, wird die Minderheit oft Zwecke entgegensetzen haben, die gleichfalls Steuererhöhungen nötig machen würden. Um der Regierung ihr Mißtrauen auszudrücken und sie womöglich zu stürzen, benutzt daher die Minderheit im englischen Parlament allerhand andere Gelegenheiten, nur nicht die Abstimmung über das Budget in seiner Gesamtheit. Das erste Mittel in jeder neuen Session ist die Amendierung der Adresse, mit der das Haus der Gemeinen die Thronrede beantwortet. Diese Adresse wird von der Mehrheit beantragt und bekundet der Regierung das Vertrauen des Hauses. Darum beantragt die Opposition Zusätze, wonach das Haus »in aller Ergebenheit« (»most humbly«) sein Bedauern ausdrückt, daß die Thronrede keine genügende Abhilfe gegen diesen oder jenen Mißstand in Aussicht stellt oder falsche Maßnahmen vorschlägt. Denn falls ein solcher Zusatz eine Mehrheit findet, muß die Regierung abtreten. Das gleiche muß geschehen, wenn zu irgendeiner Vorlage der Regierung ein Abänderungsantrag angenommen wird, den die Regierung für unannehmbar erklärt hat. Ferner kann, wie des öftern hier erwähnt wurde, die Opposition jederzeit dadurch eine gegebenenfalls das Schicksal der Regierung entscheidende Abstimmung herbeiführen, daß sie in Anknüpfung an irgendeine Antwort der Regierung auf eine Anfrage oder einen Angriff die Kürzung des Gehalts des leitenden Ministers um einen (meist nur nominellen) Betrag beantragt. Ein Abstrich in Höhe eines Hellers von 100 000 oder 200 000 Mark schweren Gehalts würde genügen das Ministerium zum Rücktritt zu nötigen.

Alle diese Verfahren haben sich im Verlauf einer langen parlamentarischen Übung als fehlerfreie Mittel für den Zweck erwiesen festzustellen, ob die Regierung das Vertrauen des Parlaments besitzt oder noch besitzt. In keinem dieser Fälle kommt die Opposition in die Lage Budgets ablehnen zu müssen, an deren Zustandekommen sie selbst mitgearbeitet hat und die Reformen umschließen mögen, an denen auch ihre Wähler interessiert sind. In gleicher Weise zweckmäßig ist auch das in der französischen Deputiertenkammer übliche Mittel Entscheidungen über Vertrauen oder Mißtrauen in die Regierung dadurch herbeizuführen, daß im Anschluß an Interpellationen über die Politik der Regierung motivierte Anträge auf Übergang zur Tagesordnung gestellt werden, und die Annahme derjenigen von ihnen, die die Regierung nicht akzeptieren zu können erklärt, diese zum Rücktritt nötig.

Man kann nun sagen, es handle sich da eben um parlamentarisch regierte Länder, für Deutschland aber, wo wir Beamtenministerien haben, paßten diese Mittel nicht. Das trifft indes nicht den Kern. Es käme zum Beispiel unter Umständen auch bei uns nur auf den Willen einer Parlamentsmehrheit an, um durch Abstriche am Gehalt eines mißliebigen Ministers dessen Stellung unhaltbar zu machen. Aber mag es drum sein. Für die Sozialdemokratie ist, solange sie nur eine Minderheit der Abgeordneten stellt, dies nicht die

Frage. Sie hat sich vielmehr zu fragen, wie sie als Minderheitspartei ihrer grundsätzlichen Oppositionsstellung den wirksamsten Ausdruck geben kann.

Glaubt irgend jemand heute noch behaupten zu können, daß die stereotype Ablehnung des Gesamtbudgets ein wirksames Demonstrationsmittel sei? Ich zweifle sehr daran. Wie sollte sie es auch sein? Irgendwelchen Einfluß auf das Schicksal der Budgets und der jeweiligen Regierungen hat sie nicht, und ihre stereotype Wiederholung nimmt ihr auch jede Eindruckskraft. Das Beste, was man von ihr sagen kann, ist, daß sie ein symbolischer Akt sei. Auch ein solcher kann sicherlich seine Berechtigung haben, kann für eine Partei des Protestes von Wert sein. Nur ist die Sozialdemokratie, wenn es sich darum handelt ihren Protest symbolisch zum Ausdruck zu bringen, nicht an diese eine Form der Kundgebung gebunden. Sie kann, wenn es ihr zweckmäßig erscheint, auf sie verzichten und eine andere Form wählen, und sie wird dies tun müssen, wenn sie durch Festhalten an ihr in die Gefahr gerät ihre parlamentarische Aktionskraft zu lähmen oder sie reaktionären Intrigen zum Opfer zu bringen. Für welchen bestimmten Fall selbst die hierin sonst impossibilistische Nürnberger Resolution von 1908 eine Ausnahme zuläßt, ist bekannt. Der am Anfang dieses Artikels geschilderte Vorfall in der französischen Kammer zeigt aber, daß diese Ausnahme nicht genügt. Die französische Sozialdemokratie hatte, in getreuer Übereinstimmung mit dem deutschen Muster, die regelmäßig stereotype Ablehnung des Budgets zum Prinzip erhoben. Nun ward sie vor die Wahl gestellt durch Festhalten an diesem Schema das Geschäft von Intriganten und Reaktionären zu besorgen oder Symbol Symbol sein und an seine Stelle die Tat treten zu lassen. Sie hat das zweite vorgezogen, und soweit sich überblicken läßt, hat die ganze internationale Sozialdemokratie sie dazu beglückwünscht. Dem Schema aber hat sie durch eine Deklaration Reverenz erwiesen. Eine Deklaration, die bedeutungsvoll genug ist dem Gedächtnis eingeprägt zu werden. Wiederholen wir sie daher:

»An dem Tag, da eine kühne Mehrheit eine Steuerreform von großer Tragweite in das Budget hineingesetzt haben wird, gegen die sich unsere Gegner verbissen haben, an diesem Tag wird es nicht das Budget sein, wofür wir stimmen werden, sondern die Steuerreform selbst.«

Eine begrifflich etwas kühne, politisch aber unanfechtbare Logik. Nur ist es weder vernünftig noch einer Partei, die auf ihre Selbständigkeit etwas gibt, würdig sie auf Fälle zu beschränken, wo Gegner sich wider eine von der Partei für notwendig und gut erkannte Reform verbissen haben. Tatsächlich sind die Budgets stets der Ausdruck einer Politik, die entweder Reform oder Reaktion heißt oder wenigstens das eine stärker als das andere zum Ausdruck bringt. Die Freiheit der Abstimmung für Budgets auf Fälle beschränken, wo in ihnen enthaltene Reformen durch Gegner bedroht sind, heißt daher faktisch nichts anderes als erklären: Wir halten das Prinzip hoch, wenn dies keine Konsequenzen hat, sobald aber gewisse unangenehme Konsequenzen in Aussicht stehen, lassen wir das Prinzip fallen. Eine Alternative, der man einen nicht sehr schönen Namen geben müßte, wenn ein Prinzip von unanfechtbarer Wahrheit in Frage stünde. Tatsächlich aber handelt es sich bloß um eine Formel, die selbst erst durch eine Deklaration zu einem Prinzip gestempelt worden ist, und die besagte Deklaration hält die Probe nicht aus.

Welches ist diese Deklaration? In Deutschland lautet sie, daß die Ab-

stimmung für das Budget »als Vertrauensvotum für die Regierung aufgefaßt werden muß« (Nürnberg 1908). Wird die Abstimmung aber tatsächlich so aufgefaßt? Untersucht man diese Frage, so wird man finden, daß die Deklaration für kein Land zutrifft, das auch nur einigermaßen konstitutionell regiert wird. Sie stellt nicht etwas fest, was i s t, sondern stellt etwas auf, was g e d a c h t werden soll. Früher oder später muß sie daher vor der Realität der Dinge zusammenbrechen. Die vorgeschritteneren Länder zeigen es uns. »Nicht bei der Budgetabstimmung, bei der Abstimmung über die Interpellation treffen wir uns«, rief Jaurès der Koalition von Reaktionären und malkontenten Republikanern zu. Und so ist es auch geschehen. Im Anschluß an die Interpellation fand das Messen der Kräfte statt, und es endete mit der Niederlage jener Koalition.

Mit den parlamentarischen Entscheidungskämpfen steht es aber nicht nur in Frankreich oder England so. Wer sich etwas näher um die Vorgänge im deutschen Reichstag und in den Einzellandtagen kümmert, dem drängt sich mit Notwendigkeit die Erkenntnis auf, daß auch dort das Messen der Kräfte, auch dort die entscheidenden Abstimmungen bei ganz anderen Gelegenheiten stattfinden als wenn die Gesamtbudgets zur Abstimmung stehen. Sie dahin zu verlegen hat gerade die Sozialdemokratie das allergeringste Interesse, denn es würde nur bewirken, daß systematisch politische falsche Abstimmungen herbeigeführt würden. Wie weit im vorigen Jahr auch die Meinungen in der Partei in der Frage auseinandergingen, ob der Wehrbeitrag anzunehmen oder abzulehnen sei, so waren doch mit verschwindenden Ausnahmen alle Parteimitglieder darüber einig, daß wir der Verkuppelung von Wehrvorlage und Wehrbeitrag uns mit der größten Energie zu widersetzen hätten. Was war das aber grundsätzlich anderes als eine Auflehnung dagegen in eine komplizierte Abstimmung (und das sind alle Budgetabstimmungen) die Entscheidung über die Gruppierung der parlamentarischen Kräfte zu verlegen? Die Realitäten des politischen Kampfes vertragen manches, aber die Herrschaft der Formel über den Inhalt können sie nirgends auf die Dauer bestehen lassen.

XX  
**ARTHUR SCHULZ · EINWÄNDE UND ZUGESTÄND-**  
**NISSE**



**E** mehr der *Agrarmarxismus* durch die wachsende große Volksbewegung für innere Kolonisation, für Umwandlung von Rittergütern in Bauerndörfer, sich bedrängt fühlt, um so heftiger und hartnäckiger wird seine Gegenwehr. In den letzten Monaten erschien fast kein Heft der offiziell marxistischen Zeitschrift, ohne einen Artikel zu enthalten, der von dem seit jeher schwächsten und heute antiquiertesten Bestandteil der marxistischen Lehren zu retten sucht, was noch zu retten ist. Soweit sich die eifrige Apologie mit englischen, französischen, nordamerikanischen Agrarzuständen befaßt, wird sie bei anderer Gelegenheit beantwortet werden. Heute dagegen sollen drei Aufsätze kritisch nachgeprüft werden, die deutsche landwirtschaftliche Verhältnisse behandeln, aber den gleichen *agrarmarxistischen* Standpunkt, entsprechend den Kenntnissen, den Erfahrungen und dem Temperament der Verfasser, in dreifach verschiedener Art ausprägen.



AN kann den Gesichtswinkel, unter dem Genosse Friedrich Wagner die Frage Groß- oder Kleinbetrieb in der Landwirtschaft? zu lösen sucht,<sup>1)</sup> wohl als den eines durch die übliche Parteilektüre einigermaßen geschulten Industriearbeiters bezeichnen, dem es Glaubenssatz geworden ist, daß auch für die Landwirtschaft gelten muß, was sich in der Industrie im allgemeinen als richtig erwiesen hat, und der nun mit einigen unbewiesenen Behauptungen die in diesem Punkt wankende Treue selbst sonst ganz guter Marxisten wieder zu festigen sucht. Leider verrät er dabei eine derartige Unkenntnis der landwirtschaftlichen Verhältnisse und der sie behandelnden ökonomischen Theorien, daß er seinen Zweck schwerlich erreichen dürfte und als ernst zu nehmender Gegner des sozialdemokratischen Agrarreformismus nicht in Betracht kommt. Seine Verständnislosigkeit für die agrartheoretische Arbeit, die vor ihm in der Partei geleistet wurde, legt er besonders deutlich an den Tag, indem er gegen mich einen Vorwurf erhebt, der mich gewiß am allerwenigsten treffen kann. Er hält mir nämlich vor, ich würde mich mit meiner Propaganda für den landwirtschaftlichen Familienbetrieb auf dem richtigen Weg befinden, wenn die Hauptaufgabe der Landwirtschaft darin bestünde Gemüse und Handelsfrüchte, insbesondere Tabak, zu kultivieren und Obst- und Blumenzucht zu betreiben sowie Geflügel zu züchten; das sei aber durchaus nicht der Fall; in der Hauptsache bestünde die Aufgabe der Landwirtschaft darin Körnerbau und Viehzucht zu betreiben, und deshalb hätte ich schon aus diesem Grund unrecht. Nun habe ich aber dieser freundlichen Belehrung, wie die Leser der Sozialistischen Monatshefte wissen, wirklich nicht bedurft. In meinen zahlreichen Aufsätzen in dieser Zeitschrift habe ich in einem gewissen Gegensatz zum Genossen Dr. David die genannten Nebenbetriebszweige, in denen die Überlegenheit des Kleinbetriebs ohnehin ziemlich unbestritten ist, fast gar nicht berücksichtigt und um so mehr meine Beweisführung auf Ackerbau und Viehzucht konzentriert.

Was den Ackerbau betrifft, so ist nach Wagner für 61,1 % der Gesamtfläche des deutschen Bodens, der zum Anbau von Getreide und Hülsenfrüchten benutzt werde, und für weitere 10,1 %, die zum Anbau von Futterpflanzen dienen<sup>2)</sup>, deshalb »ohne Zweifel der Großbetrieb dem Kleinbetrieb überlegen, weil ja zum Pflügen, zum Säen, zum Mähen und auch zum Dreschen durchweg die Maschine in Anwendung kommen kann«. Wie unzutreffend diese Behauptung nebst ihrer Begründung ist, wird Wagner hoffentlich schon daraus ersehen, daß sogar ein langjähriger Mitarbeiter der Neuen Zeit, Genosse Ebhardt (Kosuchen bei Biella), der als anerkannt tüchtiger praktischer Landwirt in dieser Frage weit urteilsfähiger ist, die Zunahme des Kleingrundbesitzes gerade aus der relativ geringen sozialökonomischen Bedeutung der landwirtschaftlichen Maschinen erklärt hat. In diesem Sinn schrieb der frühere ostpreussische Großgrundbesitzer erst vor wenigen Monaten:

<sup>1)</sup> Siehe Wagner Groß- oder Kleinbetrieb in der Landwirtschaft, in der Neuen Zeit, 1913-1914, 1. Band, pag. 658 ff.

<sup>2)</sup> Auch die 8,7 %, der Gesamtfläche des deutschen Bodens, die Ackerweide und Brache sind, kommen nach Wagner »ohne weiteres als für den Großbetrieb geeignet in Betracht«. Diese Behauptung will ich ihm gern zugeben. In der Tat zeigt die deutsche Bodenbenutzungsstatistik, daß von 100 Hektar Ackerland der mittelbäuerliche Betrieb nur 6,5 und der kleinbäuerliche gar nur 3,6 Hektar zur Ackerweide und Brache benutzen, während die Großbetriebe mit 9,8% ihres Ackerlandes nichts Besseres anzufangen wissen. Ein Ruhmestitel für den Großbetrieb, wie Wagner anzunehmen scheint, ist diese Tatsache wahrlich nicht. Im Gegenteil, sie lehrt, daß wir, um den deutschen Boden intensiver nutzen zu können, unser agrikoles Siedlungsnetz durch Schaffung neuer Klein- und Mittelbetriebe verdichten müssen.

»Die Maschine des Fabrikanten, die tagein tagaus im Gang ist, verschleißt langsam, während die Maschine des Landmanns im günstigsten Fall nur wenige Monate im Jahr, oft nur einige Wochen, einzelne Maschinen, wie der Eisenvitriolsprenger gegen Hederich, tatsächlich nur einige Tage im Jahr benutzt werden können. Da stehen nun die neuen Maschinen im Winkel, werden vom Ungeziefer und vom Rost aufgezehrt. Das sind wohl die Hauptgründe, weshalb der Kapitalismus so wenig vermocht hat sich die Landwirtschaft zu unterwerfen.«<sup>3)</sup>

Ebenso willkürlich entscheidet sich Wagner für die Überlegenheit des Großbetriebs auch in der Viehzucht. Ihm genügt hierzu folgende ganz oberflächliche, laienhafte, sicherlich nicht aus der Erfahrung geschöpfte Erwägung:

»Wenn man eine größere Anzahl von Kälbern oder Fohlen beisammen hat, wird das Pflegepersonal immer leichter in der Lage sein sich die Kenntnisse, die zur Pflege so junger Tiere nötig sind, zu erwerben als ein Kleinbauer, der bloß alle Jahre 1 oder 2 Kälber aufzieht.«

Nun, diese Kenntnisse sind nicht so schwer zu erwerben. Bauer und Bäuerin eignen sie sich schon als Kinder im elterlichen Betrieb an, und später bilden sie sich in landwirtschaftlichen Schulen und Vereinen und durch Lektüre der Fachzeitungen derart fort, daß sie über die gesicherten Fortschritte der Wissenschaft ziemlich auf dem laufenden sind. Viel schwieriger ist es bei Nutzung, Fütterung und Pflege der Tiere in ihren gesunden und kranken Tagen jene Sorgfalt, Lust und Liebe zu betätigen, ohne die bloße Kenntnisse nutzlos sind. Der bäuerlichen Familie impft das Eigeninteresse diese stets wachende und sorgende Liebe ein, und deshalb gedeiht das Haustier nach aller bisherigen Erfahrung am besten in bäuerlichen Händen. Dem Arbeiter des Großbetriebs ein auch nur annäherndes Interesse an den Tieren und an dem übrigen lebenden und toten Inventar des Gutsbesitzers aneziehen zu wollen ist ein Unterfangen, das heute noch aussichtsloser geworden ist als es früher war. Weshalb die Dinge in dieser Beziehung heute für das Großgut viel ungünstiger liegen als vor einigen Jahrzehnten, hat vor einigen Monaten gerade einer der führenden Agrar marxisten, der preußische Landtagsabgeordnete Genosse Hofer (Pleinlauken), dargelegt, und zwar an der Hand aus der Praxis gegriffener Beispiele in so unübertrefflich lebenswahrer Weise, daß ich seine Beobachtungen und Erfahrungen, die Wagners dürftiges Argument aufs schlüssigste widerlegen, hier ausführlich wiedergeben möchte:

»In früheren Zeiten, da war das Wirtschaften keine Kunst. Die Arbeiter mußten samt ihrem Nachwuchs auf dem Lande bleiben, weil die Industrie noch nicht entwickelt war, um die Arbeiter aufzunehmen. Da hatten wir billige Arbeitskräfte voll auf. Aber nicht nur billig waren diese Arbeitskräfte sondern auch willig. Denn wehe demjenigen Arbeiter, der sich das Mißfallen seines Herrn oder dessen Vertreters zuzog. Er wurde kurzerhand vom Hof gejagt und konnte dann sehen, wo er bleibe ... Durch diese Abhängigkeit respektive durch diese Hungerpeitsche, die die Gutsbesitzer schwingen, wurde damals den Landarbeitern Fleiß, Zuverlässigkeit und vor allem Interesse eingebleut ... Indes wurde damals zur Zeit der *Naturalentlohnung*, als der Flegeldrusch auf Anteil noch allgemein war, auch dadurch das Interesse der Arbeiter wachgehalten. Doch wie sind die Zustände heute? ... Heute, sagen die Herren, hängen wir von den Arbeitern ab. Die kräftigsten jungen Arbeiter ziehen in die Städte und nach dem Westen, auf dem Lande bleiben nur die alten, die körperlich oder geistig invaliden, oder solche, die ihrer besonders großen Kinder-schar wegen in der Bewegungsfreiheit gehemmt sind. Wir bekommen kaum so viel Familien, um auch im Winter den Betrieb aufrechterhalten zu können. Aber auch diese Arbeiter sind sich bewußt geworden, wie notwendig sie dem Herrn sind. Während in früheren Zeiten die Entlassung eines Arbeiters von diesem als großes Mißgeschick empfunden wurde und er lange suchen konnte, bis er wieder eine Stelle fand, wird heute eine Entlassung, selbst wenn dieselbe außerhalb der üblichen Miets-

<sup>3)</sup> Siehe J. bhardts Landwirtschafliche Streitfragen, in der Neuen Zeit, 1912-1913, 1. Band, pag. 448.



zeit stattfindet, nicht als Strafe empfunden. Der nächste Nachbar holt die Familie sofort mit Freuden auf seinen Hof. Aus diesem Grunde können wir den Arbeitern kein Interesse mehr für den Betrieb einpauken. Durch diese Interesselosigkeit erwachsen uns in den großen Betrieben Schäden, die bis zu vielen tausend Mark gehen, teilweise aber auch gar nicht mal geschätzt werden können. Da schaffen wir uns teure Maschinen an, aber sie werden durch die Unachtsamkeit und Schwerfälligkeit der Arbeiter zunichte gemacht und erfordern bald kostspielige Reparaturen. Da werden beim Düngfahren, beim Einbringen des Getreides die Türgriffe durch die Unachtsamkeit der Gespannfahrer kaputt gefahren, Wagendeichsel und Wagenleitern zerbrochen. Da wird das Geschirrzug zerrissen. Früher wurden Kleinigkeiten von den Knechten selbst ausgebessert und gebunden, heute werden schadhafte Stellen im Geschirr vollends zerrissen, damit der Riemer neue anfertigen muß und sie nicht in die Lage kommen knüpfen zu müssen. Da werden tagtäglich Fensterscheiben zerbrochen und ganze Hausecken zuschanden gefahren. Das teure lebende Arbeitsvieh, Pferde und Ochsen, werden schlecht behandelt, Ochsen kaputt gepflegt, Pferde dämpfig gefahren. Wehe, wenn ein Gespannführer auf ein Pferd eine besondere Pike hat! Er bringt es unter Umständen langsam zu Tode. Bei der Aufzucht von Jungvieh tritt diese Kalamität besonders zutage. Kälber und Lämmer gehen ein, weil das Personal den jungen Tieren nicht genügend Obacht zuteil werden läßt. Die Kühe verkalben, weil sie gestoßen und geschlagen werden. Die Aufzucht von jungen Füllen, die früher allgemein vom Großbetrieb gehandhabt wurde, hat dieser jetzt beinahe vollständig aufgegeben, weil die Leute und dabei die Stuten selbst zum mindesten als Mutterstuten zugrunde gingen. In früheren Zeiten wurden die Remonten, die die Gutsbesitzer dem Militäriskus verkauften, auch auf dem Gut geboren. Die Mutterstuten leisteten ihre Arbeit, und das Füllen war sozusagen eine Extraeinnahme. Wenn heute ein Großagrарier 20 oder 30 Remonten der Remontierungskommission jährlich vorstellt, so hat er, weil er die Selbstaufzucht der Füllen aufgeben mußte, diese Remonten als Absatzfüllen vom Bauer zu kaufen. Der Durchschnittspreis für ein Absatzfüllen ist heute wenigstens 300 Mark. Welche Summe geht hier allein den Besitzern der Großbetriebe verloren! Der Bauer, der mit seiner trächtigen Stute selbst ackert und fährt, kann die Füllenaufzucht betreiben. Die Herren sagen, daß sie früher, als sie ihren Arbeitern das Interesse beizubringen vermochten, auch Füllen aufziehen konnten. Dann wird weiter viel über das Hüten geklagt. Durch die Interesselosigkeit der Hirten würden die Weiden nicht richtig ausgenutzt und gäbe es auch außerdem Verluste durch Aufblähen des Viehes.«<sup>4)</sup>

Grausam wird hier das Argument, mit dem der naiv unkundige städtische Agrar marxist die Überlegenheit der großbetrieblichen Viehzucht erweisen

<sup>4)</sup> Siehe Hofer Die sozialistische Lösung der Landarbeiterfrage, in der Neuen Zeit, 1912-1913, 2. Band, pag. 18 ff. Hofer will mit diesen lebensgetreuen Schilderungen zwar nur die Ansichten der Gutsbesitzer über die Arbeiterverhältnisse auf dem platten Land zum Ausdruck bringen. Aber er gibt selbst zu, auch wir als Sozialdemokraten könnten ruhig zugestehen, daß die Gutsbesitzer in manchem recht haben mögen; denn da die Nachfrage nach Arbeitern auf dem platten Land groß und das Angebot gering sei, so nutzten selbstverständlich die ländlichen Arbeiter die für sie günstige Konjunktur in gewissem Grad aus; es konnte ganz von selbst, daß sie nur so viel herausgeben, als nach Lage der Dinge von ihnen seitens der Unternehmer herausgeholt werden kann. Sehr richtig ist auch, was Hofer über das Unvermögen der Gutsbesitzer sagt den Arbeitern auf anderem Weg Interesse für ihre Betriebe einzulößen: »Nun könnte eingewendet werden, falls tatsächlich die Interesselosigkeit der Landarbeiter daran mit schuldig ist, daß die Zunahme des Großbetriebs nicht flott von statten geht, dann sollte doch seitens der landwirtschaftlichen Unternehmer ein Modus gefunden werden dieses Interesse, wenn die drohende Hungerpeitsche nicht mehr anwendbar ist, durch andere Mittel zu erwecken. Als solch ein Mittel könnte die Beteiligung am Reingewinn angeführt werden. Dieses Mittel wurde und wird auch verschiedentlich versucht. Es scheidet aber vornehmlich an der Abhängigkeit der Landwirtschaft von sehr verschiedenen Faktoren, vor allem an den Witterungsverhältnissen. Es werden immer Jahre kommen, in denen der Reingewinn eines landwirtschaftlichen Betriebs durch ungünstige Witterung oder durch Seuchen und Krankheiten auf Null heruntergehen oder gar sich als Minus darstellen wird. In solchen Fällen würde das durch den Klassengegensatz vorhandene Mißtrauen leicht zu Mißbilligkeiten führen können. Die Industrie hat eben ganz andere Verhältnisse.« Das einzige in der Großlandwirtschaft mögliche Mittel das Interesse des Arbeiters an den Betrieb zu binden ist die partielle Naturalentlohnung. Es ist deshalb höchst inkonsequent und in sich widerspruchsvoll, wenn Hofer und andere Agrar marxisten, darunter leider auch die Leiter unserer Landarbeitergewerkschaft, einerseits nicht einmal das Übermaß an Großgrundbesitz im Osten durch innere Kolonisation aufgeteilt und andererseits die Naturallohnung abgeschafft wissen wollen.

wollte, durch seinen erfahreneren ländlichen Gesinnungsgenossen abgetan. Nach dieser Abfuhr des einen *Agrarmarxisten* durch den andern wird man mit gebührender Heiterkeit vernehmen, wie Wagner sich die weitere Entwicklung der deutschen Landwirtschaft denkt. Die »rückläufige Entwicklung der Landwirtschaft vom Großbetrieb zum Kleinbetrieb« (richtig müßte es natürlich heißen: ihre Vorwärtsentwicklung zum familienhaften mittlern Betrieb, den aber unser absonderlicher Agrartheoretiker in der Abnahme begriffen sein läßt) hat nach Wagner ihren Grund darin, daß es bisher »unseren Großkapitalisten nicht an anderweitigen Betätigungsgebieten für ihre Riesenkapitalien mangelt«. Neuerdings würden ihnen aber solche Betätigungsfelder schon knapp, und es müsse die Zeit kommen, wo das Großkapital sich der Landwirtschaft zuwendet. Allein ich möchte die Leser der Sozialistischen Monatshefte nicht um das Vergnügen betrügen die Argumentation dieses *agrarmarxistischen* Neulings etwas mehr in extenso zu genießen, und zitiere daher wörtlich:

»Tritt dieser Zeitpunkt aber ein, und er wird in nicht allzu ferner Zeit eintreten, dann ist es mit einem Schlag [!] mit dem Vorherrschen des Kleinbetriebs und auch mit den mittleren Betrieben in der Landwirtschaft zu Ende. Es scheint mir sogar, daß dieser Zeitpunkt unmittelbar bevorsteht [!], daß er vielleicht schon eingetreten ist, während ich diesen Artikel schreibe. Als ein Symptom dafür erscheint ein kurzes Zeitungstelegramm in der Abendausgabe des Berliner Lokalanzeigers vom Freitag den 3. Oktober 1913, das meldet, daß die Firma Krupp in Essen im Kreis Lingen in Hannover 5000 Hektar Hei d e l a n d angekauft hat, um eine Viehmästungsanstalt zur Versorgung ihrer Konsumanstalt mit Fleisch zu errichten. Wenn sich diese Nachricht bestätigt, dann bedeutet sie nichts mehr und nichts weniger als eine Wende [!] in der landwirtschaftlichen Entwicklung. Krupp wird wohl auf den 5000 Hektar auch Körnerbau usw. betreiben. Und sein Beispiel wird bei anderen Großindustriellen und Großkapitalisten sehr bald Nachahmung finden. Damit [!] hat dann aber auch das Sterbestündlein [!] des Kleinbetriebs in der Landwirtschaft geschlagen.«

Es ist wohl nicht nötig eingehend nachzuweisen, daß die von diesem offenbar völlig sachkundigen Mann als Erfüllung der *agrarmarxistischen* Prophezeiungen begrüßten Schweinegroßmästereien ja gerade deshalb auf Heide land angelegt werden, weil sie auf gutem, altem Ackerland bei den heutigen Bodenpreisen mit den bäuerlichen Betrieben nicht konkurrieren könnten; daß sie aber auch in der Heide unter der Seuchengefahr und unter den selben Arbeiterschwierigkeiten leiden, die nach dem Zeugnis sogar des Genossen Hofer die Gutsbesitzer mindestens an Abverkauf, niemals an ein Vergrößern ihres Betriebs denken lassen; und endlich, daß diese neuartigen Großmastanstalten keine oder nur eine ganz geringe Rente abwerfen. Auf dem selben Niveau steht, was Wagner über die heutige Lage der kleineren Bauern zu sagen weiß:

»Tatsächlich liegen die Verhältnisse ja auch heute so, daß die 4 384 786 = 76,4 % aller ländlichen Besitzer nicht proletarisiert zu werden brauchen, weil sie schon proletarisiert sind... Wir können sie am besten für unsere Partei gewinnen und dauernd nur an unsere Fahne fesseln, wenn wir sie über ihre soziale Lage aufklären und in ihnen keine Illusionen über ihre Selbständigkeit wachzuerhalten suchen. Für diese Gesellschaftsschicht gilt das selbe wie für den städtischen Mittelstand, den der Großkapitalismus auf den Aussterbeetat gesetzt hat.«

Man wird nicht erwarten, daß ich solche Behauptungen ernsthaft kritisiere, und es bleibt mir nur übrig zu fragen: Dokumentiert sich etwa in der Aufnahme dieses Parteischüleraufsatzes in die wissenschaftliche Wochenschrift der deutschen Sozialdemokratie die mir hier vor kurzem von Kaspar Schmidt als vorbildlich vorgehaltene Belehrbarkeit des Genossen K. Kautsky, der, immer nach

Kaspar Schmidt, »durch die neuesten Ergebnisse der Statistik von dem starren Glauben an seine früheren Anschauungen zurückgekommen ist und sich mit den Tatsachen abfindet«<sup>5)</sup>)



OMO novus als Vorkämpfer des Agrar**marxismus** und mit der Landwirtschaft aus persönlicher Erfahrung offenbar nicht vertraut ist auch Alfred Moeglich.<sup>6)</sup> Immerhin gehen diesem Genossen (er stellt sich selbst als »geschulter Statistiker« vor) wissenschaftliche Kenntnisse nicht ab, und seine Darlegungen und gegen mich gerichteten Angriffe bewegen sich daher auf einem höhern Niveau. Er wirft mir zunächst vor, ich arbeite nur mit »Generalzahlen«, deren Benutzung nur »rohe Bilder« gebe, während doch erst die monographische Erläuterung über die innere Wesenseigentümlichkeit der Zustandsveränderungen in der Landwirtschaft Klarheit verschaffe. Daran ist so viel richtig, daß statistische Zahlen um so vorsichtiger interpretiert werden müssen, je größer der Bereich ist, für den sie zu gelten beanspruchen. Das Mißtrauen gegen die Qualität der verarbeiteten Zahlen, gewiß eine Haupttugend des Statistikers, darf aber nicht in die von Moeglich beliebte Skepsis übergehen, und dazu in einem Fall, wo 2 so sorgfältige und von einander unabhängige Zählungen wie die deutschen Berufs- und Betriebszählungen so unzweideutige Zahlen ergeben, wie sie in der folgenden Tabelle einander gegenübergestellt sind:

Größenklasse in Hektar	Auf die einzelnen Größen- klassen entfallen von 100 Hektar landwirtschaft- lich genutzter Fläche		Zu- oder Abnahme der landwirt- schaftlichen Be- triebe 1895 bis 1907	Zu- oder Abnahme der landwirtschaft- lichen Betriebs- haber im Haupt- beruf 1895 bis 1907
	1907	1895		
0,5 bis 2	4,3	4,5	— 89 001	— 146 909
2 bis 5	10,4	10,1	— 10 041	— 24 157
5 bis 20	32,7	29,9	+ 66 735	+ 72 656
20 bis 100	29,3	30,3	— 19 576	— 16 975
über 100	22,2	24,1	— 1 495	— 740

Diese Ziffern entrollen von dem gleichmäßig starken Vordringen der mittelbäuerlichen Betriebe nach Zahl und Flächenanteil und der berufsmäßigen Landwirte dieser Größenklasse denn doch ein so klares, eindrucksvolles Bild, daß die skeptischen Einwände (die übrigens früher, als er die Statistik noch nach seinem Sinn glaubte umdeuten zu können, vom Agrar**marxismus** nicht vorgebracht worden sind) davor ohnmächtig in sich zusammenfallen.<sup>7)</sup> Daß freilich daneben auch die monographische Methode ihren großen Wert hat, habe ich schon vor Moeglich eingesehen, wie daraus wohl hervorgeht,

<sup>5)</sup> Siehe Schmidt Schein und Wirklichkeit in der Agrartheorie und Agrarstatistik, in den Sozialistischen Monatsheften, 1913, 3. Band, pag. 1629.

<sup>6)</sup> Siehe Moeglich Schwierigkeiten und Irrtümer in der Behandlung der Agrarstatistik, in der Neuen Zeit, 1913-1914, 1. Band, pag. 628 ff.

<sup>7)</sup> Auch das vom reichsstatistischen Amt herausgegebene, vom Regierungsrat Dr. Seibt bearbeitete Werk Die deutsche Landwirtschaft, Hauptergebnisse der Reichsstatistik / Berlin 1913 /, pag. 33, spricht das sehr klar aus: »Die mittleren Bauernbetriebe haben sich sowohl nach Zahl wie Fläche erheblich ausgedehnt, während die großbäuerlichen und noch mehr die Großbetriebe in beiden Beziehungen zurückgegangen sind. Schon bisher hat das Schwergewicht der deutschen Landwirtschaft in den bäuerlichen Betrieben gelegen. Es ist von Zählung zu Zählung, am meisten im letzten Zeitraum, noch verstärkt worden, indem der Anteil der bäuerlichen Betriebe sich von 69,9% (1882) auf 70,3% (1895) und zuletzt auf 72,4% (1907) steigerte. Zu verdanken ist dies dem starken Vordringen der mittleren Bauern. Die Großbetriebe fielen mit ihrer landwirtschaftlichen Fläche von 24,4 auf 24,1 und schließlich auf 22,2%. Diese Zahlen sprechen gegen eine Ausdehnung des Großgrundbesitzes und deuten auf eine Stärkung des mittlern Besitzes hin.«

daß ich bereits eine größere Anzahl typischer deutscher Landschaften in den Sozialistischen Monatsheften monographisch untersucht habe.<sup>8)</sup> Aber auch nach dieser Methode hat sich ausnahmslos ergeben, daß der bäuerliche Familienbetrieb allerorten sehr lebenskräftig vordringt.

Das bestreitet Moeglich nun aber für die Provinz Hessen-Nassau oder genauer den Regierungsbezirk Wiesbaden. Hier habe sich der mittelbäuerliche Betrieb seit 1895 von 14 054 auf nur 14 393 vermehrt, also um 339 oder 2,4 %, dagegen in der vorhergehenden Zählungsperiode von 12 798 auf 14 054, also um 1236 oder um fast 10 %. Diese etwas geringere Zunahme während des letzten Zeitraums erklärt Moeglich folgendermaßen:

»Die Aussichtslosigkeit der mittelbäuerlichen Betriebsform brachte einen so ungeheuerlichen (!) Rückschlag in der Entwicklung dieser Betriebsform zuwege. Und das wäre gerade das Gegenteil dessen, was Arthur Schulz beweisen will.«

Wenn Moeglich schon in der etwas weniger schnellen Zunahme einer Betriebsform in einem einzigen kleinen Regierungsbezirk den Beweis ihrer »Aussichtslosigkeit« erblickt, was müßte er dann erst vom Großbetrieb sagen! Dieser hat ja in allen deutschen Verwaltungsbezirken an Fläche verloren, ausgenommen allein die Regierungsbezirke Köln und Rheinhessen; aber auch hier hat er nur 2899 und 1478 Hektar gewonnen, und zwar ganz offensichtlich nur deshalb, weil in beiden Bezirken städtische und industrielle Kapitalisten Luxusgüter erworben oder arrondiert haben. Übrigens hat das langsamere Tempo in der Zunahme der mittelbäuerlichen Betriebe in Hessen-Nassau eine sehr einfache und einleuchtende Ursache. In vielen Gegenden dieses Bezirks mit intensivstem Wein-, Obst- und Feldgemüsebau fiel der neuerdings so begünstigte Familienbetrieb während des letzten Jahrzehnts schon in die Größenklasse von 2 bis 5 Hektar.<sup>9)</sup> Dieser Betriebsgröße müßte daher in diesem Bezirk und in dieser Periode die selbe Kraft zugute kommen, die in minder intensiv bebauten Gegenden der Vermehrung der mittelbäuerlichen Betriebe förderlich war. In der Tat haben sich denn auch die kleinbäuerlichen Betriebe in Hessen-Nassau seit 1895 sehr stark, nämlich um 3579 vermehrt. Gerade in dieser Provinz und in diesem Bezirk bestätigt sich also meine Lehre auf das schlagendste.

Der zweite unter den »grundlegenden Irrtümern«, die mir Moeglich nachweisen will, betrifft die Preise landwirtschaftlicher Grundstücke verschiedener Größenklasse. Bekanntlich hat Dr. Walter Rothkegel in seiner Bearbeitung der Kaufpreissammlung der preussischen Katasterverwaltung gefunden, daß gerade für die kleineren und mittleren Güter, weil sie am intensivsten bewirtschaftet zu werden pflegen, pro Hektar die höchsten Preise gezahlt werden. Es verlohnt sich wenigstens für die 5 nordöstlichen Provinzen Preußens, die ja für die innere Kolonisation am meisten in Betracht kommen, die von Rothkegel berechnete Tabelle hier wiederzugeben:<sup>10)</sup>

<sup>8)</sup> Unter anderen Ostdeutschland, Thüringen, Rheinprovinz, Hessen-Nassau, Großherzogtum Hessen, Bayern, Baden, Elsaß-Lothringen.

<sup>9)</sup> Gerade der Agrarmarxist Dr. Grumach hat in seinem Artikel Die Einteilung der landwirtschaftlichen Betriebe, in der Neuen Zeit, 1912-1913, 2. Band, pag. 487, nachgewiesen, daß die untere Grenze der Bauernbetriebe mit familienhafter Arbeitsverfassung (namentlich in West- und Süddeutschland) schon bei 3 Hektar liegt, und daß deshalb die Gruppen von 3 bis 10 Hektar als fast reine Familienbetriebe sinngemäß zusammengehören.

<sup>10)</sup> Siehe Rothkegel Die Kaufpreise für ländliche Besitzungen im Königreich Preußen von 1895 bis 1906 / Leipzig 1910 / pag. 40 ff. Den großen Unterschied in den Hektarpreisen zwischen den großen und größten Gütern einerseits und den Bauernwirtschaften andererseits erklärt Rothkegel in erster Linie daraus, »daß Großgüter vielfach noch extensiv bewirtschaftet werden und daher nicht so hohe Erträge liefern wie mittlere Güter, die oft in besserer Kultur sich befinden«.

Regierungsbezirk	Durchschnittspreise in Mark für 1 Hektar unter Zusammenfassung aller Stufen des durchschnittlichen Grundsteuerreinertrags					
	unter 2 Hektar	2 bis 5 Hektar	5 bis 20 Hektar	20 bis 100 Hektar	100 bis 500 Hektar	500 und mehr Hektar
Königsberg	2370	1460	1010	845	849	726
Allenstein	1650	983	650	470	521	479
Gumbinnen	1880	1390	1110	951	731	586
Danzig	2210	1750	1290	1260	820	599
Marienwerder	2140	1540	1170	964	779	617
Potsdam	3660	2150	1470	979	797	714
Frankfurt	2920	2100	1390	911	820	647
Stettin	3010	2020	1430	1080	836	694
Köslin	2870	1840	1140	713	555	408
Stralsund	2460	1980	1570	1150	987	736
Posen	2180	1440	1060	882	879	713
Bromberg	1970	1350	1070	968	753	689

Sehr bemerkenswert ist nach Rothkegel die überwiegende Richtung der Nachfrage auf mittlere Bauernwirtschaften. Über ein Drittel aller Kaufpreise bezieht sich auf Besitzungen zwischen 5 und 20 Hektar Umfang. Dem entspricht der für solche Wirtschaften gezahlte Preis, ja er geht noch darüber hinaus; denn volle 71 % des Bodenwerts entfallen auf die Bauernwirtschaften von 2 bis 100 Hektar und nur 18 % (gegen 22,2 % der Nutzungsfläche) auf den Großgrundbesitz über 100 Hektar. Und während die Marktpreise der Großgüter nach Rothkegel bereits öfters den Ertragswert übersteigen, ist er der Meinung, »daß die Kaufpreise wenigstens für die kleineren und mittleren Besitzungen bis jetzt noch keine unnatürliche Höhe erlangt haben, also im allgemeinen den jetzigen Kulturaufwendungen und den gesteigerten Ertragsmöglichkeiten entsprechen.«<sup>11)</sup> Natürlich sind die statistischen Feststellungen Rothkegels unseren Agrarmarxisten sehr unangenehm. Auch Moeglich sucht sie anzufechten, und zwar mit der Motivierung, daß Bodengüte, Bodenlage, Verkehrs- und Absatzverhältnisse auf die Preisbildung wirken, und daß aus diesen Gründen (?) »der Statistiker« (Moeglich scheint sich als den Statistiker  $\kappa\tau\tau' \xi\epsilon\chi\theta\eta$  einzuschätzen) eine Vergleichung ablehnt. Aus diesen etwas dunklen Sätzen ist mir leider nicht klargeworden, weshalb denn Moeglich eigentlich die Rothkegelschen Zahlen disqualifiziert. Ich beschränke mich daher darauf festzustellen, daß unsere gesamte Parteipresse die Rothkegelschen »Generalzahlen« benutzt hat, um die Einwirkung eines der Betriebsgröße analogen Kausalfaktors, der Getreidepreise und der Getreidezölle auf den Bodenpreis zu untersuchen.

Ein weiterer Einwand, den Moeglich gegen mich erhebt, beruht auf einer kniffligen Unterscheidung zwischen »Betriebsform« und »Betriebsart«. Als Betriebsform sei das Großgut ausgezeichnet und nur durch die Betriebsweise der schlecht wirtschaftenden heutigen Großagrarien werde es zugrunde gerichtet. Auch diese Einwendung kann ich nicht zugeben. Ich leugne, daß die »ostelbischen Junker« in der Regel schlecht wirtschaften. Im großen ganzen holen sie, von gewissen Fideikommissen abgesehen, aus ihrem von Natur überwiegend armen Boden heraus, was er, ohne erschöpft zu werden, herzugeben vermag. Wenn sie trotzdem den Grad der Pro-

<sup>11)</sup> Siehe Rothkegel Die Bewegung der Kaufpreise für ländliche Besitzungen und die Entwicklung der Getreidepreise im Königreich Preußen von 1895 bis 1909, in Schmollers Jahrbuch, 1910, 2. Band, pag. 1709.

duktivität und Rentabilität der mittelbäuerlichen Wirtschaften im allgemeinen neuerdings nicht mehr zu erreichen vermögen, so scheitern sie an den Mißständen, die gerade mit der Großbetriebsform unlöslich verbunden sind und ihr, solange es den Gutsarbeitern möglich ist auf kolonialem Neuland als Bauern oder in den Städten als Industriearbeiter unterzukommen, in jeder denkbaren Gesellschaftsordnung anhaften werden: am Mangel an ländlichen Arbeitern, an deren (von Hofer so lebenswahr geschilderten und einleuchtend motivierten) Interesselosigkeit und an der Unmöglichkeit die agrikole Handarbeit durch landwirtschaftliche Maschinen in hinreichendem Umfang vorteilhaft zu ersetzen. Infolge dieser Nachteile gerade der Großbetriebsform muß auch jeder Versuch sozialistischer Großlandwirtschaft mißlingen; und zwar um so eher, als ja in einem sozialistischen Staat, dessen erstes Werk es natürlich wäre die städtischen Arbeiter gegen Arbeitslosigkeit, Ausbeutung durch die Unternehmer, Mietswucher und Schröpfung durch den Zwischenhandel zu schützen, die Landflucht der landwirtschaftlichen Arbeiter noch stärker anschwellen dürfte. Um die dadurch auf das gefährlichste bedrohte Lebensmittelversorgung der Stadtbevölkerung einigermaßen zu sichern, würde gerade eine sozialistische Regierung, die doch das Grundrecht der Freizügigkeit nicht antasten kann, sich bald genötigt sehen den Landarbeitern und Bauernkindern das zu bieten, was sie allein auf dem platten Land festhalten kann: selbständige Familienwirtschaften.

Aber gerade diese sind dem Genossen Moeglich ein Greuel. Das hieße, wendet er weiter ein, den Kleinbauer verewigen, »der seine Milch in die Zentrifuge der Genossenschaft schickt und seinen Kindern abgesahnte Milch oder gar keine gibt, der sein Butterbrot mit gekaufter Margarine streichen muß, der nur dann und wann ein Stückchen Fleisch sieht, weil er seine fettgemachten Schweine und Rinder zur Bezahlung der Hypothekenzinsen, der Dünger- und Maschinenrechnungen verkaufen muß. . . Ist das das Ideal des Bauern, auf den Arthur Schulz die Zukunft der einheimischen Landwirtschaft aufbauen will?« Mit dieser Einwendung bedient sich Moeglich einer alten Taktik unserer Agrarmarxisten. Je nach ihren polemischen Bedürfnissen führen sie den landunkundigen Parteigenossen abwechselnd 2 Klischeebilder vor, die einander schroff widersprechen. Bald malen sie ihnen in grellen Farben das Elend der Kleinbauernfamilie aus, die aus finanziellen Nöten alles verkaufen muß, was sie produziert, und nun Hungerpfoten saugt. Bald wollen sie glauben machen, der Kleinbauer verkaufe so gut wie gar nichts, er zehre sein Getreide, seine Kälber und Schweine selber auf, komme also für die Versorgung der städtischen Konsumenten mit Lebensmitteln nicht in Betracht und habe deshalb auch kein Interesse an den Getreide-, Vieh- und Fleischzöllen.<sup>12)</sup> Beide mit einander unvereinbare Behauptungen sind gleich übertrieben, und die Wahrheit liegt in der Mitte.

<sup>12)</sup> Erst vor wenigen Wochen hielt der Agrarmarxist Andree in der Neuen Zeit, 1913-1914, 1. Band, pag. 590, dem bekannten wirtschaftspolitischen Schriftsteller Dr. Friedrich Beckmann folgende Standpredigt: »Im übrigen überschätzt Beckmann [in seinem Buch über die Futtermittelzölle] die Bedeutung der kleinen und mittleren Betriebe für die Marktversorgung. . . Wenn er die Zahlen über den Schweinebestand in den verschiedenen Größenklassen einander gegenüberstellt, so bedenkt er nicht, daß ein wesentlicher, wenn nicht der größte Teil der in den klein- und mittelbäuerlichen Betrieben gehaltenen Schweine für den eigenen Verbrauch bestimmt ist und für die Marktversorgung nicht in Betracht kommt.« Andree ist in diesem wichtigen Punkt also anderer Meinung als sein neuer agrarmarxistischer Mitstreiter Moeglich, der die Kleinbauern alle ihre fettgemachten Schweine (und das sind nicht wenige) aus Geldnot verkaufen läßt. Wie sich das Verhältnis zwischen dem Schweineabsatz und -eigenkonsum der Kleinbauern in Wirklichkeit stellt, habe ich für Unterfranken in meinem Artikel Zur landwirtschaftlichen Bodenpolitik in Bayern, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte, pag. 94 ff. berechnet.

Zum Schluß macht Genosse Moeglich, um mich zu widerlegen, einen Ausflug nach Italien. Er hält mir entgegen, selbst die dumpfen Kleinbauern Piemonts, denen schon die Topographie ihrer Heimat gebieterisch den Kleinbetrieb in der Hügellandschaft predige, hätten auf ihrem Kongreß zu Asti /1910/, als sie über die Luzzattische Vorlage betreffend Vermehrung der Kleinbauern berieten, begeistert durch eine Rede des Abgeordneten Genossen Pugliesi, sich für die Kollektivwirtschaft im *agrarmarxistischen* Sinn entschieden. Das Protokoll des Kongresses zu Asti ist mir im Original nicht zugänglich, aber auf Grund meiner Kenntnis der sonstigen Agrarliteratur unserer italienischen Bruderpartei und speziell der agrarwissenschaftlichen Arbeiten Dr. Giulio Pugliesis muß ich es nachdrücklich bestreiten, daß der Begründer der *Associazione Piccoli Proprietarii*, wie sie sich kurz nennt, und die zu ihm haltenden piemontesischen Kleinbauern für das schwärmen, »was wir *Agrarmarxisten* uns unter einer großzügig betriebenen nationalen Landwirtschaft vorstellen« (Moeglich). Dr. Pugliesi ist alles andere als ein Parteigänger der K. Kautsky, Hofer, André, Marchionini, Moeglich, Wagner und Genossen. Er hat längst erkannt, daß in dem oberitalienischen Kleinbauerngebiet, das besonders Piemont, die Provinzen Alessandria und Asti und Teile Liguriens und der Lomellina umfaßt, das Bauerntum unentwurzelt standhält, ja auf Kosten des landbesitzenden Adels und Stadtbürgertums siegreich vordringt.<sup>13)</sup> Wollte man, sagt er einmal, warten bis in diesem Hügelland und Weinbauggebiet ein agrikoles Proletariat entstünde, so hieße das »jede Parteiaktion bis zum Tag des jüngsten Gerichts zurückstellen«. Da er hierzu aber im Interesse der Kleinbauern wie der Partei nicht bereit war, gründete er am 1. September 1912 auf dem Kongreß zu Alessandria die *Associazione dei piccoli proprietari coltivatori della terra*. Seine Programmrede<sup>14)</sup> ist von allem *Agrarmarxismus* weit entfernt. Vor allem enthält sie kein Sterbenswörtchen von dem agrarsozialen Ideal unserer Marxorthodoxie, der genossenschaftlichen Bewirtschaftung ländlicher Großbetriebe durch die Gutsarbeiter. Außer dringlichen Reformen des Volksschulwesens, des Steuersystems, der Landgemeindegeseztgebung verlangt Pugliesi in seinen Reden und Schriften besonders die staatliche Unterstützung der landwirtschaftlichen Genossenschaften, der Feuer- und Viehversicherungsvereine auf Gegenseitigkeit, vor allem, zur Hebung des noch wenig entwickelten landwirtschaftlichen Kreditwesens, die Förderung der ländlichen Kreditkassen, ferner die Einrichtung landwirtschaftlichen Wanderunterrichts in Verbindung mit örtlichen Versuchsfeldern, die Herstellung genossenschaftlicher

<sup>13)</sup> Siehe Pugliesi *Socialismo e piccola proprietà*, in der *Critica Sociale*, 1911, pag. 193 ff. Da unsere deutsche sozialdemokratische Agrarstudienkommission sich auch mit den Entwicklungstendenzen im Weinbau befaßt, möchte ich einige ihm betreffende Sätze aus diesem Artikel hier wiedergeben: »Im Monferrato und in den benachbarten Gegenden ist das kleine Eigentum ein soziales Institut, das für die Kultur unentbehrlich ist. Im Hügellande und im Weinberg findet die Maschine keine Anwendung, und der Ertrag des Bodens hängt ausschließlich von der menschlichen Arbeit ab. Wir befinden uns hier auf der sozialen Stufe des Handwerks. Im letzten Jahrzehnt nahm im Weinberg der Wert des Kapitals ab, und es wuchs der Wert der Arbeit. Die Krankheiten, die sich an der Pflanze des Bacchos und des Noah vervielfältigt haben, machten den Ertrag des Weinstocks allein von der aufopfernden Pflege des Winzers abhängig. Anstatt daß sich in den weinbautreibenden Gegenden die Lehre von der kapitalistischen Konzentration bestätigt, nimmt vielmehr die Teilung zu. Heute sind hier die großen direkt vom Eigentümer bewirtschafteten Besitztümer Ausnahme, die allein dem eiteln Ehrgeiz alter Adelshäuser oder großbürgerlicher Emporkömmlinge geschuldet werden. Fast immer sind sie unrentabel. Allein der selbstarbeitende Winzer ergräbt sich aus seinem Weinberg einen lohnenden Ertrag.«

<sup>14)</sup> Sie ist, unter dem Titel *I piccoli proprietari coltivatori al Congresso di Alessandria*, in der *Critica Sociale* 1912, pag. 276 ff., abgedruckt. In einer zustimmenden Einleitung gibt Turati einen interessanten Rückblick auf die Entwicklung der Agrartheorie und -politik der italienischen Sozialdemokratie.

oder gemeindlicher Weinkelter, Olivenölpresen, Öfen zum Dörren der Kokons der Seidenwürmer, Anstalten zur Fabrikation von Früchtekonserven, endlich die Zurückdrängung des monopolistischen Zwischenhandels in Agrarprodukten, der vom Konsumenten oft doppelt und dreifach so hohe Preise verlange und erhalte als er selbst dem Produzenten zahle. Dementsprechend enthält auch das Programm des Bundes ackerbaureibender Kleineigentümer manche Forderungen, die gar nicht nach dem Herzen derer sind, deren ganzer Sozialismus, wie Pugliesi einmal schreibt, »in einigen Dogmen besteht, jenseits derer die Häresie beginnt«. Es sollte Moeglich doch bekannt sein, daß Dr. Pugliesi und seine agrarfreundlichen Gesinnungsgenossen Vigna, Casalini, Montemartini und Samoggia (der Abgeordnete Samoggia legte sich auf dem Kongreß zu Asti sogar lebhaft für Luzzattis Gesetzentwurf betreffend die Erhaltung und Vermehrung des kleinen ländlichen Eigentums und des Familienguts ins Zeug) sich und ihr Werk öfters gegen die Männer des reinen Prinzips verteidigen mußten. Es nimmt mich daher nicht wenig wunder, daß Moeglich nun mit einemmal die agrarische Parteiautorität des italienischen Sozialismus für sich und seine Richtung in Anspruch nimmt. Bis zu einem gewissen Grad läßt sich dieses Mißverständnis allerdings damit entschuldigen, daß es ja heute nicht mehr ganz leicht ist einen bekanntern west- oder nordeuropäischen Sozialisten aufzufinden, der die vorsintflutlichen agrartheoretischen und -politischen Anschauungen K. Kautskys noch teilt.



UNTER den deutschen *Agrar marxisten* ragt der Verfasser des dritten und letzten Artikels, mit dem ich mich hier kritisch auseinanderzusetzen habe, der preußische Landtagsabgeordnete Genosse Adolf Hofer (Pleinlauken) hervor. Als praktischer Landwirt kennt er die ländlichen Verhältnisse wenigstens seiner Heimatprovinz Ostpreußen aus persönlicher Erfahrung; und soweit ihn nicht die Vorurteile blind machen, die er sich durch allzu fleißige Lektüre des Agrarbuchs und der Agrarartikel K. Kautskys leider angeeignet hat, versteht er verblüffend scharf zu beobachten und das Geschaute klar und packend darzustellen. Diese bedeutenden Vorzüge bewährt Hofer auch in seiner jüngsten Abhandlung; vor allem in dem Passus, den ich oben in meiner Polemik gegen den Genossen Wagner ausführlich zitiert habe. Lebenswahrer und eindringlicher als es Hofer hier tut könnte auch ich nicht schildern, wie sehr der landwirtschaftliche Großbetrieb daran krankt, daß die Arbeiter, die er beschäftigt, kein Interesse an dem Betrieb haben, und daß ihnen heute, im Gegensatz zu früheren Jahrzehnten, infolge des knappen Angebots von Arbeitskräften das nötige Interesse nicht mehr durch das Drohen mit Entlassung beigebracht werden kann. Im Gegensatz hierzu wird, wie wir alle wissen, der landwirtschaftliche Kleinbetrieb durch das Interesse seines für sich selbst schaffenden Arbeiters außerordentlich begünstigt. Diesen allgemein anerkannten Erfahrungssatz bestreitet auch Hofer nicht. Ja er stützt ihn sogar durch eigene Beobachtungen, die so feinhörig dem Leben des Landmanns abgelauscht sind und so erquickend den frischen Odem der Ackerscholle atmen, daß ich sie gleichfalls den Lesern der Sozialistischen Monatshefte nicht vorenthalten kann:

»Wir haben vorhin die Gutsbesitzer zum Wort kommen lassen mit ihren Klagen über die Interesselosigkeit der Landarbeiter. Die Interesselosigkeit erstreckt sich aber nur



auf das, was den Herrn angeht. Wenn die eigene Kuh zum Kalben ist, dann sieht die Sache anders aus. Dann wachen die Landarbeiter wochenlang nachtsüber im Stall. Das Kalb wird in die Stube genommen, damit ihm nur ja nichts zustoßen kann in den ersten Tagen der Anfälligkeit. Wenn im Sommer Futter eingefahren wird für die Deputatkühe, hei, wie sind die Landarbeiter da auf dem Posten, daß das Futter auch gut gewonnen wird und regenfrei einkommt. Oder im Herbst, wenn die Pflugarbeiten ausgeführt werden, dann brennen die Arbeiter schon darauf möglichst zuerst den Acker zu stürzen, auf dem im nächsten Jahr ihre Deputatkartoffeln gebaut werden sollen. Niemand weiß, auf welchen Plan gerade seine Kartoffeln kommen werden; aber dann arbeitet einer für alle und alle für einen! Da wird so eigen und gründlich gepflügt und so schnell gearbeitet, daß der Herr respektive sein Vertreter nur zu sehen haben, daß die Pferde nicht überhitzt werden. Ebenso steht die Sache mit dem Acker für das Menggetreide und dann wieder im Frühjahr mit dem Fertigmachen des Ackers und dem Setzen der Kartoffeln und dem Säen des Menggetreides. Ähnlich steht es mit dem Hüten. Durch schlechtes Hüten kann viel Schaden gemacht werden. Die Weiden werden nicht richtig ausgenutzt, das Vieh nimmt schlecht zu oder bläht durch Unachtsamkeit des Hirten auf, und es kann Verlust geben. Ist nur das Vieh, das dem Herrn gehört, bei der Herde, kommt alles mögliche vor. Sind aber auch die Kühe der Leute dabei, dann paßt der Hirt ganz anders auf und sorgt, daß die Weide richtig genutzt wird und sonst nichts passiert.

Als ich diese wahre Lobrede auf das den Landarbeiter zu Fleiß und Sorgfalt anspornende Eigeninteresse las, hoffte ich Genosse Hofer werde von nun an seinen Einfluß mit mir dafür einsetzen, daß endlich möglichst vielen Gutstagelöhnern Gelegenheit gegeben werde fortan auf eigener Scholle einer entwickelungsfähigen Landarbeiterstelle oder eines Kleinbauernguts die in der Tat wunderwirkende Kraft des Selbstinteresses zu bewähren. Aber zu dieser konsequenten Folgerung aus seinem beredten Beitrag zur Psychologie der Gutsarbeiterschaft kann sich Genosse Hofer leider nicht aufschwingen. Ihn hindern daran ein Vorurteil und ein Ideal; das Vorurteil der technischen Minderwertigkeit des landwirtschaftlichen Kleinbetriebs und das Ideal des genossenschaftlichen Großguts als der organisatorischen Einheit des Landwirtschaftsbetriebs in der kommenden sozialistischen Gesellschaftsordnung. Von diesem Ideal und jenem Vorurteil geblendet, läßt Hofer seine so gut realistisch einsetzende Abhandlung in folgenden, aller Wirklichkeit entfremdeten Appell gipfeln:

»Wir Sozialdemokraten scheuen vor einer grundstürzenden Umänderung der Dinge nicht zurück. Der Großbetrieb krankt an der Interesselosigkeit seiner Arbeiter, besitzt aber die ungeheure technische Überlegenheit. Der Kleinbetrieb besitzt das Interesse seines Arbeiters, des Besitzers, krankt aber in technischer Hinsicht. Folglich müssen wir das Kranke, Ungesunde der beiden Betriebsarten ausschalten und die guten Seiten, welche die beiden Betriebe haben, zusammenspannen. Also: Großbetrieb mit selbstarbeitenden Genossenschaftern. . . . Was der Partei heute vor allem nützt, ist nur . . . die klare Aufstellung unseres scharf umrandeten sozialistischen Endziels. . . . Wohlan! Entfalten wir unser Banner als Sozialisten! Weisen wir den Landarbeitern den Weg, der allein sie vom bloßen Dahinvegetieren zum wahren Menschentum führen kann: Expropriation der Großgrundbesitzer und genossenschaftliche Bewirtschaftung ihrer Betriebe durch die Arbeiter. Langsam erst wird diese Idee in die Hirne der Landarbeiter Eingang finden. Aber die Zahl der Begreifenden wird sich mehren und vergrößern. Dann schlägt die Flamme der Begeisterung aus den Massen.«<sup>15)</sup>

Dieses von K. Kautsky übernommene Agrarideal, das Hofer so temperamentvoll propagiert, widerspricht leider den Bedingungen der landwirtschaftlichen Produktion. Das haben im letzten Jahrzehnt die italienischen Landarbeiter erfahren müssen, als sie sich in verschiedenen Großgrundbesitzprovinzen (Reggio Emilia, Bologna, Lombardei, Mantua, Rovigo, Sizilien) zu Pacht-

<sup>15)</sup> Siehe Hofer, loc. cit., pag. 22 ff.

genossenschaften (affittanze collettive) zusammenschlossen, um als solche vom Grundherrn größere Landgüter zu pachten, unter Ausschaltung des kapitalistischen Zwischenpächters (gabelotto), der dem Latifundisten bisher die Last und das Risiko der Unterverpachtung an kleine Leute abgenommen und dabei meist einen sehr erheblichen Profit eingeheimst hatte. Soweit die italienischen Landarbeiter unter dem Einfluß der sozialdemokratischen Partei standen, versuchten sie anfangs das erpachtete Land im Großbetrieb unter selbstgewählter Leitung gemeinsam zu bewirtschaften. Mit diesen affittanze collettive a condizione unita hatten sie jedoch keinen oder nur einen sehr geringen Erfolg. Mehr und mehr mußten sie in den letzten Jahren zu dem System ihrer katholischen Gegner übergehen und das durch die Landarbeitergenossenschaften im großen gepachtete Land, in Kleinbetriebe aufgeteilt, den Genossen zu persönlicher selbständiger Bewirtschaftung unter eigener Verantwortung übergeben. Diese affittanze collettive a condizione divisa haben sich recht gut bewährt, gleichgültig ob sie von Katholiken oder Sozialisten gegründet oder verwaltet werden. Woran die einheitliche Bewirtschaftung ungeteilter Großgüter durch Landarbeiterproduktivgenossenschaften in Italien gescheitert ist und weshalb sie erst recht in Deutschland scheitern muß, habe ich im Anschluß an das interessante Buch, das Dr. W. D. Preyer über die italienischen Pachtgenossenschaften geschrieben hat, in der landwirtschaftlichen Rundschau der Sozialistischen Monatshefte einer eingehenden Erörterung unterzogen, auf die ich die Anhänger des Kautsky-Hoferischen Agrarideals hinweisen möchte.<sup>16)</sup> Inzwischen ist die durchaus objektive Darstellung Preyers durch Professor Dr. Sartorius von Waltershausen in seinem bedeutenden Werk über die Agrarverfassung Siziliens bestätigt worden.<sup>17)</sup> Ließ sich der produktivgenossenschaftliche Großgutsbetrieb selbst auf dem ihm so günstigen Boden Italiens nicht aufrechterhalten, so wird er sich noch viel weniger in Deutschland verwirklichen lassen, in dessen Agrarverfassung seine ökonomisch-sozialen Vorbedingungen (Latifundien, Gabelottosystem und Parzellenverpachtung) und in dessen Landarbeiterschaft, wie Hofer wenigstens für die Gegenwart zugibt, seine psychischen Grundvoraussetzungen völlig fehlen. In Deutschland kann die Emanzipation der besitzlosen Landarbeiterschaft innerhalb ihrer landwirtschaftlichen Berufssphäre, in der wir alle sie doch möglichst erhalten wollen, nur auf dem Weg der staatlich geförderten Schaffung von entwicklungsfähigen Arbeiterstellen und von kleinen und mittleren Bauerngütern vor sich gehen.

Ist also das landwirtschaftliche Zukunftsideal Hofers mindestens in Deutschland unrealisierbar, so ist der zweite Springquell seiner Landagitation und Landarbeiterpolitik, seine auch in diesem Artikel von neuem verkündete Lehre, der Großbetrieb sei dem Kleinbetrieb in der Landwirtschaft ebenso überlegen wie in der Industrie, ein längst widerlegtes Vorurteil. Glücklicherweise beginnt es in dieser Beziehung neuerdings auch bei einigen Agrar-marxisten etwas zu tagen. Hofer selbst gibt in seinem jüngsten Artikel zu, die Arbeitsteilung, ein Hauptvorteil des industriellen Großbetriebs, könne in der Großgutswirtschaft nicht mehr durchgeführt werden, weil die Land-

<sup>16)</sup> Siehe die Rundschau Landwirtschaft, in den Sozialistischen Monatsheften, 1913, 3. Band, pag. 1371 ff., und Darmstädter Das sozialdemokratische Ideal des landwirtschaftlichen Betriebs in der Wirklichkeit, in der Hilfe, 1914, pag. 89 ff.

<sup>17)</sup> Siehe Sartorius von Waltershausen Die sizilianische Agrarverfassung und ihre Wandlungen 1790 bis 1912 / Leipzig 1913 /, pag. 323 ff.

arbeiter darauf beständen, daß die Arbeit gleichmäßig gewechselt würde. Aber er glaubt noch daran, daß die landwirtschaftlichen Maschinen dem Großbetrieb »eine ungeheure technische Überlegenheit« verleihen.<sup>15)</sup> Daß diese Ansicht jedoch irrtümlich ist, hat kürzlich, wie ich schon in meiner Polemik gegen Wagner bemerkt habe, der nächst Hofer bekannteste sozialdemokratische Landwirt, Genosse Ehardt, bereitwillig zugestanden. Andere weitgehende Zugeständnisse macht Moeglich. Während nach allgemein geltender Ansicht das Großgut sein Bestes im Getreidebau leistet, versichert Moeglich, »kein [?] Agrar marxist« werde bestreiten, daß nach der Aufteilung ostdeutscher Rittergüter der bäuerliche Hektar erheblich mehr Getreide bringe als das selbe Land vorher im Großbetrieb gebracht habe. Im Gegenteil, das sei »recht selbstverständlich [!] und auch ohne statistisches Beweismaterial glaubhaft auf den ersten Blick« [!]; denn der Kleinbauer, motiviert er diese unverhoffte Liebe auf den ersten Blick, vermag »aus jedem Fleckchen seines Äckerchens etwas zu machen«, während »die Großgüter große Flächen minderwertigen Bodens mitschleppen, die kaum in einiger Kultur stehen«. Moeglich kommt deshalb zu dem »von keinem Agrar marxisten geleugneten [?]« Ergebnis, »daß heutzutage mit abnehmender Größe des Betriebs die Rentabilität der Wirtschaft zunimmt«. Nach diesen überraschenden Beteuerungen zu urteilen, scheint meine streng sachliche agrarwirtschaftliche Aufklärungsarbeit, die (wie Moeglich zu meiner Freude konstatiert) »in Parteikreisen schon hier und da Begriffsverwirrungen angerichtet hat«, auch an ihm selbst nicht spurlos vorübergegangen zu sein; und es ist nur zu wünschen, daß auch Genosse Hofer bald umlernen möge.



OLCHE kaum erwarteten, wertvollen Zugeständnisse bestärken mich in meiner Hoffnung, daß der sozialdemokratische Agrarreformismus dem Agrar marxismus immer mehr den Boden abgraben und daß die auf Beschleunigung der Binnenkolonisation gerichtete große und noch stets wachsende Volksbewegung auch in unserer Partei immer mehr Anhänger gewinnen wird. Ihre positiv aufbauenden Elemente werden (dessen bin ich gerade auf Grund der Einwendungen und Zugeständnisse in den 3 hier besprochenen Artikeln sicher) mehr und mehr einsehen, daß eine großzügige Binnensiedelung, die auch den tüchtigeren Landarbeitern den Weg ins Bauerntum öffnet, nicht nur das wirksamste Mittel

<sup>15)</sup> Hofers Einwand der »technischen Inferiorität« des bäuerlichen Betriebs wird vortrefflich von dem Oberlandeskulturgerichtsrat Pagenkopf widerlegt, der in seiner Abhandlung Privat- und volkswirtschaftliche Leistungsfähigkeit der bäuerlichen Ansiedlungen, im Archiv für Innere Kolonisation, 1913, pag. 253, schreibt: »Durch die Ansiedlung auf den Plänen werden die Nachteile der Entfernung einzelner Gutsteile und Vorwerke vom Gutshof, die nicht selten sehr bedeutend war und die Bewirtschaftung erschwert und verteuerte, ausgeglichen, indem neue Wirtschaftsmittelpunkte geschaffen sind. Die Lage der Grundstücke um den Hof . . . erleichtert die Kultur, erspart Arbeitskraft und Gespann und ermöglicht jedes Moment richtig auszunutzen, was besonders für die Erntearbeiten bei Regenzeiten von hohem wirtschaftlichem Wert ist. Die Kleinbetriebe sind ferner in der Lage jedes Fleckchen Land seiner Lage und natürlichen Beschaffenheit nach auszunutzen; der Bauer wird eine feuchte Vertiefung im Ackerplan als Wiese verwenden, den Bodenwechsel in dem Plan bei der Bestellung genau berücksichtigen und dadurch die beste Ausnutzung erreichen, was im Großbetrieb mit seinen großen Schlägen nicht durchführbar ist. Dazu kommt die hohe Verwertung der eigenen Arbeitskraft des Besitzers, insbesondere auch die Sorgfalt bei jeder Arbeit, die durch das eigene Interesse geboten ist, im Gegensatz zum Lohnarbeiter, die Schonung von Vieh und Gerät. . . . Dies gilt auch für die Behandlung der landwirtschaftlichen Maschinen, die der Besitzer ganz anders schon als die un ausgebildeten slawischen Wanderarbeiter, die oft nicht einmal die Zügel zu führen geschweige denn komplizierte landwirtschaftliche Maschinen zu behandeln verstehen. Zu dem Einwand daß die bäuerlichen Betriebe nicht in gleicher Weise die Maschinen verwenden können. . . mag . . . nur noch bemerkt werden, daß schon in mehreren Kolonien die Elektrizität zum Maschinenbetrieb verwendet wird . . . und die weitere Ausdehnung nur eine Frage der Zeit ist.«

gegen die schweren Übel der Landflucht, des Landarbeitermangels, der Slawisierungsfahr, des Geburtenrückgangs und der periodischen Fleischarteuerung ist, sondern daß sie auch den sichersten Ausweg aus den Schwierigkeiten unserer Wirtschaftspolitik und selbst aus dem Stillstand unserer Verfassungs- und Sozialpolitik darstellt.<sup>19)</sup> Möge diese wichtige Aufgabe, die zumal der preußische Staat innerhalb der nächsten Jahrzehnte zu lösen hat, einen stetig sich mehrenden Teil der größten deutschen Partei zur Mitarbeit im Sinn des sozialdemokratischen Agrarreformismus bereit finden!

XX

## ADOLF THIELE · WILLENSFREIHEIT UND POLITIK



**N**ACH allgemeiner Vorstellung gehört die absolute Freiheit des Willens zu den angeborenen Besitzgütern jedes normalen Menschen. Auch das Strafrecht stellt sich auf diesen Standpunkt, denn es macht den Menschen für seine Handlungen voll verantwortlich, es sei denn, er stehe noch im Kindesalter, oder er habe sich nach § 51 des Strafgesetzbuchs »zur Zeit der Begehung der Tat in einem Zustand von Bewußtlosigkeit oder krankhafter Störung der Geistestätigkeit befunden, durch welchen seine freie Willensbestimmung ausgeschlossen war«. Dieses Zugeständnis durchlöchert zwar das früher geltende Prinzip absoluter Willensfreiheit, genügt jedoch bei weitem nicht. Schon das Entweder - oder: entweder besitzt der Mensch die freie Willensbestimmung, oder er befindet sich im Zustand von Bewußtlosigkeit oder krankhafter Störung der Geistestätigkeit, ist durchaus verfehlt. Gerade wie im Gefühlsleben, in der Gedächtnisstärke, in der Kombinationsgabe und auf allen anderen Gebieten geistiger Betätigung eine unendliche Mannigfaltigkeit an Übergängen und Zwischenstufen zu konstatieren ist, so ist auch das, was unter Willensfreiheit verstanden wird, individuell völlig verschieden. In zahllosen Variationen, Abstufungen und Stärkegraden sind alle Zustände zwischen ausgesprochener Willensunfreiheit und starkentwickelter freier Willensbestimmung vertreten, und zwar beides bei Menschen, die als normal bezeichnet werden dürfen. Die Schematisierung und Rubrizierung in 2 oder einige Gruppen ist hier noch immer weniger zulässig als sonst. Da nun das Problem der Willensfreiheit nicht nur für den Juristen und den Psychiater von Interesse ist, da es vielmehr auch den Politiker nahe berührt (steckt sich doch die politische Agitation das Ziel den Willen derer, an die sie sich wendet, in bestimmte Richtung zu zwingen), lohnt es sich einmal zu untersuchen, wie es um die Willensfreiheit steht, und unter welchen Voraussetzungen die politi-

<sup>19)</sup> In ähnlichem Sinn schreibt Dr. Beckmann, der bekannte Verfasser gehaltvoller Bücher über die Getreideeinfuhrcheine und über die Futtermittelzölle, in seiner Abhandlung Getreideausfuhrvergütung und nationale Futterbeschaffung, in Conrads Jahrbüchern, 1914, pag. 40: »Bei der rittergutsmäßigen Besitzverteilung würde der Abbau der Getreidekultur weite Kreise des Ostens mit steppenartiger Graswirtschaft überziehen. Als Lagune aber kann Deutschland den Osten nicht liegen lassen, ohne an seiner Machtstellung entscheidend einzubüßen. Mit Notwendigkeit führt also der Gedankengang . . . zur Bejahung der innern Kolonisation und einer bauernmäßigen Besiedelung des deutschen Ostens . . . Sie würde auch nach den ihr eigenen Betriebsverhältnissen die Viehzucht mehr in den Vordergrund stellen und das Dilemma in der Produktionspolitik im Osten lösen können. Die innere Kolonisation dürfte also die Frage sein, die Wissenschaft und Politik in den nächsten Jahrzehnten am meisten beschäftigen wird; sie allein kann auch, wenn man sie vom produktionspolitischen Standpunkt, anstatt, wie es bisher geschieht, vom bevölkerungspolitischen betrachtet, die große Kontroverse in der Zollpolitik der Lösung näher bringen. Alle jene unerfreulichen Probleme, an denen sich heute die innere Politik totläuft: Liebesgabe, Einfuhrscheine, mangelnde Fleischversorgung, hoher Getreidezoll, sie finden ihre Lösung in der innern Kolonisation, welche uns allein in einen versöhnlichen Kurs der Wirtschaftspolitik hineinbringen kann.«

sche Agitation allein den erwünschten Erfolg, die zwingende Beeinflussung des Willens anderer, haben kann.

Was also ist Willensfreiheit? Wird darunter nichts weiter verstanden als die Freiheit irgendetwas zu wollen, zu wünschen, zu begehren, dann allerdings besitzt jeder die vollste Willensfreiheit. Niemandem kann verwehrt werden zu wünschen, daß er einen Spaziergang auf dem Mars unternehmen möchte. Er kann auch wollen, ein besonders lieber Freund werde nach dem Pfefferland versetzt. Aber in diesem Sinn wäre doch mit dem Begriff Willensfreiheit nichts anzufangen. Soll er weiter nichts besagen als Wunschfreiheit, dann ermangele er jedes weitem Wertes. Nur dann erhält der Begriff größere Bedeutung, wenn mit dem Wollen auch die Ausführung des Gewollten, die Übersetzung des Willens in die Tat verbunden ist. Soll also die Frage beantwortet werden, ob dem Menschen ein freier Wille zu eigen ist, so muß untersucht werden, ob es dem Menschen von Natur aus und unter normalen Umständen stets möglich ist zu tun, was er tun will. Vom Vorhandensein einer derartigen Willensfreiheit kann allerwege nicht die Rede sein. Auch wer geneigt ist im allgemeinen dem Menschen die Willensfreiheit zuzusprechen, wird darin von vornherein beträchtliche Einschränkungen machen müssen. Man wird nicht dadurch zum großen Dichter, zum berühmten Maler oder Bildhauer, zum gestaltungsfähigen Schauspieler, zum erfolgreichen Redner oder Schriftsteller, daß man es sein will. Überall da versagt die Willensfreiheit, wo die ausführende Tat an bestimmte Naturanlagen, an einen gewissen Bildungsgang, an bestimmte Lebenserfahrungen oder an andere Faktoren gebunden ist, über die nicht jeder Mensch von Haus aus verfügt. Ob und wie weit die Differenz zwischen dem bloßen Wollen und der Tat durch geeignete Maßnahmen ausgeglichen werden kann, berührt uns hier nicht. Wir haben uns jetzt nur darüber klar zu werden, ob der Mensch in dem Sinn willensfrei ist, daß er jedes an sich mögliche Wollen sozusagen aus dem Handgelenk heraus zur Tat werden lassen kann. Das ist glatt zu verneinen.

Doch diese eine Einschränkung genügt bei weitem nicht. Der Wille, also das Wollen an sich und die Ausführung des Gewollten als Tat, setzt sich aus zwei Elementen zusammen: aus der Willensrichtung (oder dem Willensziel) und der Willenskraft. Wer dem Menschen Willensfreiheit zuerkennt, muß der Auffassung sein, der Mensch könne jederzeit seinem Willen eine beliebige Richtung, ein beliebiges Ziel geben, und ferner, jeder normale Mensch verfüge über so viel Willenskraft, daß er das Gewollte zur Ausführung zu bringen vermag. Das eine trifft so wenig zu wie das andere.

Zunächst kann der Mensch nicht seinem Wollen aus freien Stücken eine beliebige Richtung, ein beliebiges Ziel geben, sondern er ist dabei stets mehr oder weniger fest an Richtungen und Ziele gebunden, die seiner Naturanlage, seiner Erziehung, seiner Erfahrung, kurz allen den Einwirkungen entsprechen, die bei der Bildung seines geistigen Seins tätig gewesen sind. Gewiß lassen sich die Einflüsse, die für eine bestehende Willensrichtung maßgebend waren, paralisieren, und dem Willen kann ein verändertes, oft sogar ein entgegengesetztes Ziel gegeben werden. Aber solange diese Umwandlung nicht erreicht ist, kann jeder Mensch immer nur etwas wollen, was in der Richtung liegt, die sein Wille gerade verfolgt. Ein ausgesprochener Egoist kann immer nur wollen, was in der Richtung der Erlangung persönlicher

Vorteile liegt. Solange er von selbstsüchtigen Motiven beherrscht ist, kann er gar nicht wollen, daß einem andern ein Vorteil zufalle, den er für sich ergattern könnte. Nennt ihn hartherzig, brutal, raffgierig oder wie ihr wollt: er wird den Vorwurf einstecken, vielleicht zugeben, daß er berechtigt ist; aber er wird seine Handlungsweise nicht ändern, es sei denn, seinem Willen werde vorübergehend oder dauernd eine andere Richtung gegeben. Erst dann ist die Möglichkeit vorhanden veränderte Willensäußerungen bei ihm herbeizuführen. Was hier vom Egoisten gesagt ist, trifft auf jede andere Willensrichtung in gleicher Weise zu. Die Richtung, in der sich unser Wille bewegt, untersteht stets einem innern Zwang. Jeder kann nach den gegebenen Verhältnissen nichts anderes wollen als er gerade will. Und das gilt nicht nur von den Menschen mit konstanter Willensrichtung sondern auch von den Wetterwendischen, Unbeständigen. Bei ihnen wechselt zwar die Willensrichtung sprungweise, doch in jedem einzelnen Fall wird ihr Wollen dem Ziel entsprechen, das eben die Oberhand gewonnen hat. Bei dem ersten Element, aus dem sich die Willensfreiheit zusammensetzen müßte, nämlich bei der Wahl der Willensrichtung, besteht somit eine wirkliche Freiheit nicht.

Noch einleuchtender ist dieser Nachweis beim zweiten Element, bei der Willensstärke oder Willenskraft zu führen, also bei der Fähigkeit das Gewollte zur Tat werden zu lassen. Die Annahme, jemand brauche nur ernstlich zu wollen, dann müsse er das Gewollte auch ausführen können, ist ganz und gar irrig. Die Willenskraft ist genau so eine besondere Fähigkeit wie die Gedächtnisschärfe oder das Hören und das Sehen. Sie muß angeboren oder wenigstens anerzogen sein. Wie der Blinde auch beim besten Willen nicht sehen, der Taube nicht hören kann, so ist sehr vielen Menschen von Natur die Willenskraft ganz oder im wesentlichen versagt geblieben. Ob in allen Fällen und namentlich ob im vollem Maß durch sorgfältige Erziehung der angeborene Mangel an Willenskraft ausgeglichen werden kann, ist eine schwierige Frage, die keinesfalls ohne Einschränkung bejaht werden darf. Es ist Tatsache, daß unendlich viele Menschen ohne ausgeprägte Willenskraft herumlaufen. Von ihnen verlangen, sie sollten jedes Gewollte oder, sagen wir, jedes Versprechen in die Tat umsetzen, heißt nichts anderes als erwarten, daß jedes ausgefallene Samenkorn sich zu einer Pflanze entwickle. Wenn ein kleiner Sünder, dem der Vater ob seiner Streiche die Leviten gelesen hat, unter Tränen gelobt, er wolle es nie wiedertun, so darf aus der Tatsache, daß er später doch wieder auf dem selben Pfad ertappt wird, nicht gefolgert werden, es sei ihm bei dem Gelöbniß nicht ernst gewesen. Das kann trotzdem der Fall gewesen sein. Nur hat ihm die Kraft gefehlt sein Tun dem Wollen anzupassen. Durch Erziehung und Gewöhnung läßt sich von außen her, durch Selbstzucht und Selbstbeherrschung von innen heraus zur Erweckung und Festigung der Willenskraft viel tun; doch Selbstzucht und Selbstbeherrschung sind eben auch Fähigkeiten, die durchaus nicht allen Menschen von Natur aus zu eigen sind, vor allem nicht in gleichem Maß.

Drei Mittel stehen zur Verfügung, durch die eine größere Willenskraft entwickelt werden kann: die einfache Belehrung, die Erweckung von Furcht und die Erweckung von Hoffnungen. Die Belehrung läßt es sich angelegen sein dem, den sie beeinflussen will, zum Bewußtsein zu bringen, aus welchen

allgemeinen Vernunftgründen er das und das wollen und tun müsse. Die Furcht wird durch den Hinweis auf die persönlichen Nachteile erweckt, die ihm erwachsen würden, wenn er die geforderte Willenskraft nicht entwickelt. Bei Erweckung der Hoffnungen werden die persönlichen Vorteile zu schildern sein, die sich für ihn ergeben, wenn er die Kraft aufbringt das Gewollte zu tun. Ist es sonach möglich in den meisten Fällen zur Kräftigung des Willens beizutragen und dadurch das bloße Wollen mit dem Tun in Einklang zu bringen, so dürfen wir doch diese Willenskraft nicht als etwas von vornherein Gegebenes und Vorhandenes auffassen. Da sie aber bei allen Menschen in genügender Stärke vorhanden sein müßte, wenn wir dem Menschen Willensfreiheit zusprechen wollen, so ergibt sich, daß wir nicht willensfrei sind, weder in der Willensrichtung noch in der Willenskraft.

Damit sind wir bei der Frage angelangt, wie sich die Agitation mit der Willensunfreiheit abzufinden hat. Daß dem in unserer Agitation angelegten Kraftaufwand das Ergebnis oft recht wenig entspricht, wird allgemein zugestanden. Gewisse Orte werden als für uns unzugänglich bezeichnet. Oder wenn vor einer Wahl in einem Ort unser Referent die bekannte *allseitige begeisterte Zustimmung* gefunden hat, und es springen dann aus der Urne für uns nicht so viele Dutzende von Stimmen wie Hunderte unserm Redner begeistert zugestimmt hatten, ist man enttäuscht und schimpft. Und doch ist der Widerspruch zwischen Zustimmung und Abstimmung recht einfach zu erklären. Die Zustimmenden waren in dem Augenblick, als sie dem Redner Beifall zollten, von ihm in die Richtung seines Willens gedrängt worden. Sie hatten auch sicher den Vorsatz gefaßt den sozialdemokratischen Kandidaten zu wählen. Aber im entscheidenden Augenblick hat ihnen die Kraft zur Ausführung ihres Willens gefehlt. Das mag uns sehr tadelnswert erscheinen, mag denen, die über größere Willensstärke verfügen, unfaßbar sein, ist aber nach dem oben Gesagten durchaus begreiflich. Wer agitatorisch durch Wort oder Schrift tätig sein will, wird sich um manchen möglichen Erfolg bringen, wenn er diese Tatsache unbeachtet läßt. Reden wir zu den bereits für uns Gewonnenen, so brauchen wir weniger Nachdruck auf Erzeugung der erwünschten Willensrichtung zu legen; denn die ist dann schon vorhanden. Das Hauptaugenmerk ist in solchen Fällen vielmehr auf Erzeugung der Willenskraft zu legen, die zur Verdichtung des Wollens in die erwünschte Tat nötig ist. Wenn wir unter den Agitatoren mehr oder weniger erfolgreiche unterscheiden können, so rührt das daher, daß der eine besser als der andere auf den Willen der Zuhörer einzuwirken, ihn zu kneten und ihm größere Entschlußkraft einzuflößen versteht. Allgemeine Rezepte, wie möglichst große agitatorische Erfolge zu erzielen sind, lassen sich schwer geben; denn nirgends ist die Schablone weniger angebracht als bei der Agitation, und wer nur eine Walze auf seiner Leier hat, bleibt besser zu Hause als daß er als Agitator hinausgeht. Jede Gegend, jeder Ort muß bei der Agitation, soll sie mehr als Augenblickserfolge zeitigen, individuell behandelt werden. Ziehen die Paradeperde von Großstadt zu Großstadt und behandeln sie dabei aktuelle Fragen, so treffen sie überall auf ungefähr das gleiche Bildungsniveau und die gleiche Willensrichtung. Sie brauchen weniger zu individualisieren. Wer dagegen einen noch wenig beackerten Wahlkreis befruchten oder eine für uns noch nicht erschlossene Gegend gewinnen will, würde sich von vornherein zur Danaidenarbeit verurteilen, wollte er schablonisieren. Denn die wichtigste Regel für die Agitation ist,

daß sich die Rede dem Verständnis derjenigen anzupassen hat, auf deren Willen er Einfluß gewinnen möchte. Versteht der Hörer nicht, was der Vortragende eigentlich will, dann wird er nicht geneigt werden seinem Wollen und erst recht nicht seinem Handeln das vom Redner empfohlene Ziel zu geben. Darin aber besteht das Ziel der politischen Agitation.

Ist es gelungen tausend bisher Indifferente für die Organisation zu gewinnen, so ist deren Wille nunmehr der Arbeiterbewegung dienstbar, während er vorher die Gegenströmung verstärken half. Es ist fast ein Jahrzehnt her, daß der schweizerische Pfarrer Kutter sein Buch *Sie müssen erscheinen* ließ, in dem er den Gegnern der Sozialdemokratie auseinandersetzte, daß diese auf Grund natürlicher Ursachen nicht anders sein könne als sie eben ist. Er hatte damit ganz recht. Aber nicht auf uns allein trifft das zu. Die Willensrichtung des agrarischen Konservativen, des industriellen Liberalen, des klerikalen Zeloten ist an sich ebenso naturgemäß wie jede andere. Es handelt sich nur darum zu verhindern, daß andere, deren Interessen ganz anders geartet sind, die darum ihren politischen Willen nach ganz anderer Richtung hin zum Ausdruck bringen müßten, trotzdem in der Gefolgschaft von Gruppen mit entgegengesetzten Willenszielen verharren. Zur Erzeugung der sozialistischen Willensrichtung ist und bleibt der nachdrückliche Hinweis auf das Klassengefüge des bürgerlichen Staates mit seinen Begleiterscheinungen auf den Gebieten der Verwaltung, der Rechtsprechung, der Erziehung und des Wirtschaftslebens das wirksamste Agitationsmittel. Auch in Zukunft wird er das bleiben. Er hat unseren Organisationen Millionen zugeführt und wird, da die Ursache wirksam bleibt, auch in Zukunft in uns noch fernstehenden Proletarierkreisen zur Korrektur ihrer Willensrichtung führen. Weniger glücklich sind wir nach meinem Dafürhalten in der Einflußnahme auf das zweite Willenselement, auf die Willenskraft, gewesen. Die bedauerlich starke Fluktuation unter den Mitgliedern der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen läßt nicht darauf schließen, daß es gelungen ist alle Mitglieder mit solcher Kraft an ihre Organisation zu fesseln, daß der Gedanke des Wiederaustritts überhaupt nicht mehr Wurzel fassen konnte. Auch die Maifeier hat in Deutschland, abgesehen von einigen großen Industriorten und Gewerbeorten, nicht vermocht einen Umschwung in der Willensrichtung breiter Massen herbeizuführen. Oder mag der Wille an der Maifeier durch Arbeitsruhe teilzunehmen auch in weiteren Millionen vorhanden sein, so fehlt ihnen die Kraft den Willen zur Tat werden zu lassen. Die Furcht sich wirtschaftlich zu schädigen ist größer als die Lust gemeinsam mit ihren Klassengenossen zu demonstrieren. Doch auch in den Kreisen der Organisierten ist die Willenskraft nicht allenthalben in dem Maß und in der Art zu finden, wie es gewünscht werden muß. Es treten doch ab und zu Erscheinungen zutage, die mit stärker entwickelter Willenskraft schlecht zu vereinbaren sind. Andere scheinen wieder zu meinen, wenn sie einige Kraftworte recht laut und wiederholt gebrauchen, so hätten sie damit ihre Willenskraft erwiesen.

Die herrschenden Klassen haben vor uns den gewaltigen Vorteil voraus, daß noch der größere Teil des Volkes in der Hauptsache der Willensrichtung huldigt, die eine Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Staats- und Wirtschaftsordnung, vielleicht modifiziert durch einige Reformen, verlangt. Unsere erste Aufgabe ist es dem Willen des Volkes respektive der Völker die



sozialistische Richtung zu geben. In bemerkenswertem Maß ist uns das bereits gelungen. Es muß uns jedoch in noch viel größerem Maß gelungen sein, ehe wir uns als Herren der Situation fühlen dürfen. Und jetzt schon Maßnahmen vorbereiten, die erst einer spätern Entwicklungsphase entsprechen, wie die Massenstreikaktionen, heißt unreife Pflaumen schütteln.


Doch mit der Erzielung der sozialistischen Willensrichtung allein ist es nicht getan. Unsere zweite Aufgabe ist es eine starke, einheitliche, disziplinierte Willenskraft zu erzeugen. Es wäre ein verhängnisvoller Irrtum zu meinen, die sozialistische Willensrichtung oder, sagen wir, die sozialistische Erkenntnis genüge, die zur Ausföhrung erforderliche Kraft komme dann von selbst. Das ist nicht der Fall, braucht wenigstens nicht der Fall zu sein. Die Willenskraft erwächst aus ganz anderen psychologischen Faktoren als die Erkenntnis. Es wäre sogar denkbar, daß es uns gelänge durch intensivste Agitation schnell den Kreis derer, die wir für unsere Willensrichtung gewinnen, so zu erweitern und sie mit solcher Sehnsucht nach einem Umsturz der Verhältnisse zu erfüllen, daß ein Generalsturm auf die heutige Ordnung unternommen werden könnte. Doch selbst ein episodisches Gelingen vorausgesetzt, könnte dann der Sieg nicht aufrechterhalten werden, wenn die beherrliche, ausgereifte Kraft fehlen würde. Die Entwicklung geht langsam; aber sie schreitet unaufhaltsam vorwärts. Nicht der voranstürmende Wille einzelner entscheidet darüber, welche Aktionen für die Gesamtheit möglich und darum zulässig sind. Die Warnung des Dichters »Und schüttle nicht zu spät vom Baum, wenn sie gereift, die Frucht« ist berechtigt. Die Befürchtung jedoch, das Proletariat werde über den Zeitpunkt der natürlichen Reife hinaus warten, ist verschwindend klein gegenüber der andern Befürchtung, es könnten die Pflaumen geschüttelt werden, ehe sie noch reif sind.

Das Problem der Willensfreiheit muß von uns jedoch nicht nur bei der Agitation sondern auch bei unserm politischen Verhalten den bürgerlichen Parteien gegenüber gewürdigt werden. So sicher der Sozialismus mit Klassenvorrechten, Militärdiktatur usw. unvereinbar ist, ebenso sicher ist es, daß auch die bürgerliche Gedankenwelt sich bereits wesentlich unter dem Einfluß der sozialistischen Anschauungen geändert hat und fortgesetzt ändert. Der Fortschritt dieser unserer Einwirkung läßt sich nicht von Tag zu Tag nachweisen; aber blind müßte der sein, der die Tatsache an sich leugnen wollte. Und je intensiver wir, ohne unser Ziel auch nur einen Augenblick aus dem Auge zu verlieren und ohne es im geringsten abzuschwächen, an der praktischen Gegenwartsarbeit uns beteiligen, desto stärker muß der Einfluß werden, den wir auf die bürgerlichen Kreise ausüben. Wir müssen den Staatskarren nach vorwärts zu schieben suchen. Und da die Wurzel der Reaktion in Deutschland im preußischen konservativen Bureaukratismus zu finden ist, müssen wir systematisch alle Kräfte im bürgerlichen Lager zu Hilfe nehmen, die gleich uns ein Interesse an der Beseitigung dieses reaktionären Bollwerks haben. Da kommen, man mag dagegen sagen, was man will, in erster Linie die liberalen Parteien in Betracht: die fortschrittliche Volkspartei und die Nationalliberalen, sofern diese nicht als Altliberale sich bereits auf konservativem Boden bewegen.

Wer als Sozialdemokrat alles politische Vorwärtkommen in unseren Tagen

nur der eigenen Kraft verdanken will und der Parole »Alles oder nichts!« huldigt, mag sich grundsatzfest und überlegen vorkommen; in Wirklichkeit ist er blind und leistet dem proletarischen Gedanken einen schlechten Dienst. Alles in der Welt ist Entwicklung. Es versteht sich von selbst, daß der demokratische Sozialismus bei seiner politischen Arbeit sich mit allen Kräften verbindet, die einen Teil des selben Weges gehen wie er. Daß der Liberalismus unsere letzten Ziele bekämpft, ist selbstverständlich, sonst wäre er eben Sozialismus, nicht Liberalismus. Aber daß er einige nähere Ziele, die wir als Etappen hinter uns bringen müssen, mit uns gemeinsam hat, kann doch nicht in Abrede gestellt werden. Darum sollen wir mit ihm Hand in Hand gehen, soweit es möglich ist. Das ist eine politische Notwendigkeit. Haben wir mit der Vorstellung zu brechen, der Mensch besitze uneingeschränkte Willensfreiheit, so müssen wir uns auch an den Gedanken gewöhnen, daß wir nicht aus eigener Kraft allein die Bastille der Reaktion werden sprengen können.

XX  
**EDMUND FISCHER · DIE WANDERER**

 EIM Zusammentritt des Reichstags zur Wintertagung 1913-1914 sollte ihm der Entwurf eines Wandererfürsorgegesetzes vorgelegt werden. Dies war von dem Staatssekretär des Reichsamts des Innern Dr. Delbrück bereits am 14. Mai 1913 in einem Begleitschreiben zum Vorentwurf, der den interessierten Sachverständigen zur Begutachtung zugeschiedt wurde, angekündigt worden. Daß die dringende Notwendigkeit einer reichsgesetzlichen Regelung der Fürsorge für die mittellosen Wanderer schon seit einer Reihe von Jahren in fast allen Bundesstaaten anerkannt ist, ergaben die Antworten, die auf eine Rundfrage des Reichsamts des Innern vom 16. April 1909 eingegangen sind. Aber allem Anschein nach hat der Vorentwurf die von den befragten Kreisen gewiß nicht hoch gestellten Erwartungen nicht erfüllt, denn der Reichstag wartet noch immer auf die Vorlage.

Die Fürsorge für die mittellosen Wanderer bildet einen Teil der Arbeitslosenfürsorge. Eine Lösung wird die Frage daher auch erst mit der Einführung einer Arbeitslosenversicherung und eines gut geregelten Arbeitsnachweises finden können. Die meisten Gewerkschaften haben ja schon seit langer Zeit eine Reiseunterstützung eingeführt, für die sie jährlich mehr als eine Million Mark aufwenden müssen. Im Jahr 1912 haben die Gewerkschaften für die Unterstützung der reisenden Arbeitslosen zusammen 1 179 102 Mark ausgegeben, 1911 waren es 1 028 431, 1908 auch schon 1 184 353 Mark. Jedenfalls haben die Gewerkschaften bisher das meiste für die mittellosen Wanderer getan und dadurch auch am meisten zur Bekämpfung des Wanderbittels beigetragen. Was Armenverbände und Vereine im ganzen Deutschen Reich für die mittellosen Wanderer jährlich hergeben, ist lächerlich wenig und reicht sehr wahrscheinlich nicht an die Aufwendungen der Gewerkschaften für diese Zwecke heran. Mit dem Anwachsen der Gewerkschaften hat das Wandern von Arbeitslosen auf den Landstraßen zweifellos stark abgenommen, und nicht nur die gewerkschaftliche Arbeitslosenunterstützung, sondern auch die geistige Beeinflussung der jungen Arbeiter durch die Gewerkschaften haben eine relativ starke Ver-

minderung des Wanderbettels bewirkt. Mit der Einführung einer Arbeitslosenunterstützung im ganzen Reich, die zugleich auch zu einem Ausbau der Gewerkschaften führen müßte, würden jedenfalls die wandernden Arbeitslosen von der Landstraße ziemlich vollständig verschwinden.

Das Proletariat der Landstraße besteht aber nur zu einem Teil aus Arbeitslosen oder, richtiger gesagt, aus Arbeitssuchenden. Wahrscheinlich setzt sich heute die Mehrzahl der mittellosen Wanderer aus jenen Elementen zusammen, die man als Landstreicher, als Vagabunden bezeichnet.<sup>1)</sup> Das Problem der Wandererfürsorge ist deshalb sehr kompliziert. Das Vagabundentum bildet schon an sich ein ungemein schwieriges Problem, an dem sich die Strafgewalt, die Pädagogik, die Sozialpolitik der Reihe nach die Zähne ausgebissen haben. Es ist vielleicht das älteste sozialpolitische Problem. Daß die *fahrenden Leute* erst durch die Auflösung der feudalen Gefolgschaften erzeugt worden sind, ist nicht sehr wahrscheinlich. Ihre Spuren sind bereits im frühesten Mittelalter und auch schon in den ältesten Zeiten der Geschichte zu finden. Wenn Karl Marx bemerkt, die plötzlich aus ihrer gewohnten Lebensbahn Herausgeschleuderten hätten sich nicht ebenso plötzlich in die Disziplin des neuen Zustands finden können und wären »zum Teil aus Neigung« Bettler, Räuber, Vagabunden geworden,<sup>2)</sup> so spricht er damit die heute wissenschaftlich festgestellte Tatsache aus, daß es sich bei den Vagabunden um Elemente mit besonderer Wesensart handelt. Die »Väter der jetzigen Arbeiterklasse« aber waren diese Vagabunden keinesfalls. Die Vagabondage besteht heute noch, und ebenfalls die veraltete Anschauung, daß sie von der Arbeitslosigkeit herrühre, oder daß die Vagabunden einfach böswillige Faullenzer seien. Bis auf die Hinrichtung und die Brandmarkung ist die gesetzliche Behandlung dieser Unglücklichen heute noch nicht humaner als sie zu Anfang des 17. Jahrhunderts in England war. Jakob I. von England verordnete: »Eine herumwandernde und bettelnde Person wird für einen Landstreicher und Vagabunden erklärt. Die Friedensrichter in den Petty Sessions sind bevollmächtigt sie öffentlich auspeitschen zu lassen und bei erster Ertappung 6 Monate, bei zweiter 2 Jahre ins Gefängnis zu sperren. Während des Gefängnisses soll sie so oft und so viel gepeitscht werden, als die Friedensrichter für gut halten . . . Die unverbesserlichen und gefährlichen Landstreicher sollen auf der linken Schulter mit R gebrandmarkt, an die Zwangsarbeit gesetzt, und, wenn man sie wieder auf dem Bettel ertappt, ohne Gnade hingerichtet werden.« Diese Bestimmungen waren zwar ein Fortschritt gegenüber den noch grausameren Gesetzen unter Heinrich VIII., Eduard VI. und Elisabeth, aber eben ganz ohne humanes und verständnisvolles Empfinden. Diese Behandlung der Bettler ist aber heute noch, im 20. Jahrhundert, von Hinrichtung und Brandmarkung abgesehen, gesetzlich zulässig und auch in Übung, von der Einsperrung und Zwangsarbeit bis zur Prügelstrafe.

Keines der grausamen Gesetze hat einen Eindruck auf die Vagabunden zu machen vermocht. Zu Zeiten der Königin Elisabeth sollen in England die Landstreicher reihenweise aufgeknüpft worden, und es soll kein Jahr verstrichen sein, in dem nicht 300 oder 400 an einem oder dem andern Platz

<sup>1)</sup> Siehe meinen Artikel *Arbeitslosigkeit und Arbeitsscheu*, in diesem Band der *Sozialistischen Monatshefte*, pag. 223 ff.

<sup>2)</sup> Siehe Marx *Das Kapital*, 1. Band, 3. Auflage /Hamburg 1963/, pag. 760.

dem Galgen anheimfielen. In Frankreich, wo sich um die Mitte des 17. Jahrhunderts ein Vagabundenkönigreich zu Paris etabliert hatte, sollte noch in der ersten Zeit Ludwigs XVI. jeder gesund gebaute Mensch vom 16. bis zum 60. Jahr, wenn er ohne Existenzmittel und Ausübung einer Profession angetroffen wurde, auf die Galeere geschickt werden. Nicht einer der Vagabunden hat sich dadurch bewogen gefühlt regelmäßig zu arbeiten. Und auch heute noch ist es erwiesenermaßen eine große Seltenheit, daß ein Landstreicher wieder sozial wird. Weder Erziehung noch Beschaffung von Arbeitsgelegenheit haben an der Vagabondage etwas zu ändern vermocht. Unter den Vagabunden befinden sich Elemente aus allen Gesellschaftsklassen, auch solche mit Hochschulbildung und solche aus vermögenden Familien, denen mehrfach eine gute Existenz verschafft worden ist, die aber doch immer wieder unsozial geworden sind. Philanthropen haben auch schon unter Aufwendung großer Mittel allen sogenannten Gewohnheitsbettlern, die versprachen zu einem geregelten Leben zurückzukehren, eine leichte Arbeit bei hohem Lohn und guter Behandlung verschafft: sie alle aber sind wieder, ohne jedwede Ausnahme, davongelaufen, um *freiwillig* das elendeste, erbärmlichste Leben von der Welt zu führen, ein Leben voll Hunger und Entbehrungen aller Art, das durch alle Arbeitshäuser und Gefängnisse führt und schließlich in einem Straßengraben endet. Auch wenn die moderne Psychiatrie nicht bereits den wissenschaftlichen Nachweis dafür erbracht hätte, daß die Vagabondage eine psychopathische Erscheinung, daß die Vagabunden unglückliche Menschen mit kranker Seele seien, müßte man zu dieser These kommen, weil eine andere Erklärung für das Wesen der Vagabunden nicht übrigbleibt. Und ein Gesetz, das nicht auf dieser Erkenntnis basiert, wird niemals zur Lösung des Problems der Vagabondage führen können.

Arbeitslose und geistig nicht normale Elemente bilden also zusammen das moderne Landstraßenproletariat. Nach Einführung einer Arbeitslosenversicherung und eines gut geregelten Arbeitsnachweises würden aber nur noch die Vagabunden auf den Landstraßen verbleiben, und die Fürsorge für diese mittellosen Wanderer würde eine einfachere Sache werden, wenn die Psychiater zur Mitwirkung herangezogen würden. England hat gesetzlich den Arbeitsnachweis im ganzen Land durchgeführt und besitzt auch eine Arbeitslosenversicherung. Die auf die Bekämpfung des Wanderbettelns gerichteten Gesetzesvorlagen beschäftigen sich deshalb auch nur mit den Arbeitsscheuen und Landstreichern, das heißt mit den geistig anormalen Elementen. Das Vorgehen der englischen Regierung auf diesem Gebiet ist ebenso vorbildlich wie die neuere Sozialgesetzgebung in England im allgemeinen.

Das englische Armenwesen ist heute noch staatlich zentralisiert; die Armen, die einer dauernden Unterstützung bedürfen, werden in Armenhäusern interniert. Hier konnten die Ärzte durch langjährige Untersuchungen feststellen, daß die Arbeitsscheuen in der Tat zur Arbeit unfähig sind. Bettelnd zogen sie im Land umher, und auch nach Verlassen des Armenhauses waren sie nicht zu einem geordneten Leben zu bewegen. Besonders gelang es den englischen Ärzten auch einwandfrei zu ermitteln, daß die von den geistig minderwertigen Frauen in den Armenhäusern geborenen Kinder in der Regel

ebenfalls geistig defekt waren und auch bei guter Erziehung den Lebenslauf der Eltern gingen. Die englische Regierung setzte deshalb zur Prüfung dieser Frage im Jahr 1904 eine Kommission ein, die nach eingehendem Studium zu dem Ergebnis kam, daß es in England (einschließlich Wales) bei einer Bevölkerung von  $32\frac{1}{2}$  Millionen Menschen zirka 150 000 geistig Defekte gäbe (worunter nicht etwa die Irrsinnigen, die eigentlichen Geisteskranken zu verstehen sind), von denen zirka 66 000 pflegebedürftig seien. Auf ihrem eingehenden Bericht beruht auch die Mental Defect Bill, die am 15. April 1912 von einer Anzahl Parlamentsmitglieder im englischen Unterhaus eingebracht wurde. Dieser private Gesetzentwurf enthielt ein völlig geregeltes, zentralisiertes Überwachungs- und Fürsorgesystem aller geistig minderwertigen Personen im ganzen Land. Die Oberaufsicht und Leitung des Ganzen sollte einem Aufsichtsamt oder ständigen Komitee übertragen werden, bestehend aus ehrenamtlichen und festbesoldeten Mitgliedern, aus Juristen, Verwaltungsbeamten, Ärzten und solchen Personen, die nach Ansicht des Ministeriums des Innern besondere Kenntnisse und Erfahrung auf diesem Gebiet haben. England sollte in 8 Distrikte eingeteilt werden, und in jedem Distrikt sollte die Oberaufsicht ein Distriktkommissar ausüben, der ein Psychiater sein müßte. Die Provinzialverwaltungen sollten verpflichtet werden besondere Anstalten für die geistig Minderwertigen zu errichten, ein genaues Verzeichnis aller in ihrem Bezirk befindlichen geistig Minderwertigen aufzustellen und alsdann zu prüfen, ob und welche Maßnahmen zu ergreifen sind. Die Internierung in einer Anstalt sollte aber nur durch richterlichen Beschluß erfolgen können. Der Entwurf legte auch einen Begriff der geistigen Minderwertigkeit fest. Die englische Regierung hat auf diesen privaten Entwurf hin bereits am 16. Mai 1912 dem Parlament einen im Ministerium des Innern ausgearbeiteten Gesetzentwurf, Mental Deficiency Bill genannt, vorgelegt, der wesentlich einfacher und übersichtlicher war, die Rechte der Behörden auch enger faßte, im übrigen sich aber jenem privaten Entwurf anpaßte. Aber die Feststellung geistiger Defekte allein sollte nach dem Regierungsentwurf nicht ausreichen, um die Fürsorge anzuordnen. Vielmehr mußte die geistig minderwertige Person entweder als Landstreicher, in vernachlässigtem Zustand oder in grausamer Behandlung aufgefunden werden. Oder sie mußte wegen eines Delikts angeklagt sein oder sich im Gefängnis, Zuchthaus oder in einer Trinkerheilanstalt befinden oder Gewohnheitstrinker sein usw.

Dieser Gesetzentwurf stellt den ersten und großartigsten Versuch dar die Psychopathenfrage und damit auch das Problem der Vagabondage im modernen Sinn zu lösen. Aus einem unberechtigten Mißtrauen gegen die Psychiater und die psychiatrische Wissenschaft verwarf leider die Mehrheit der englischen Liberalen dieses Gesetz, und die Regierung sah sich deshalb veranlaßt ihren ersten und auch einen zweiten abgeschwächten Gesetzentwurf zurückzuziehen. Aber die neuen Versuche der englischen Regierung zur Lösung dieses Problems werden sich stets in der Richtung der Mental Defect Bill bewegen müssen, nachdem sie anerkannt hat, daß es sich bei den in Betracht kommenden Elementen um geistig nicht normale Menschen handelt, und die eigentlichen Arbeitslosen gar nicht in Frage kommen können.

Diesen Weg will nun auch die deutsche Regierung einschlagen. Das Reichsamt des Innern erkennt an, daß es unter den Landstreichern viele kranke, hilfsbedürftige Menschen gäbe, die versorgt werden müßten, während es ein Gebot der Notwendigkeit sei die geistig minderwertigen Elemente, soweit sie ein unsoziales Leben führen, in der persönlichen Freiheit stets scheitern und dem Elend verfallen, in besonderen Kolonien zwangsweise und dauernd anzusiedeln, nachdem auf gerichtlichem Weg ihre Entmündigung herbeigeführt werden konnte. Aber da sie die Arbeitslosenversicherung ablehnt, bleibt ihr ein Landstraßenproletariat, das auch viele gesunde Arbeitssuchende umfaßt, und das Problem kompliziert sich deshalb. Auf der Landstraße läßt sich nicht feststellen, wer von den mittellosen Wanderern ein arbeitssuchender Handwerksbursche, und wer ein geistig minderwertiger Landstreicher ist. Dazu bedarf es einer längern, sehr sorgfältigen psychiatrischen Untersuchung in einer Anstalt. Alle mittellosen Wanderer kann man aber auch nicht einsperren. Der Vorentwurf zu einem Wandererfürsorgegesetz, der im Reichsamt des Innern ausgearbeitet worden ist, hat deshalb auch im wesentlichen kein anderes Ziel als das: die Arbeitswilligen von den Arbeitsscheuen zu unterscheiden und zu trennen, damit man die letztgenannten Elemente ausnahmslos in Gefängnissen, Arbeitshäusern oder anderen Anstalten internieren und hier eventuell einer Untersuchung unterwerfen kann. Und es ist in Deutschland fast selbstverständlich, daß man zu diesem Ziel nur durch Polizeimaßregeln gelangen zu können meint, die doch ihren Zweck nicht erfüllen.

Der Entwurf will überhaupt nichts Neues schaffen sondern nur ein bereits in mehreren Teilen Deutschlands bestehendes Almosenwesen von sehr zweifelhafter Art und eine nicht minder bedenkliche Polizeipraxis verallgemeinern. Die Vorlage besteht übrigens aus 2 Gesetzentwürfen, von denen der eine auf eine Abänderung des Unterstützungswohnsitzgesetzes abzielt, während der andere, das Wandererfürsorgegesetz, verlangt, daß in jedem Bundesstaat Arbeitsstätten und Arbeitsheime zu errichten sind. Der Bundesrat (nicht der Reichstag) soll die Bestimmungen darüber treffen, wie diese Arbeitsstätten und Arbeitsheime eingerichtet werden müssen. Aus dem Erläuterungsbericht zum Vorentwurf ist aber bereits zu ersehen, daß die sogenannten Arbeiterkolonien die Arbeiterheime bilden sollen, während die Arbeitsstätten nichts anderes sind als die unter diesem Namen bereits bestehenden Einrichtungen in einzelnen Landesteilen, die von Kommunen oder Armenvereinen unterhalten werden, wo mittellose Handwerksburschen eine Verpflegung für einen halben oder ganzen Tag, als Vergütung für geleistete Arbeit, Holzzerkleinern, Steineklopfen usw., erhalten. Jeder wandernde Arbeitslose soll gezwungen werden eine vom Bundesrat festgesetzte Wandererordnung zu befolgen. Die Wanderer müssen, eventuell gegen Ablieferung ihrer Ausweispapiere, einen Wanderschein lösen und eine bestimmte Wanderstätte aufsuchen, wohin sie sich auf vorgeschriebenen Wanderstraßen zu begeben haben. »Alle umherziehenden Arbeitslosen«, sagt der Erläuterungsbericht, »die sich trotz Arbeitsfähigkeit außerhalb dieser Ordnung bewegen, können vom Strafgesetz gegebenenfalls als Landstreicher und Bettler nachdrücklich erfaßt werden.« Das geschieht auch heute schon überall da, wo solche Wanderstätten bereits bestehen. Wer eine ihm nachgewiesene Arbeit nicht annimmt,

also es zum Beispiel ablehnt Streikbrecher zu werden oder unter den schlechtesten Bedingungen zu arbeiten, dem wird der Wanderschein entzogen; er wird dann als Land treicher behandelt und möglicherweise in ein Arbeitshaus gesteckt. Des Wanderscheins geht auch verlustig, wer sich der Hausordnung nicht fügt. Und da in der Regel die mit der Herberge zur Heimat verbundene Arbeitsstätte in ihrer Hausordnung die Bestimmung hat, jeder Wanderer müsse an der Hausandacht teilnehmen, so wird auch schon derjenige bereits zum Landstreicher gestempelt, der nicht beten will. Wohin solche Bestimmungen führen, zeigt die Statistik der württembergischen Wandererfürsorge, die als »mustergültig« bezeichnet wird. In den 37 Wanderarbeitsstätten Württembergs wurden in der Zeit vom 1. Oktober 1911 bis zum 30. September 1912 insgesamt 9122 Wanderscheine ausgestellt. Es haben aber rund 5½ Tausend Wanderer keine Arbeitsstelle bekommen. 2098 Wanderern wurde der Wanderschein entzogen, weil sie entweder die Annahme einer Arbeit verweigert, eine schlechte Arbeitsstelle wieder verlassen, »sich frech benommen« haben oder »ungehorsam« waren. Und alle diese Tausende von Arbeitslosen, die sich der Willkür eines Herbergsvaters nicht preisgeben wollten, sollen nun *Landstreicher* sein.

Diese *Wandererfürsorge* kann das Problem nicht lösen. Durch das Arbeiten am Vormittag wird der Arbeitslose am Arbeitsuchen verhindert, seine Arbeitslosigkeit wird dadurch nur verlängert. Werden die Arbeitsnachweise nicht paritätisch unter die Kontrolle der Organisationen gestellt, und wird dem Arbeitslosen nicht das Recht zugestanden Streikbrecherarbeit oder eine schlechte oder seinen Fähigkeiten nicht entsprechende Arbeitsstelle abzulehnen, dann werden die Arbeitsstätten (Wanderarbeitsstätten) nur dazu beitragen Landstreicher zu züchten, das Übel also zu verschlimmern. Eine Trennung der Arbeitswilligen von den Landstreichern kann auf diese Weise jedenfalls nicht erzielt werden. Kein gesunder, normaler, arbeitsfähiger Arbeiter zieht das elende Vegetieren auf der Landstraße einem geordneten Leben in Arbeit vor. Und ohne den Polizeizwang würden die wandernden Arbeitslosen viel eher wieder eine ihnen passende Arbeitsstelle finden, besonders wenn man sich dazu entschließen könnte, was das einzig Richtige wäre, die Wanderstätten unter die Verwaltung der Arbeiterorganisationen zu stellen.

Den wandernden Arbeitslosen wird das Wandererfürsorgegesetz nur neue Polizeireglementierung bringen und sie noch mehr als bisher der Gefahr aussetzen als Landstreicher behandelt zu werden. Aber auch das Problem der Vagabondage kann auf diesem Weg nicht gelöst werden. Wie dem Erläuterungsbericht zu entnehmen ist, schwebt allem Anschein nach der Regierung der Gedanke vor die Landstreicher erst einmal alle in die Gefängnisse und Arbeitshäuser zu stecken, wo sie einer ärztlichen Untersuchung unterworfen werden können. Die Kranken und völlig Arbeitsunfähigen sollen dann in Pflege gegeben, die Psychopathen entmündigt und in den Arbeiterheimen (Arbeiterkolonien) dauernd zwangsweise untergebracht werden, während die körperlich und geistig gesunden Arbeitsscheuen durch Gefängnisstrafe und Arbeitshaus zur Arbeitswilligkeit *erzogen* werden sollen. Abgesehen davon, daß auf dem vorgeschlagenen Weg eine Abtrennung der Kranken und Arbeitsscheuen von den eigentlich Arbeitslosen von vornherein

nicht vollzogen werden kann, sich unter den internierten *Landstreichern* auch gesunde und arbeitswillige Arbeiter befinden können, werden sich die Erwartungen des Erläuterungsberichts schon deshalb nicht erfüllen, weil die ganzen Einrichtungen ja nicht etwa vom Reich geschaffen und verwaltet werden sollen sondern von den Armenbehörden und von privaten Armenvereinen, die auch die geringen Kosten zu tragen haben. Keine neue Sozialversicherung will der Gesetzentwurf schaffen sondern nur eine Regelung des Almosengebens herbeiführen. Das einzige Bestreben der heutigen Armenverbände ist aber in der Regel möglichst wenig zu tun, damit es nicht viel Geld kostet. An diesem Zustand soll nichts geändert werden. Somit bleiben die Wanderarbeitsstätten so wie sie heute sind, aber auch die Arbeiterkolonien und die Arbeitshäuser werden nicht anders. Professor Wilmanns hat erst vor einem halben Jahr wieder in Aschaffenburgs Monatschrift für Kriminalpsychologie und Strafrechtsreform nachgewiesen, daß in den Arbeitshäusern nur eine mehr als mangelhafte psychiatrische Untersuchung der Insassen vorgenommen werde, daß infolgedessen mindestens die Hälfte der Arbeitshäuser aus geistig nicht normalen Menschen bestehe, die mit Hungerarrest, Prügelstrafe usw. dafür bestraft werden, daß sie krank sind, weil eine unvernünftige, unwissende Verwaltung kein Verständnis für das Wesen dieser unglücklichen Menschen hat oder ein psychiatrisch nicht gebildeter Arzt die Krankheit oder Anormalität nicht zu erkennen vermag. Das wird auch in Zukunft so bleiben, wenn nichts anderes geschehen soll als das, was die beiden Gesetzentwürfe der Reichsregierung bezwecken. Die sogenannten Landstreicher werden vom Gefängnis ins Arbeitshaus und von da wieder ins Gefängnis wandern, und die Vagabondage wird möglicherweise noch einen größern Umfang annehmen als heute.

Zur Lösung des Problems bleibt nur der eine Weg, den die englische Regierung als erste beschritten hat: Arbeitslosenversicherung neben einem gesetzlich geregelten Arbeitsnachweis und ein Psychopathengesetz, das die geistig minderwertigen Elemente, so weit sie unsozial werden, in die Hände sachverständiger Psychiater gibt und für eine zweckmäßige Unterbringung sorgt. Mindestens muß aber verlangt werden, daß die Wandererfürsorge nicht den Armenverbänden und privaten Vereinen überlassen bleibt, daß sie vielmehr als eine Einrichtung des Reichs, auf dessen Kosten und unter dessen Verwaltung, geschaffen werde, so daß den mittellosen Wanderern nicht mit Bettelsuppen und Polizeimaßregeln sondern durch eine sozialpolitische Einrichtung modernen Gepräges Hilfe gebracht wird.

XX  
**HANS BETHGE · PETER ALTENBERG**



Man heute noch über Peter Altenberg schreiben kann, scheint fraglich. Denn Altenberg hat sich seit der Mitte der neunziger Jahre, als sein erstes Buch (*Wie ich es sehe*) bei S. Fischer in Berlin erschien, nicht geändert und nicht entwickelt. Er ist heute wie er damals war. Also kann Neues über ihn nicht ausgesagt werden. Doch verdient es der Dichter, der in diesen Tagen 55 Jahre alt wurde, wohl, daß sein Profil in wenigen Strichen einmal auch hier gezeichnet wird (mag es immerhin bekannt sein).

Ist Peter Altenberg überhaupt ein Dichter? Vor eins seiner Bücher hat



er einen hübschen französischen Satz geschrieben, der sich auf ihn selbst bezieht: »Il avait la chance de n'être ni poète lyrique ni romancier ni philosophe. De là cette union littéraire et unique de trois talents qu'on n'a pas.« Ja, er ist weder ein Lyriker noch ein Erzähler noch ein Philosoph: und in Wirklichkeit ist er doch alles drei zusammen. Er weiß sehr reizvolle Dinge zu erzählen und sehr schöne lyrische Empfindungen in uns auszulösen. und es gelingt ihm manches philosophisch tiefgründige *Aperçu*. Aber die Form seiner Bücher ist kategorielos, man weiß nicht, wohin man ihn rechnen soll, und das ist gerade das Typische an ihm. Er hat sich die Form für seine kleinen Dichtungen selbst zurechtgemacht. Er schreibt nur ganz kleine Dinge, Skizzen, Umrisse, und diese Skizzen sind von einem seelischen Vibrieren, von einem seelischen Duft erfüllt. Es sind Novellen oder meinetwegen auch Romane im Keim und philosophische Abhandlungen im Keim. Für Altenberg ist alles erheblich, oder besser: er versteht allen Erscheinungen des Lebens eine erhebliche Seite abzugewinnen. Er sieht das Große im Kleinen, er erkennt mit dem Auge eines Dichters die ewigen Zusammenhänge, er sieht nicht nur die Dinge, er weiß auch hinter die Dinge zu sehen. er ist einer von den Glücklichen, die zugleich im Leben und über dem Leben stehen, und er begreift das Leben lächelnd, mit einer zärtlichen, einer lyrischen Ironie. Er liebt das Leben, vielleicht besser noch: er ist in das Leben verliebt, in dieses vielfältige, nuancenreiche, immer neue Leben, dessen Reichtum so groß ist, man muß nur hinzuhorchen und hinzusehen wissen. Und Peter Altenberg ist besonders ein vortrefflicher Erlauscher, zumal seelischer Geräusche, und er weiß das Erlauschte auf eine lyrische beschwingte Art und außerordentlich präzise wiederzugeben. Er liebt das Wort Seele, dieses von vielen so mißbrauchte Wort, und spricht es gern und häufig aus. Es ist furchtbar und zum Fortlaufen, wenn ein sentimentaler Dilettant dies Wort im Munde führt, aber aus Peter Altenbergs Mund klingt es gut. weich und *seelisch*.

Dieser Wiener, der aus dem Alltag eine anmutige Poesie zu schöpfen weiß. besitzt die Kunst des abgekürzten Stils, die Kunst zwischen den Zeilen lesen zu lassen, er läßt aus ein paar Worten eine Welt erblühen. Er ist durchaus Impressionist. Er läßt an die japanischen Zeichner und Holzschnneider denken, die auch mit so ein paar impressionistischen Strichen einen Blütenzweig hinzuwerfen wissen, der in Wirklichkeit viel mehr ist als ein Blütenzweig: nämlich der ganze Frühling mit seiner Sehnsucht, seinem Ahnen, seinem Duft und seiner Süße. Peter Altenberg weiß zu kondensieren, er hat sich da eine besondere Manier zurechtgemacht: man muß sagen, daß seine Prägnanz zuweilen etwas Groteskes an sich hat, etwas Groteskes und Exzentrisches, das ihr aber gut zu Gesicht steht. Er hat die Kunst der Andeutungen, der verwehten Lieder, der halben Worte, des eingefangenen, flüchtigen Duftes: des Duftes der Dinge und der Seele. Es reizt, wenn man von ihm spricht, anstatt Duft Parfüm zu sagen: Ja: Parfüm der Seele, das ist ein Ausdruck, der für viele seiner Sachen bezeichnend ist.

Er ist ein Stilist von barocker, etwas snobistischer Manier. Etwas Zärtliches und Liebevollendes ist in seiner Art zu sprechen. Was für bezeichnende, feine, reizende Dinge hat er über die »Mädchen der Liebe« gesagt. Er ist ein Genießer, immer des Genusses sich bewußt. Er berührt das Kleid einer

Frau und erlebt eine Sensation; er spürt den Duft aus dem Haar einer Frau, und es ist ihm so viel, als habe er die Frau besessen. Er versteht es den Schleier vom Alltag zu heben, man erblickt auf einen Moment die Wurzel einer Empfindung oder eines Gedankens oder (wenn er besonders glücklich ist) die Wurzel des Daseins überhaupt, und der Schleier sinkt wieder herab, und der Alltag ist wieder da. In der charakteristischen Selbstanzeige eines seiner Bücher sagt er einmal:

»Die Romantik des Alltags ist das vornehmste aller Erziehungsmittel. Wir sind nämlich umringt von kostbaren Schätzen, die Tag und Stunde uns freiwillig spenden; wozu also zu den Dichtern uns flüchten, wenn wir selbst diese Dichtung Leben erleben könnten?!?

Ich sah einmal eine junge, wunderschöne Frau ihrem Gatten, der sie allerzärtlichst lieb hatte, vom Braten das schlechtere Stück auf seinen Teller legen, sich selbst jedoch das bessere nehmen. Das war für mich eine tiefe, tragische Dichtung! Denn ich spürte sogleich alle traurigen Dinge, die dieser Unglückliche von dieser Wunderschönen noch zu leiden haben werde, und zugleich ihre eigenen tragischen Konflikte, denn das Schicksal läßt doch nichts ungerächt, schließlich! Diese Frau hatte mit diesem Bratenstück ihren sie zärtlichst betreuenden Mann eigentlich bereits betrogen, ihm schnöden Egoismus für seine edle Freundschaft geboten . . . . Alle Tageszeitungen sind angefüllt mit Tragik, Romantik, Humor, Poesie. Aber niemand nimmt sich die Mühe es herauszufinden. Man überläßt es den Dichtern, diesen *protokollierten Firmen der Seele*, erst daraus etwas Brauchbares zu machen, es zu *verarbeiten*.

Werdet reif zum Dichter in euch selber, daß ihr nicht aus zweiter Hand, auf literarischem Weg, die Schönheiten des Lebens empfangen müsset!«

Hier hat man den zärtlichen, seelischen Empfinder des Alltags, dem alles zur Dichtung wird. Er selbst hat seine kleinen Sachen »Extrakte des Lebens« genannt:

»Ich möchte einen Menschen in einem Satz schildern, ein Erlebnis der Seele auf einer Seite, eine Landschaft in einem Wort! Lege an, Künstler, ziele, triff ins Schwarze! Basta. Und vor allem: Horche auf dich selbst! Gib deinen eigenen Stimmen in dir Gehör!«

Mir erscheinen seine Skizzen als psychologische Schlaglichter. Ich denke an einen Mann mit der Blendlaterne. Er läßt diese Laterne plötzlich aufblitzen, er setzt eine Szene, eine Person oder einen Gegenstand in eine jähe, taghelle Beleuchtung, aber auf einen Augenblick nur, dann stellt er den elektrischen Strom wieder ab, und alles ist wieder dunkel. Die jähe, sekundenlange Beleuchtung freilich vergißt man nicht, denn sie hat einem einen Menschen (eine Seele) oder einen Gegenstand, der sich unbeachtet meinte, in seiner ganzen Wesenheit gezeigt. Ein psychologischer Lyriker mit der Blendlaterne: das ist Peter Altenberg.

XX

# RUNDSCHAU

## ÖFFENTLICHES LEBEN

### Sozialpolitik / Johannes Helden

**Reichstag** Im Reichstag brachte die Debatte über den Titel Staatssekretär, wie alljährlich, sozialpolitische Wünsche in Hülle und Fülle. Einen breiten Raum nahmen wieder die Erörterungen über das Koalitionsrecht ein. Die Angriffe auf

dieses Recht der Arbeiterschaft kommen nicht zur Ruhe. Neues haben die Verhandlungen nicht gebracht.

Großes Aufsehen mußte die Erklärung des Staatssekretärs Dr. Delbrück erregen, daß die sozialpolitische Gesetzgebung mit der Reicherversicherungsordnung zu einem gewissen Abschluß gekommen sei, dem nun eine längere Ruhepause folgen müsse. Diese Erklä-

rung steht mit seinem tapfern Bekenntnis zur Sozialpolitik in der Sitzung des Reichstags vom 7. Februar 1913 in seltsamem Gegensatz. Hoffentlich sind die Dinge stärker als der Widerstand der Scharfmacher gegen die Sozialpolitik und als das Ruhebedürfnis der Regierung.

Die Debatten selbst waren wieder wie seit Jahren ganz systemlos und unübersichtlich. Im buntesten Durcheinander folgt einem Redner mit sozialpolitischen Ausführungen ein anderer mit Erörterungen über Fragen der Wirtschafts- und Zollpolitik; dann kommt der Wunschzettel der Mittelständler, und so geht es fort von einem ins Tausendste. Greifbare Erfolge können Debatten dieser Art nicht haben. Ich will mich nicht wiederholen und verweise deshalb auf meine Ausführungen in den Sozialistischen Monatsheften, 1913, 1. Band pag 507. Die Überzeugung von dem geringen Wert dieser Art der Debatteführung wird sich hoffentlich bald durchsetzen und zu einer Änderung führen. Der Anfang sollte ja schon in diesem Jahr mit der getrennten Behandlung der Sozialpolitik und der Wirtschaftspolitik gemacht werden. Leider wurde der schöne Plan gleich wieder aufgegeben. Diese Trennung allein genügt natürlich noch nicht. Auch bei der Erörterung sozialpolitischer Maßnahmen müssen gewisse Fragen in den Vordergrund gestellt werden, wenn etwas Ersprießliches herauskommen soll. Von den Debatten, wie sie jetzt sind, sagt das Hamburger Echo vom 31. Januar 1914 in einem Artikel Parlamentarische Monologe noch schärfer als ich vor einem Jahr, aber ganz mit Recht: »Wie lange die Beratungen im bunten Durcheinander noch dauern werden, weiß man noch nicht. Aber eins ist gewiß: Diese Art von parlamentarischen Debatten muß notwendigerweise fruchtlos bleiben, weil sie ein tieferes Eindringen in die einzelnen Fragen geradezu verhindert.«

× **Heimarbeit** Der Bundesrat hat unterm 17. November 1913 auf Grund des Hausarbeitsgesetzes Bestimmungen über die Hausarbeit in der Tabakindustrie erlassen. Sie betreffen in der Hauptsache die Beschaffenheit der Arbeitsräume und die Beschäftigung von Kindern und jungen Leuten. Als Werkstätten im Sinn der Verordnung gelten neben den Werkstätten nach § 105 b Absatz 1 der Gewerbeordnung auch Räume, die

zum Schlafen, Wohnen oder Kochen dienen, wenn in ihnen die zur Herstellung von Zigarren erforderlichen Vorrichtungen vorgenommen oder Zigarren sortiert werden oder Tabak abgerippt wird. Auch im Freien gelegene Arbeitsstellen unterstehen der Verordnung.

Die Arbeitsräume dürfen mit ihrem Fußboden höchstens 1½ Meter unter dem umgebenden Erdboden liegen. Die Höhe der Räume muß mindestens 2½ Meter betragen; zur Zufuhr von Licht und Luft sind sie mit der genügenden Zahl von Fenstern zu versehen, die unmittelbar ins Freie führen. Die Fußböden müssen fest und undicht sein. Der Luftraum soll für jede beschäftigte Person mindestens 10 Kubikmeter betragen; in Räumen, in denen ausschließlich gearbeitet wird, sollen schon 7½ Kubikmeter Luftraum für jeden Beschäftigten genügen. Die Benutzung von Schlafräumen zu Arbeitszwecken oder zum Lagern von Tabakhalbfabrikaten und Zigarren ist verboten.

Von den geringen Anforderungen an die Beschaffenheit der Arbeitsräume kann bei schon bestehenden Werkstätten abgegangen werden, und zwar noch bis zum 1. Januar 1919. Es kann wohl bezweifelt werden, ob Arbeitsräume, die den bescheidenen Anforderungen der Bundesratsverordnung nicht genügen, verdienen erhalten zu werden. Aber mag immer diese Rücksichtnahme auf das Bestehende hingehen, ganz unangebracht ist es jedoch, daß auch bei Räumen, die erst in Betrieb genommen werden, von den Vorschriften über Höhe der Arbeitsräume und über den Mindestluftraum für jeden Beschäftigten mit Genehmigung der höhern Verwaltungsbehörde abgewichen werden darf. Zur Abwendung von Gesundheitsschädigungen sind Bestimmungen über das Anfeuchten des Tabaks vor dem Mischen, über das Trocknen sowie über das Lagern von Tabakhalbfabrikaten und Zigarren getroffen.

Für die Beschäftigung von Kindern sind die Grenzen etwas enger gezogen als im Kinderschutzgesetz. Nicht mehr zum Besuch der Volksschule verpflichtete Kinder von mehr als 13 Jahren und junge Leute zwischen 14 bis 16 Jahren dürfen von abends 8 Uhr bis morgens 8 Uhr nicht beschäftigt werden. Auf Anordnung der höhern Verwaltungsbehörde können die für die Beschäftigung freigegebenen 12 Stunden auf die Zeit von 6 Uhr morgens bis 6 Uhr abends verlegt werden. Mittags

muß eine Pause von mindestens 2 Stunden gewährt werden. Sonn- und Feiertagsarbeit ist für Kinder und junge Leute verboten.

Vor Beginn der Hausarbeit ist dies mit Angabe der Lage der Werkstätte der Ortspolizeibehörde anzuzeigen. In den Werkstätten muß ein von der Ortspolizeibehörde ausgestellter Ausweis vorhanden sein, in dem bescheinigt wird, daß sie den Anforderungen der Bundesratsverordnung genügen. Gewerbetreibende dürfen Hausarbeit nur für solche Werkstätten ausgeben, für die ihnen der Ausweis der Ortspolizeibehörde vorgelegt worden ist. Sie haben sich mindestens halbjährlich persönlich oder durch Beauftragte davon zu überzeugen, daß die Werkstätten noch den Vorschriften der Bundesratsverordnung genügen. Die Verordnung tritt am 1. Juli 1914 in Kraft.

× **Krankenversicherung** Die Reichsversicherungsordnung hat bekanntlich auch die Hausgewerbetreibenden der Krankenversicherungspflicht unterstellt. Wegen der Schwierigkeiten, die der Durchführung der Versicherung bei dieser Gruppe erwachsen, sah das Gesetz von Anfang an vor, daß die Einzelheiten der Durchführung durch Verordnung des Bundesrats geregelt werden sollten. Diese Verordnung ist unterm 5. Dezember 1913 erschienen.

Die Hausgewerbetreibenden und ihre hausgewerblich Beschäftigten gehören in der Regel den Landkrankenstellen an; nur wo diese nicht existieren oder auf Grund besonderer Verfügung der obersten Verwaltungsbehörde können sie Mitglieder der Ortskrankenstellen werden. Die Mitgliedschaft beginnt, abweichend von der Regel, nicht mit dem Beginn der versicherungspflichtigen Beschäftigung sondern mit der Eintragung in das besondere Mitgliederverzeichnis der Kasse. Zu dieser Eintragung hat der Hausgewerbetreibende sich und seine Beschäftigten bei der für seine Betriebsstätte zuständigen Landkrankenstelle (oder Ortskrankenstelle) anzumelden. Die Beiträge sind von dem Hausgewerbetreibenden für sich und seine Beschäftigten zu entrichten; diesen kann er zwei Drittel vom Lohn kürzen wie ein Arbeitgeber. Neben den Beiträgen der Hausgewerbetreibenden und ihrer Beschäftigten müssen auch von den Auftraggebern Zuschüsse geleistet werden; sie sind vorläufig bis Ende 1914

auf 2% des Entgelts festgesetzt. Der Auftraggeber muß in der ersten Woche jeden Monats der Landkrankenstelle seines Betriebssitzes (falls sie fehlt, der Ortskrankenstelle) alle von ihm im verflossenen Monat beschäftigten Hausgewerbetreibenden melden und die Höhe des Entgelts angeben. Dieser Kasse hat der Auftraggeber auch den Zuschuß zu zahlen, den jene wiederum an die für die Hausgewerbetreibenden zuständigen Kassen abzuführen hat. Um dem Hausgewerbetreibenden die Kontrolle der Zuschußleistung des Auftraggebers zu ermöglichen, ist seine Kasse verpflichtet ihm auf Verlangen die Höhe der für ihn gutgeschriebenen Zuschüsse mitzuteilen. Die Barleistungen der Versicherung können von der Beitragsleistung des Hausgewerbetreibenden abhängig gemacht werden: unterbleibt die Beitragsleistung, so kann auch das Krankengeld gekürzt oder verweigert werden. Der Gemeindeverband kann durch Statut die Hausgewerbetreibenden von der Beitragspflicht befreien und selbst die Kosten der Versicherung übernehmen, soweit sie nicht durch die Zuschüsse der Auftraggeber gedeckt werden. In diesem Fall kann die Krankenunterstützung auf ärztliche Hilfe, Arznei und Heilmittel unter Ausschluß von Krankengeld beschränkt werden. Für Bezirke, in denen die Hausgewerbetreibenden außerstande sind die Beiträge zu zahlen, kann die Landesregierung anordnen, daß der Gemeindeverband die Kosten in dem oben bezeichneten Umfang übernimmt, wobei dann die Krankenunterstützung um das Krankengeld gekürzt werden muß. Es ist zu befürchten, daß die Krankenversicherung in die trostlose Lage der Hausgewerbetreibenden keine wesentliche Besserung bringen wird. Wohl sichert sie ärztliche Hilfe und Arznei zu, aber sie garantiert nicht immer einen, wenn auch nur geringen Ersatz des Ausfalls an Verdienst im Krankheitsfall. Unter diesen Umständen ist aber eine rationelle Krankenpflege ausgeschlossen.

× **Kurze Chronik** Auf Grund des § 120 e der Gewerbeordnung hat der Bundesrat neue Bestimmungen über die Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern in Ziegeleien und Anlagen zur Herstellung von Dinassteinen, Schamottesteinen und anderen Schamottenerzeugnissen erlassen. Sie sind am 1. Januar in Kraft getreten und verbieten

die Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern bei einer Reihe von Arbeiten. X Die Regierung hat dem Reichstag, wie in Artikel 63 des Einführungsgesetzes zur Reichsversicherungsordnung vorgesehen ist, eine Denkschrift über die Rücklagen bei den Berufsgenossenschaften zugehen lassen. Die verbündeten Regierungen haben danach keinen Anlaß eine Änderung der gesetzlichen Bestimmungen über die Ansammlung der Rücklage vorzuschlagen. X In den Betrieben der Marineverwaltung waren am 1. November 1912 insgesamt 26 844 Arbeiter beschäftigt. Hiervon waren 70,2% nicht älter als 40 Jahre (der Altersgrenze der Industriearbeiter); nur 29,8% hatten dieses Alter überschritten. Von diesen befanden sich 17% im Alter zwischen 40 bis 50 Jahren, so daß nur 12,8% aller mehr als 50 Jahre zählten. X Ende 1912 bestanden in Deutschland 10 739 Tarifgemeinschaften für 159 930 Betriebe mit 1 574 285 Personen. X Aus den Entschlüssen des Bundesrats auf Wünsche des Reichstags zum Etat 1913 sei hier vermerkt, daß über die Schaffung eines einheitlichen Privatangestelltenrechts für die technischen Angestellten und die Bureauangestellten Erwägungen schweben. X Der Reichstag überwies eine Petition des Metallarbeiterverbands, der Gesellschaft für soziale Reform und anderer auf Verkürzung der Arbeitszeit, Regelung der Überstunden, Verbot der Nachtarbeit für Jugendliche und Verbot der Frauenarbeit, Verschärfung der Betriebskontrolle usw. für die Arbeiter der Schwereisenindustrie dem Reichskanzler zur Berücksichtigung. X Die fortschrittliche Volkspartei hat sowohl im Reichstag wie im preußischen Landtag Anträge auf Sicherung des Arbeitsverhältnisses der in Reichs- und Staatsbetrieben Beschäftigten eingebracht. Verlangt wird Duldung der Zugehörigkeit zu Vereinen, die keine gemeinsame Kündigung und Arbeitseinstellung verlangen, Errichtung von Arbeiterausschüssen und Beschränkung der Kündigung nach 10jähriger Dienstzeit; sie soll nach dieser Zeit nur aus wichtigen Gründen erfolgen können.

X  
**Literatur** X  
 Einer Reform des Arbeitsrechts redet Friedrich Kleeis in seinem Buchlein Die Arbeitsordnung in den gewerblichen Betrieben Deutschlands /Stuttgart, Dietz/ das Wort. Aus 2000

Arbeitsordnungen, die der Verfasser eingesehen hat, bringt er in gut gegliederter und übersichtlicher Anordnung eine Fülle von Belegen für die einseitige Wahrung des Unternehmerinteresses durch die Arbeitsordnung und für die Ausschaltung der zugunsten der Arbeiter geschaffenen Gesetzesbestimmungen. In der Arbeitsordnung findet das Machtbewußtsein der Unternehmer seinen treffenden Ausdruck, das so weit geht sich nicht zu scheuen über den Rahmen der ihm nützlichen und daher noch immer begreiflichen Anordnungen auch solche zu treffen, die nur demütigend und ehrverletzend für die Arbeiter wirken sollen. Kleeis verlangt, daß bei Aufstellung der Arbeitsordnung den Arbeitern ein maßgebender Einfluß eingeräumt wird. Eine Reform des Arbeiterrechts in diesem Sinn erklärt er mit Recht für eine der dringendsten Aufgaben der Gesetzgebung. X Eine Umgestaltung der Kinderhorte wünscht Ilse von Arlt in einem kleinen Heftchen (Spezialisierte Horte) der Sammlung Kultur und Fortschritt /Leipzig, Dietrich. Sie will in jedem Hort neben den allgemeinen Aufgaben der Überwachung und Anleitung zur Fertigstellung der Arbeiten für die Schule ein Gebiet kindlicher Beschäftigung und Ausbildung (Handfertigkeit, Musik usw.) besonders gepflegt wissen. Die Zuteilung der Kinder zu den Horten soll nach ihrer Neigung und Begabung erfolgen. Der Gedanke ist wert zur Verwirklichung gebracht zu werden.

**WISSENSCHAFT**

**Exakte Naturwissenschaften Bruno Borchardt**

**Temperaturmessung** Von den Schwierigkeiten genauer Temperaturmessungen können sich die meisten Menschen nur sehr schwer eine klare Vorstellung machen. Die Grundlage für alle Temperaturmessungen bildet das thermometrische Fundamentalintervall, das als der Temperaturabstand zwischen dem Erstarrungspunkt (0°) und dem Siedepunkt (100°) des reinen Wassers unter dem Druck 760 Millimeter Quecksilber definiert wird. Der 100. Teil dieses Intervalls wird als 1° Celsius bezeichnet, und wenn man diese Gradeinteilung nach unten und oben fortsetzt, so erhält man eine unbegrenzte Temperaturskala. Man muß also irgendeine von der Temperatur kontinuierlich abhängende Eigenschaft eines Stoffes (Volumen, elektrischer Widerstand usw.) an den Fun-

damentalpunkten bestimmen und den Unterschied der Werte durch 100 teilen und kann dann jedem Wert der gewählten Eigenschaft eine bestimmte Temperatur zuordnen.

Gewöhnlich benutzt man die Volumenänderung zur Temperaturmessung. Es ist bei diesem Verfahren vorausgesetzt, daß die Volumina der verschiedenen Stoffe in dem benutzten Fundamentalintervall sich vollkommen proportional oder gleichmäßig mit der Temperatur ändern. Wäre das der Fall, so müßten die Angaben eines Quecksilberthermometers mit denen jedes andern, etwa eines, das Alkohol oder Gas als thermometrische Substanz benutzt, vollständig übereinstimmen, was jedoch keineswegs zutrifft. Dagegen zeigen die Gase sowohl gegen Druckänderungen wie gegen Temperaturänderungen ein überraschend gleichförmiges Verhalten. Deshalb wurden sie als normale thermometrische Substanz gewählt, und die Gasthermometerskala galt lange Zeit als die normale für alle Temperaturmessungen. Aber die Verfeinerung der Meßtechnik führte zur Erkenntnis der individuellen Verschiedenheiten der Gase. Man kam daher unter Benutzung der Gesetze der Thermodynamik zur Aufstellung einer absoluten thermodynamischen Skala, bei der Temperaturintervalle als gleich bezeichnet werden, wenn die bei umkehrbaren Kreisprozessen zwischen ihnen geleisteten Arbeiten gleich sind. Sie stimmt mit der Gasskala unter der Voraussetzung überein, daß bei Volumenänderungen der Gase innere Arbeit nicht geleistet wird, was jedoch in voller Strenge nur bei einem sogenannten idealen Gas, nicht bei einem in der Wirklichkeit existierenden zutrifft. Die Abweichungen der realen Gase vom Verhalten des Idealgases bei Druck und Temperaturänderungen lassen sich aus experimentell bestimmbar GröÙen mit Hilfe bestimmter Formeln berechnen. Aus irgendeiner genau bestimmten Gasskala kann man daher mit Hilfe von experimentell zu ermittelnden Korrekturen die Idealgasskala oder die thermodynamische Skala ableiten, die nun wirklich von den Eigenschaften eines Stoffes unabhängig ist und sich bei hinreichend genauen Messungen mit Gasen stets reproduzieren läßt. Freilich sind die Korrekturen, die zur Reduktion der gewöhnlichen Gasskala auf die thermodynamische notwendig sind, noch nicht mit aller wünschenswerten Sicherheit bekannt.

Bei den Gasthermometern wird aus naheliegenden praktischen Gründen nicht die Volumenänderung, sondern bei konstantem Volumen die Druckänderung mit der Temperatur zum Ausgangspunkt der Messungen genommen. Eine von George K. Burgess in der Physikalischen Zeitschrift mitgeteilte Tabelle über Korrekturen der Gasskalen zeigt, daß die Abweichungen von der thermodynamischen Skala etwa bis 500° nur für die allerfeinsten Messungen in Betracht kommen. Bei sehr niedrigen Temperaturen sowie bei hohen Temperaturen erhalten sie erst praktische Bedeutung. Oberhalb 500° ergeben sich bei Anwendung der Gasthermometer größere Schwierigkeiten, weil das Gefäßmaterial teils weich und durchlässig wird, teils in chemische Wechselwirkung mit dem Gas tritt. Es kommt daher als Meßgas ausschließlich Stickstoff oder Argon in Betracht, mit dem bis 1000° QuarzgefäÙe, bei noch höheren Temperaturen Platinlegierungen, am besten aus Platin-Rhodium, Verwendung finden. Durch zahlreiche in den letzten 1½ Jahrzehnten ausgeführte Messungen, die bis zu 1600° gingen, ist bis zu 1100° eine große Übereinstimmung der Resultate erzielt worden.

Außer dem Gasthermometer kommen zur genauen Messung sehr hoher Temperaturen das Platinwiderstandsthermometer und die Thermoelemente in Betracht. Der elektrische Widerstand des reinen Platins ändert sich bekanntlich mit der Temperatur, und die Beziehung zwischen Widerstand und Temperatur läßt sich durch eine quadratische Gleichung darstellen, so daß man nur wenige Eichpunkte (man verwendet dazu bekannte Siedepunkte) braucht, um eine an die absolute Skala sich sehr gut anschließende Skala zu erhalten. Daher stellt ein gut geeichtes Platinwiderstandsthermometer eine sehr brauchbare Temperaturnormale im Bereich von -200° bis +1100° dar, die jederzeit in einfacher Weise unabhängig von einem Gasthermometer wieder hergestellt werden kann. Bei höheren Temperaturen wird das Instrument unbrauchbar, weil alle zur Isolierung benutzten Stoffe elektrisch leitend werden. Für solche Fälle benutzt man die Änderung der elektromotorischen Kraft mit der Temperatur in einem Thermolement; speziell das Le Chatelier-Element aus Platin und einer Legierung aus Platin-Rhodium ist bis zu Temperaturen von 1750° benutzbar. Bei den Thermolementen liegt

eine große, fast unüberwindliche Schwierigkeit darin Drähte herzustellen, die auf längere Strecken völlig homogen sind und bleiben; denn jede Inhomogenität bedingt das Auftreten von ganz unkontrollierbaren elektromotorischen Kräften, so daß diese Instrumente einer sehr häufigen Nacheichung bedürfen.

Eine unbegrenzte Ausdehnung der Temperaturmessungen nach oben hin verspricht eine andere Gruppe von Instrumenten zu leisten, die optischen Pyrometer, zu denen die Entwicklung der modernen Strahlungstheorie den Grund gelegt hat. Man kann das sogenannte Stefansche Gesetz über die Gesamtstrahlung benutzen oder das Wiensche Gesetz über die Strahlung von monochromatischem (einfarbigem) Licht. Die Zuverlässigkeit der Angaben der verschiedenen Pyrometer, auf die im einzelnen hier natürlich nicht eingegangen werden kann, hängt von der Sicherheit ab, mit der die Konstanten in den Strahlungsgesetzen bestimmt sind. Das ist bis jetzt noch nicht in ganz zufriedenstellender Weise erreicht, weshalb die Messungen mit optischen Pyrometern noch nicht ganz übereinstimmende Resultate ergeben. Die weitere Ausbildung dieser Instrumente läßt erwarten, daß bis zu den höchsten uns zugänglichen Temperaturen genaue Messungen werden ausgeführt werden können.

× Chlorophyll ×  
Das Chlorophyll oder Blattgrün, der Farbstoff, der die grüne Farbe der Pflanzen bedingt, ist weder in seiner chemischen Konstitution noch in der Art seiner Wirkung bereits völlig aufgeklärt. Es kommt diesem Körper eine ganz besondere Bedeutung im Haushalt der Natur zu, weil unter seiner Mitwirkung die Kohlensäure aus der Luft von den Pflanzen zu organischer Substanz assimiliert wird. Überaus zahlreich sind die Bemühungen der Chemiker über diesen wichtigen Körper nähern Aufschluß zu erhalten, aber den meisten Arbeiten der Chemiker über das Chlorophyll aus dem vorigen Jahrhundert kommt kaum mehr als ein historisches Interesse zu. Der Farbstoff wurde mit Laugen und Säuren behandelt, wobei er weitgehende Zersetzungen erfuhr, und das Übersehen dieser Zersetzungen gab natürlich zu schweren Irrtümern Veranlassung. Nur eine Erkenntnis aus jener Zeit wird auch heute noch als zutreffend anerkannt, nämlich eine gewisse

Verwandtschaft des Chlorophylls mit dem Blutfarbstoff, dem Hämoglobin.

Hoppe-Seyler /1879/ verzichtete auf die Anwendung von Laugen und Säuren bei der Behandlung der Pflanzenteile, erhielt aber statt des reinen Chlorophylls nur ein Zersetzungsprodukt von ihm, das Chlorophyllan. Nach Hoppe-Seyler versuchten die Chemiker nicht mehr das Chlorophyll zu isolieren sondern studierten die bei der Behandlung mit Säuren und Alkalien gebildeten Spaltungsprodukte. Doch gelang es nicht die Beziehungen der erhaltenen Verbindungen zur Ursubstanz zu ermitteln, und ebensowenig wurde ein chemisches Merkmal festgestellt, das zum Vergleichen des Farbstoffs verschiedener Pflanzen hätte dienen können. Es wurde nicht einmal völlige Einmütigkeit darüber erzielt, welche Elemente dem Molekül des Chlorophylls angehören.

Der Züricher Gelehrte Richard Willstätter (jetzt Direktor am Kaiser Wilhelm-Institut für Chemie in Dahlem) hat seit 8 Jahren umfassende Arbeiten zur nähern Erforschung des Chlorophylls unternommen, über die er auf der letzten Hauptversammlung des Vereins deutscher Chemiker zu Breslau im September 1913 berichtete, und die unter dem Titel Untersuchungen über das Chlorophyll von Rich. Willstätter und Art. Stoll vor kurzem bei Julius Springer in Berlin erschienen sind. Durch Einwirkung von Alkalien auf Chlorophyll gelang es ihm aus diesem eine saure, im Wasser lösliche, grün gefärbte salzbildende Gruppe abzuscheiden. Diese Säure ließ sich in reinem Zustand darstellen und erwies sich als magnesiumhaltig, und zwar war das Magnesium nicht wie in Magnesiumsalzen in einem elektrolytisch abspaltbaren Zustand vorhanden sondern an Stickstoff in eigentümlicher Form komplex gebunden. Durch Behandlung mit konzentriertem Alkali wurden tiefgreifende Zersetzungen der Säure bewirkt, aber sämtliche Spaltungsprodukte, die Willstätter zusammenfassend als Phylline bezeichnet, und die sich teilweise durch schöne Rot- und Blaufärbung auszeichnen, erwiesen sich als magnesiumhaltig. Magnesium hat sich nach den Untersuchungen Willstätters als ein konstanter Bestandteil des Chlorophylls ergeben. Daß Magnesia (die Sauerstoffverbindung des Elements Magnesium) zu den unentbehrlichen Pflanzennährstoffen

gehört, war zwar schon seit langem bekannt; aber die wichtige Funktion, die dem Magnesium in der Pflanze zukommt, ist doch erst durch diese Untersuchungen erkannt worden, und die Landwirtschaft wird ihre Aufmerksamkeit darauf zu richten haben, ob die Versorgung der Nutzpflanzen mit Magnesiumsalzen ihrem Bedarf an Magnesium entspricht.

Die weitere Behandlung der magnesiumhaltigen Phylline mit Säuren gab auch Aufklärung über die Einwirkung von Säuren auf das Chlorophyll, die einen augenfälligen Farbumschlag und eine Änderung der Fluoreszenz seiner Lösung hervorruft. Durch gelinde Einwirkung von Oxalsäure scheidet man aus einem alkoholischen Blätterextrakt eine in Alkohol schwer lösliche und daher leicht in reinem Zustand darstellbare Substanz ab, das Phäophytin, einen wachsartigen, chemisch indifferenten Stoff von olivengrüner Farbe in Lösung, der kein Magnesium mehr enthält, aber dem Chlorophyll sofort wieder ähnlich wird, wenn in das Molekül ein Metall eingeführt wird. Es gelang Willstätter sogar Phäophytin durch Einführung von Magnesium in Chlorophyll zurückzuverwandeln.

Mit der Vervollkommnung der Untersuchungsmethoden gelang es die anfangs beobachtete Mannigfaltigkeit der Chlorophyllderivate auf 2 Spaltungsprodukte zu reduzieren und festzustellen, daß das Chlorophyll aus allen Pflanzen identisch ist, das heißt aus den selben Komponenten besteht, einer blaugrünen und einer gelbgrünen, die Willstätter als Chlorophyll a und Chlorophyll b bezeichnet. Ob diese beiden Farbstoffe erst bei der Extraktion des Farbstoffs getrennt werden, oder ob beide schon in der Pflanze neben einander bestehen, konnte bisher noch nicht entschieden werden. Auch die Frage der Konstitution der beiden Chlorophyllkomponenten ist bis jetzt noch nicht völlig klar gestellt, und ihre endgültige Lösung dürfte noch manche Schwierigkeit bereiten. Das Ziel, das Willstätter sich für seine weiteren Untersuchungen gesteckt hat, ist; das bei der Assimilation wirksame System vollständig zu erforschen und schließlich mit Hilfe der isolierten Komponenten die Assimilation außerhalb der Pflanze zu bewirken.

Die Erreichung dieses Zieles wäre von der allerhöchsten Bedeutung. Bisher

sind wir vollständig auf die Tätigkeit der Pflanzen angewiesen, um anorganische Substanz in Eiweiß und Kohlehydrate zu verwandeln, so daß die Tätigkeit der Pflanzen eine notwendige Bedingung für alles irdische Leben ist. Willstätters Arbeiten eröffnen die Perspektive auf die künstliche Gewinnung der für das Leben notwendigen organischen Stoffe.

× Kurze Chronik Der 4. Komet des Jahres 1913, 1913d (siehe diese Rundschau, in diesem Band, pag. 70), hat sich als identisch mit dem erwarteten kleinen periodischen Kometen Westphal erwiesen; inzwischen ist, am 23. Oktober 1913, auf der Bamberger Sternwarte von Zinner ein 5. und am 17. Dezember von Delavan auf der argentinischen Sternwarte La Plata ein 6. Komet, 1913e und f, entdeckt worden. Auch 1913e scheint mit einem im Jahr 1900 entdeckten periodischen Kometen identisch zu sein. Von den 6 neuen Kometen des Jahres 1913 würden demnach nur 4 als wirklich vorher noch nicht gesehen zu betrachten sein. × Am 6. Januar ist auf der Nizzaer Sternwarte auf photographischem Weg von Lagrula ein neuer kleiner Planet entdeckt worden. × Eine neue Privatsternwarte, von ihrem Eigentümer Nordlind-Lund Uranienberg genannt, ist bei Schonen in Schweden errichtet worden. × An der Berliner Universität ist ein 2. Lehrstuhl für theoretische Physik, zur Entlastung des Professors Planck, errichtet worden, für den Max von Laue (Zürich) ausersehen ist. × Der Aachener Physiker Professor Johannes Stark, bekannt durch Arbeiten auf den Gebieten der Akustik und der Elektronentheorie, ist zum korrespondierenden Mitglied der Gesellschaft der Wissenschaften in Göttingen gewählt worden.

× Literatur Ein physikalisch-historisches Buch sind die Ergebnisse der Physik während 33 Jahre (1875 bis 1908) von Arthur Schuster /Leipzig, Barth/. Es ist die von Guido Szivessy besorgte deutsche Ausgabe der 4 Vorlesungen, die der Verfasser über das genannte Thema im März 1908 an der Universität Kalkutta gehalten und vor der Drucklegung der englischen Ausgabe im Jahr 1911 dem damaligen Stand der Wissenschaft angepaßt hat. Der Ver-



fasser gibt nicht eine trockene Darlegung der physikalischen Forschungsergebnisse sondern schildert die Wandlungen der Anschauungen in dem betrachteten Zeitraum so wie sie sich subjektiv bei ihm, der ja an dem Fortschritt der physikalischen Wissenschaft in dieser Periode tätigen Anteil genommen hat, vollzogen haben. Der Verfasser legt hierbei eine Art Glaubensbekenntnis ab über viele Fragen allgemeiner, oft mehr philosophischer Art, die doch von großer praktischer Bedeutung sind, wie über Wesen und Fruchtbarkeit verschiedener Methoden wissenschaftlicher Forschung, über den Wert von Hypothesen, über die Gründe für die Richtung der physikalischen Forschung zu verschiedenen Zeiten. Die Lektüre des Buchs wird dem Leser, auch wo er anderer Meinung ist, jedenfalls eine Fülle von Anregungen geben. × In der Studie C. V. Boys' Seifenblasen, ihre Entstehung und ihre Farben, von der kürzlich die 2. Auflage der von Dr. G. Meyer besorgten deutschen Ausgabe erschienen ist /Leipzig, Barth/, bringt der Verfasser das sehr wichtige und schwierige Gebiet der Kapillarität durch meistens leicht nachzumachende Experimente dem Verständnis auch der nicht Vorgebildeten in musterhafter Darstellung näher. Das Buch kann geradezu als Musterbeispiel einer wissenschaftlich wertvollen populären Darstellung bezeichnet werden. × Ein Sternbuch für Anfänger von Kelvin Mckreedy ist in deutscher Übersetzung von Max Iklé bei Barth in Leipzig erschienen. Das Buch will ohne das mathematische Rüstzeug der Astronomie Anfängern und Laien die Freude am Sternenhimmel vermitteln, indem es eine Anleitung zum Auffinden der Sterne und zum astronomischen Gebrauch der einfachsten Instrumente (Opernglas, Feldstecher, Mikroskop) gibt. Das Buch ist sehr schön auch mit Abbildungen ausgestattet. Aber nicht an diesen sondern an den am Himmel erscheinenden Objekten selbst soll der Leser lernen, und diese Anleitung zum Beobachten des Wirklichen scheint mir recht gut gelungen zu sein. × Das moderne Beleuchtungswesen behandelt Dr. H. Lux in der Teubnerschen Sammlung Aus Natur und Geisteswelt. Der den Lesern der Sozialistischen Monatshefte wohlbekannte Verfasser ist als der langjährige Herausgeber der Zeitschrift für Beleuchtungswesen einer der gründlichsten Ken-

ner der großartigen Entwicklung, die die moderne Beleuchtungstechnik in den letzten Jahrzehnten erfahren hat, und er versteht es diese Entwicklung und die ihr zugrunde liegenden physikalischen Tatsachen in ebenso klarer wie fesselnder Weise darzustellen. Das Büchlein ist eine willkommene Bereicherung der Literatur über das Beleuchtungswesen.

#### Geschichte / Paul Kampffmeyer

**Vorgeschichte** Die Schrift Professor Hermann Klaatschs Die Anfänge von Kunst und Religion in der Urmenschheit /Leipzig, Unesma/ ist reich an fruchtbaren realistischen Ideen, aber auch an luftigen idealistischen Hypothesen. Richtig ist offenbar die Feststellung, daß der Urmensch sich selbst als Tier unter Tieren fühlt, und daß ihm jeglicher Trennungsversuch in unserm Sinn fremd ist. Die Worte Totem, Kobong bezeichnen die Tiere, mit denen der primitive Jäger verwandt zu sein glaubt. Jeder Stamm hat seinen Totem, sein Schutztier, mit dem er sich wesensverwandt fühlt. Aus der Vorstellung der Wesensverwandtschaft des Menschen mit dem Tier erklärt Professor Klaatsch den Totemismus. Das Tier nähert sich anfänglich dem Menschen ohne Furcht, und der Mensch kann das arglose Wesen leicht erschlagen. Aber er tötet das ihm so nahestehende Tier nur widerwillig, aus Not. Unbegreiflich sind ihm die Entstehung und der Tod des Menschen; und beide rätselhaften Erscheinungen verknüpft er mit den Tieren. Die Seele des in seiner Nähe weilenden Tieres schlüpft in den schwangern Leib der Frau, die Seele des sterbenden Menschen in den Leib des Tieres. Damit meint Professor Klaatsch den Seelenwanderungsglauben erklärt zu haben. Gewisse Totengebräuche, die Baumbestattung, bringt er mit der Vorstellung in Verbindung: der verstorbene Mensch soll den Vögeln zum Fraß vorgelegt werden, damit er leicht in den Vogelleib wandern kann. Dieser Vorstellung von einer Entfesselung der Seele läuft jedoch schnurstracks die Vorstellung von der Notwendigkeit der Fesselung der Seele entgegen, damit sie keinen Schaden anrichten könne. Massenhaft finden sich Fesselmumien in der neuern Steinzeit und dann heute noch auf den Südseeinseln, Neuguinea, in Amerika, in Afrika bei den Hottentotten, bei den Eskimos usw. Den Kannibalismus führt Klaatsch auf den Wunsch der Wilden

zurück sich die Eigenschaften des Toten anzueignen. »Der Uraustralier ist Kannibale aus Liebe, Pietät, Furcht und Aberglaube.« In allen Erscheinungen, auch Naturerscheinungen, erkennt der Wilde ein direktes oder entferntes Wirken des Menschen, des lebenden oder des toten. Weit in die Ferne kann der Mensch wirken: er kann seinen Gegner töten, wenn er dessen Abbild tötet. Mit der Vorstellung von dem zauberhaften Wirken des Menschen in die Ferne bringt Klaatsch die Skulpturen und Gruppenmalereien der Eiszeitkunst in engsten Zusammenhang. Durch Tierbilder, durch Bilder erjagter Tiere wollte der Mensch Herrschaft über die Tiere gewinnen. Nicht ein dunkler Kunsttrieb hat also nach Klaatsch, wenn ich ihn richtig verstehe, die Grottenmalereien geschaffen, sondern die Lebensfürsorge. Das ist eine recht geistvolle und in gewissem Grad auch einleuchtende Hypothese. Auf Widerstand wird aber die weitere Hypothese stoßen, daß die Idee des persönlichen Gottes auf bestimmte Herrschaftszustände in der Horde, auf bestimmte Herrschaftspersönlichkeiten in dieser primitiven Gemeinschaftsform zurückzuführen ist. Die Horde mit ihrer starken Gruppenbildung, mit ihren Gruppenmenschen mußte der Persönlichkeitsvorstellung mehr entgegenwirken als sie fördern. Sehr in das luftige Hypothesengebiet scheinen mir seine Ausführungen über die präanthropischen Quellen der Religion zu führen. Die abergläubische Furcht des Menschen vor Schlangen läßt Professor Klaatsch schon dem uralten Kampf zwischen Säugetier und Reptil entstammen. Der Affe hat eine merkwürdige Angst vor Reptilien. Die religiöse Vorstellung von der teuflischen Schlange greift also nach Klaatsch in vormenschliche Zeiten zurück. Hier wuchert die Hypothese gar zu üppig.

× Renaissance ×  
Der 2. Band von Luca Landuccis Werk Ein florentinisches Tagebuch, das in

der Sammlung Das Zeitalter der Renaissance bei Eugen Diederichs in Jena erschien, und über dessen 1. Band in dieser Rundschau (1913, 1. Band, pag. 322 f.) bereits berichtet wurde, umfaßt die Zeit von 1450 bis 1516. Das Tagebuch Landuccis ist dann anonym bis 1542 fortgesetzt worden. Die Herausgeberin und Übersetzerin, Marie Herzfeld, hat das Tagebuch mit ausführlichen Erklärungen versehen, die uns die Bedeutung vieler der historischen Auf-

zeichnungen Landuccis erst verständlich machen. An erschütternden Ereignissen überreich, stürzte das Leben der Florentiner der Renaissancezeit in gewaltsamer Hast und in jähen Übergängen dahin. Von einem Dahinfließen dieser Tage kann man wahrlich nicht reden. Erst diese Häufung von blutigen Mordtaten, entsetzlichen Unglücksfällen, mörderischen Epidemien und verheerenden Hungersnöten, die Landucci mit nüchternem Ernst bucht, gibt uns eine Vorstellung von der Tragik dieser Geschichtsperiode. In das Düstere dieser wild leidenschaftlichen Zeit dringt allerdings dann und wann der goldene Glanz der Kunst der schöpferischen Meister jener Tage. So erzählt das Tagebuch unter anderm die Aufstellung des David von Michelangelo. Im allgemeinen scheint eine gewisse Hiobsstimmung über der florentinischen Gesellschaft zu liegen. Dieser Stimmung gibt Landucci einmal nach dem Brand seines Hauses folgenden Ausdruck: »Aber, weil ich die Widerwärtigkeiten annehme, wie ich den Wohlstand annahm, und darum für das eine wie das andere dem Herrn vielen Dank sage, so bitte ich, daß er mir meine Sünden verzeihe und mir alle jene Dinge schicke, die zu seinem Ruhm sind. Es sei Gott stets gepriesen von jeglicher Kreatur, und mit dieser Medizin kann jedermann jede Krankheit heilen und jeden Schmerz. Man kann vom heiligen Hiob lernen, welcher sagte: Dieser selbe Herr, welcher mir es gab, dieser selbe hat es mir genommen; es sei Gott gelobt.« Im Zeitgeist gehalten sind die Tagebucheintragungen über zahlreiche Wundertaten, so die Erzählung von der Figur der heiligen Jungfrau, die keusch ihre Augen vor den Unanständigkeiten eines Badehauses schloß. Von kulturhistorischer Bedeutung ist die eingehende Schilderung des päpstlichen Einzugs »mit so außerordentlichen Ehren und unglaublichen Unkosten« am 30. November 1515.

× Rußlands geistige Entwicklung ×  
Die soziologischen Skizzen Th. G. Masaryks Zur russischen Geschichts- und Religionsphilosophie / Jena, Diederichs/ lassen uns lebendig die Eigenart russischer Kultur erfassen. Wir atmen russischen Erdgeruch ein, wenn wir mit Masaryk die Einsiedeleien in der Nähe Moskaus aufsuchen, und unsere Sinne nehmen unmittelbar ein wesentliches Stück Mittelalter wahr, wenn wir mit ihm das Kloster Troitcko-Sergiewskaja

Lavra betreten. Und es ist dem Verfasser trefflich gelungen uns in der Ideen- und Gefühlswelt Altrußlands heimisch werden zu lassen. Den Einfluß Byzanz' auf das staatliche und kirchliche Leben Rußlands, namentlich auf die politische Zentralisation des Landes, legt er sehr anschaulich dar. Moskau wird das »dritte Rom«. Gegen die staatliche Zentralisation und die Staatskirche lehnt sich der Raskol, eine oppositionelle Volksbewegung von demokratischem und landschaftlich-autonomistischem Charakter, auf. Altrußland wird dann unter Peter dem Großen gewaltsam europäisiert; der Moskauer Staat wandelt sich in einen absolutistischen Staat nach europäischem Muster. Der Raskol brandmarkt Peter den Großen als den Antichrist, und der gewalttätige Zar ahndet diese Propaganda mit der Todesstrafe. Die Kirche wird völlig dem Zaren unterworfen. Im Synod wird eine hierarchisch-bureaukratische Institution geschaffen, in dem der weltliche Vertreter des Kaisers, der Oberprokurator, den entscheidenden Einfluß hat. Masaryk gibt eine ganze Kulturgeschichte Rußlands, er enthüllt die sittliche Fäulnis des Hofes und der Aristokratie unter Katharina II., dieser »gekrönten Dirne«, die an ihre Zuhälter Millionen über Millionen verschwendete. So erhielt die Familie Orlow allein 17 Millionen Rubel und 45 000 Seelen. Unter Alexander I., dem Haupt der heiligen Allianz, setzt eine theokratische Reaktion ein. Der gewaltsame Kampf gegen die Wissenschaft erreicht seine Höhe unter Nikolaus I. Als Aufgabe der Universitäten wird bezeichnet: »Erziehung von treuen Söhnen für die orthodoxe Kirche, treuer Untertanen für den Kaiser, guter und nützlicher Bürger für das Vaterland.« Es werden 22 Spezialzensuren eingeführt, und jede Kritik der Regierung und der Ämter wird verboten. Zu einem Ministerbericht, der mit dem Wort Fortschritt endete, bemerkte Nikolaus: »Fortschritt? Was für ein Fortschritt? Dieses Wort aus der offiziellen Sprache ausmerzen.« Die Aristokratie fällt von den politischen freiheitlichen Ideen der Dekabristen ab. Aber so politisch rückständig auch dieser Zar war, den Prozeß der fortschreitenden Industrialisierung und Kapitalisierung Rußlands mußte er bewußt und unbewußt unterstützen. Der Reaktionsperiode Nikolaus' folgt die Reformperiode Alexanders II.: die Bauernbefreiung, die Umgestaltung der Administration usw. Nach einer kurzen libe-

ralen Pause setzt die verstärkte theokratische Reaktion ein. Der Zar fällt dem Terror zum Opfer, die organisierten Gruppen der Revolution löst dann die Massenrevolution ab. Die sozialen Zustände Rußlands sind in dem Masarykschen Geschichtswerk durch zahlreiche Tatsachen charakterisiert. So entnehmen 70,7 % der Bauern ihrem Boden weniger als das Existenzminimum ausmacht, 20,4 % ernähren sich zwar, aber vermögen das Vieh nicht zu ernähren, nur 8,9 % können über den Hausbedarf verkaufen. Die von Witte 1903 eingesetzte Agrarkommission stellte fest: »Bei normaler Ernte bleibt das Ernährungsquantum des Bauern durchschnittlich um 30 % unter dem zur Aufrechterhaltung der Kräfte eines erwachsenen Landarbeiters physiologisch notwendigen Minimum.«

Professor Masaryk behandelt sehr fesselnd die Probleme der russischen Geschichts- und Religionsphilosophie. Im Mittelpunkt des russisch philosophischen Denkens steht die Ethik. Die russischen philosophischen Geister fragen nicht nur nach »dem Sinn des Lebens in abstracto«, sondern fragen vor allem nach dem »Sinn des russischen Lebens, der russischen Gesellschaftsordnung und ihrer Geschichte«. Im 2. Teil seiner Skizzen kennzeichnet Masaryk kurz die Grundrichtungen der neuen europäischen Philosophie. Historisch-kritisch wertet er namentlich das Slawophilentum und sucht geistvoll den slawophilen Messianismus durch die gesellschaftliche und philosophische Lage der nachrevolutionären Restauration und Reaktion zu erklären. Gegen die Überschätzung des russischen Panlawismus macht Masaryk entschieden Front. In Rußland (in Europa und Asien) seien mindestens 48 Nationalitäten vorhanden. Nicht der Panlawismus sei für Europa und namentlich für Deutschland und Österreich-Ungarn gefährlich, sondern die 170 Millionen Bewohner des europäischen und asiatischen Rußlands. Nach einer Schätzung wird die Zahl der Bevölkerung um das Jahr 2000 derart anwachsen: Österreich 54, Ungarn 30, Deutschland 165, Italien 58, Frankreich 64, England 145, Rußland europäisch 400, mit Asien 500, Vereinigte Staaten 1195 Millionen. Bei Peters Tod hatte Rußland kaum 15 Millionen. Die Ideengänge der großen Vertreter des Westtums, Belinskij an der Spitze, werden lichtvoll dargelegt. Die soziologischen Skizzen Masaryks schließen mit einer feinen

Analyse des philosophischen und politischen Radikalismus Alexander Herzens. Die vielfachen Wandelungen Herzens, seinen slawophilen Messianismus, seinen Föderalismus und Anarchismus, seine Abkehr von Bakunin erörtert Masaryk fesselnd.

Die soziologischen Skizzen Masaryks sind als ein hervorragendes Werk zur Einführung des Westeuropäers in die Geisteskultur Rußlands zu werten, das auf bleibenden Wert Anspruch erheben kann.

×  
Bebel

Über die ersten beiden Bände von August Bebels Memoiren (Aus meinem

Leben /Stuttgart, Dietz/) hat hier Eduard Bernstein ausführlicher geschrieben (siehe seinen Artikel Bebel und die Partei, in den Sozialistischen Monatsheften, 1911, 3. Band, pag. 1456 ff.). Der Tod hat Bebel ereilt, bevor er den 3. Band herausgeben konnte. Das hat jetzt K. Kautsky für ihn getan. Dieser 3. Band beginnt mit Aufzeichnungen über die Beratungen des Ausnahmegesetzes. Aus der Bebelschen Darstellung der Wirkungen dieses Gesetzes gewinnt man ein erschütterndes Bild des Zerstörungswerks, das die kapitalistische Ordnung an der aufbauenden Kulturarbeit der sozialistischen Arbeiterschaft verübt hat. In vielen Punkten berichtigt Bebel die verbreitete Ansicht von der Kopflösigkeit der Führer gegenüber den Schlägen des Ausnahmegesetzes, die auf die Partei herabsausten. »Wohl gab es unter den Führern (das Wort im weitesten Sinn genommen) mehr Marodeure und Hasenfüße als uns lieb war, doch die materielle Notlage der meisten entschuldigt vieles. Aber auch in den Massen, namentlich in den mittleren und kleinen Orten, herrschte vielfach Niedergeschlagenheit und Tatenlosigkeit.« Entgegen allen Versicherungen vom Regierungstisch aus, daß durch das Ausnahmegesetz nur die sogenannten umstürzlerischen Tendenzen der Sozialdemokratie getroffen werden sollten, fielen die Regierungen über alle, selbst die gesetzlichsten und friedfertigsten Kundgebungen der organisierten Arbeiterschaft her. Selbst ganz farblose, von Sozialdemokraten herausgegebene Blätter mordete die Guillotine des Ausnahmegesetzes. Etwaige Beschwerden gegen die häufig ganz willkürlichen Verbote von Zeitschriften usw. konnten einer Beschwerdekommision des Reiches unterbreitet werden. Aus welchen

Elementen diese Kommission aber zusammengesetzt war, das zeigt eine Tagebuchaufzeichnung des Kultusministers Bosse unter dem 20. Oktober 1878. Der preußische Justizminister strich im Hinblick auf die Zusammensetzung der Kommission die preußischen Richter überhaupt als »praktisch zuverlässig« heraus. »Fürst Bismarck meinte, wenn die preußischen Juristen alle so wären wie der Staatsanwalt Tessendorf, dann wären sie in der Rekursinstanz zu brauchen; aber die preußischen Staatsanwälte fühlten sich meist nicht als Regierungsbeamte, sondern als souveräne Richter. Den badischen Oberstaatsanwalt Kiefer bezeichnete er als abschreckendes Beispiel. An badische Richter könne man also für die Kommission nicht denken.« Bebel bringt dann in dem Abschnitt Die ersten öffentlichen Lebenszeichen der Partei ein beweiskräftiges Material für seine Ansicht herbei, daß sich tatsächlich Führer und Massen gleich nach der katastrophenartigen Vernichtung der festgefühten sozialdemokratischen Parteiorganisation recht tapfer schlugen. Tief blicken wir in die Vorgänge hinein, die zur Gründung der illegalen Parteipresse führten. In dieser Hinsicht sind die Briefe Bebels an Vollmar und Engels von großem Interesse. Das von Höchberg herausgegebene Richtersche Jahrbuch, das durch den Artikel Rückblicke auf die sozialistische Bewegung; Kritische Aphorismen von „\*“, heftige Auseinandersetzungen in der Partei hervorrief, wertet Bebel dann eingehend. In diese Parteiaffäre spielen auch sehr heftige Briefe Friedrich Engels' gegen das Dreigestirn Sohramm, Höchberg und Bernstein hinein. Eine rücksichtslose Parteikritik enthält namentlich der Engelssche Brief vom 23. Oktober 1879. Engels ist schwer über die Reden Kayzers in der Schutzollfrage und über den Rechenschaftsbericht der Partei, dem er »unangenehme Konzessionen an den deutschen Philister« nachsagt, verärgert. In seinem Brief vom 24. November 1879 begrenzt Engels genau die Fragen, »in denen sozialdemokratische Abgeordnete aus der reinen Negation heraustreten« können. Es sind dies die Fragen des Arbeiterschutzes, der »Verbesserungen im rein bürgerlichen Sinn«. In allen anderen ökonomischen Fragen (in Schutzoll-, Verstaatlichungs-, Assekuranfragen) müssen die sozialdemokratischen Abgeordneten den Standpunkt behaupten »nichts zu bewilligen, was die Macht

der Regierung gegenüber dem Volk verstärkt«: eine Maxime, die allerdings später der Wirksamkeit der Partei zu enge Grenzen gezogen hätte, daher fallen mußte. Über die internen Verhältnisse der Verbreitung des Züricher Sozialdemokraten teilt dann Bebel manche charakteristischen Details mit. Sehr lustig sind die Beziehungen des jetzigen Königs Peter von Serbien zu dem sozialdemokratischen Schneider Beck erzählt. »Um sich ein wenig herauszuhelfen, veranlaßte er den Schneider Beck ihm seine Rechnungen 50 % höher im Preis anzusetzen. Sobald dann Peters Rechnung von dessen Angehörigen bezahlt wurde, erhielt Peter von Beck die überschießenden Beträge zurück.« Viele historische Tatsachen zur Kennzeichnung der Polizeiwirtschaft unter dem Ausnahmegesetz faßt das Kapitel Bebels Kämpfe mit der deutschen Polizei zusammen. Der Streit mit Most und Hasselmann wird auf dem Wydener Kongreß zum Abschluß gebracht, über den uns Bebel recht lebendig berichtet. Der »Canossengang nach London« führt uns in die Häuslichkeit von Marx und Engels. In London sprechen sich Bebel und Bernstein gründlich mit *Mohr* und dem *General* aus, und ein friedliches Verhältnis zwischen London und Zürich ist nun geschaffen. Von geschichtlicher Bedeutung sind die Erinnerungen Bebels an die erste Session des Reichstags im Jahr 1881, an die Erklärung des kleinen Belagerungszustands über Leipzig, an seine Wahl in den sächsischen Landtag und an die allgemeinen Reichstagswahlen im Herbst 1881. Das verbrecherische Manöver des Polizeirats Rumpf stellt Bebel anschaulich dar. In die intime Parteigeschichte geleitet uns dann das Kapitel Unstimmigkeiten. Hart ringen 1882 in der Partei die »Radikalen« mit den »Kompromißsüchtigen« und »Ruhebedürftigen«. Bebel hält in einem Brief an Auer vom 4. Januar 1882 eine gründliche Aussprache der Parteigenossen für dringend notwendig, um den bestehenden Zustand der Dinge und die wahrscheinliche Zukunft zu erfassen, und »nicht um eine Spaltung zu verhüten, denn diese kommt am Ende doch, wenn erst sich die Dinge weiter entwickeln«. In dem Brief an Engels vom 1. Oktober 1882 kritisiert Bebel scharf einen *radikalen* Artikel Vollmars im Sozialdemokraten, der die Beibehaltung des Ausnahmegesetzes für wünschenswert erklärte, weil dadurch die Partei zum Entscheidungskampf gedrängt

würde. In dieser Kritik offenbart sich der kluge Taktiker Bebel.

In seinem Nachwort ergänzt K. Kautsky die Korrespondenz zwischen Bebel und Engels durch einige sehr charakteristische Schreiben beider Männer. Dieser 3. Band bringt uns den temperamentvollen Bebel viel näher als der vorige. In ihm steckt eben mehr von Bebels kämpferischer Persönlichkeit.

× **Geschichts-** Am 29. September 1913  
**unterricht** wurde zu Marburg an der Lahn der Verband deutscher Geschichtslehrer gegründet. Die interessanten Verhandlungen der Gründungsversammlung sind in Vergangenheit und Gegenwart, einer bei Teubner erscheinenden Zeitschrift für den Geschichtsunterricht und staatsbürgerliche Erziehung wiedergegeben. Der Gymnasialdirektor Dr. Friedrich Neubauer (Frankfurt am Main) verbreitete sich über die Aufgaben des neuen Verbands. Professor Ernst Bernheim (Greifswald) gab in seinem Vortrag über die Vorbildung der Geschichtslehrer wertvolle Fingerzeige, um den historischen Unterricht anschaulich und lebendig zu machen. Im Geschichtsunterricht müsse in seinem ganzen Verlauf bürgerkundlicher Stoff und politische Einsicht übermittelt werden. Der angehende Historiker solle an irgendeiner Stelle der Staats- oder Kommunalverwaltung zeitweilig praktisch beschäftigt werden. Die Geschichte müsse ganz erfaßt werden. (Professor Bernheim beging aber einen Fehlgriff, wenn er als Vorbild für dieses lebendige Besitzergreifen der Geschichte den sehr einseitigen, fanatisch-preußischen Historiker Heinrich von Treitschke feierte.) Vor allem müsse das historische Richtziel jedes historischen Unterrichts sein: historisch denken zu lehren. Der Historiker brauche kaum eine Funktion so dringend wie die des Vergleichens. Professor W. Soltau (Zabern) referierte dann über das Thema Der Geschichtsunterricht in der Prima und die Forderungen der Reifepfugung. Er schlug vor den Geschichtsunterricht stofflich durch die Berücksichtigung der Kunstgeschichte, Baugeschichte und Volkswirtschaftslehre zu erweitern. Die Schüler müßten sich durch das Studium berühmter Geschichtswerke vollständig in die einzelnen Epochen vertiefen. Die Examenbestimmungen wären nach den Grundsätzen eines wahrhaft wissenschaftlich gehaltenen Geschichtsunterrichts einer Revision zu unterziehen. Die

Thesen, die Professor Soltau seinem Vortrag zugrunde legte, lassen sich folgendermaßen zusammenfassen: Die Auflösung des Abiturientenexamens in eine Mehrzahl von Prüfungsarbeiten und Teilprüfungen während der letzten beiden Schuljahre und größere Selbständigkeit des Schülers (Privatlektüre, Schülervorträge im Geschichtsunterricht der Prima). Der Lehrer Dobritsch kritisierte in seinem Vortrag Das Anschaulichkeitsprinzip im Geschichtsvortrag die abstrakte, blutleere Darstellung des historischen Stoffs, der historischen Ereignisse in der Leitfadengeschichtsschreibung. Der Fütterung der Schüler mit unverstandenen Abstraktionen schrieb der Vortragende das große Mitläufertum der politischen Parteien zu: Hier schlug er aber gar zu deutlich gegen die Sozialdemokratie aus; derartige parteipolitische Seitenhiebe sollte doch ein Pädagoge den konservativen Klopffechtern überlassen.

×  
**Kurze Chronik** Am 16. Februar feierte Professor Ernst Haackel seinen 80. Geburtstag.

Haackel hat den Darwinismus zwar in mechanischer und unkritischer Weise auf die Menschheitsgeschichte angewandt, gab aber doch dadurch den Anstoß zu sehr interessanten soziologischen Studien und mündlichen Diskussionen über das Thema Sozialismus und Darwinismus. × Der Analyse des J u d a i s m u s ist ein umfangreiches Werk von W. O. E. Oesterley (Cambridge) und G. H. Box (Oxford) gewidmet, betitelt *The Religion and Worship of the Synagogue* /London, Pitman/. Die Verfasser geben im 1. Teil eine historische Einführung und eine Untersuchung der Quellen des J u d a i s m u s und behandeln dann im 2. und 3. Teil die eigentliche Lehre und die Praxis der jüdischen Religion. In der Darstellung ist das Streben nach Objektivität anzuerkennen; doch hindert der christlich-dogmatische Standpunkt der Verfasser ein volles und unbefangenes Eindringen in die Materie. Studiert man indessen das (sehr gut ausgestattete und auch mit interessanten Illustrationen versehene) Buch mit der gebotenen kritischen Reserve, so kann es als eine Bereicherung der Literatur über dieses Gebiet angesehen werden. × In weit höherem Maß gilt das noch von einem Buch von R. Travers Herford, das kürzlich unter dem Titel *Das pharisäische Judentum* auch in deutscher Sprache erschien /Leipzig, Engel/. Diese eingehende Untersuchung stellt

eine gründliche Revision der traditionellen Anschauungen vom Pharisäismus dar, wie man sie sich auf Grund der tendenziösen Darstellung im Neuen Testament (die aus der Animosität der von der Mutterkirche sich lösenden Tochterkirche verständlich ist) gebildet hat. Hier wird der Versuch unternommen das pharisäische Judentum aus seinem eigenen Wesen, und nicht wie sonst stets im Hinblick auf das Christentum zu erklären. An Einzelheiten, die der modernen Religionsforschung nicht mehr entsprechen, wird man Kritik anlegen. Insgesamt aber kann die Lektüre dieses, von Rosalie Perles gut übersetzten Buches allen empfohlen werden, die sich über diese Dinge ein eigenes Urteil bilden wollen. Sein Wert wird durch einige sachkundige Zusatznoten von Felix Perles, der diese deutsche Ausgabe auch eingeleitet hat, noch erhöht. × An der Arbeit des Professors Dr. Walter Otto (Greifswald) über Herodes /Stuttgart, Metzler/ interessiert kulturhistorisch besonders die eingehende Darstellung der Beziehungen Herodes' I. zum Hellenismus. Herodes Antipas tritt in die Fußtapfen seines Vaters, der ganz von der jüdischen Kultur abfiel; er gründet unter anderm die Stadt Tiberias und gibt ihr eine Art hellenistischen Verfassung. × Eine Verbindung von Geschichte und Literatur ist Heinrich Vollrat Schumachers Arbeit über die Kaiserin Eugenie /Berlin, Bong/, von der bis jetzt nur der 1. Teil (*Der Weg zum Thron*) erschienen ist. Daß Schumacher durch seine romanhafte Darstellung der Historie den Leser in fesselnder Weise unterhalten kann, hat er bereits durch sein Buch über die Lady Hamilton bewiesen (siehe diese Rundschau, 1911, 3. Band, pag. 1684).

## KUNST

### Dichtkunst / Max Hochedorf

**Märchen für Erwachsene** Man möchte sich denken, daß es zwei Romantiker-talente gibt: Die einen verachten alles irdisch Dampfende, von der Technik Beschwingte, die anderen erschaffen ein bedeutendes Durcheinander gerade aus solchen Elementen. René Schickele ist einem gefährlichen Kampf seines Kunstgewissens unterworfen. Er ist immer wieder verleitet die einfache Erzählung, die Seelenbeichte, das schlichte Dasein der Menschen zu beschreiben. Dann aber ist

es, als ob er hinter der Lebenswirklichkeit noch wichtigere, beinahe metaphysisch anmutende Ereignisse eines symbolischen Lebens erahnen und aussprechen möchte. Das heißt, er will sich verträumen, er will seine Träume, seine aus der Übersichtigkeit gewonnenen Erfahrungen gruppieren, nicht das Naheliegende und im Wachen Aufgenommene. Dabei ist er doch ein auf den Alltag scharf eingestelltes Gemüt. Er sieht, daß die Kriegsläufe der letzten Zeit einen Männerschlag hervorbrachten, der sich durch große Kraft des Heldennutms auszeichnete. Männer tauchten da auf, die für die Frauen ein Schreck sein mußten, weil sie die Buntheit von hundert Männern, deren Gefährlichkeit und sinnentzündende Kraft in ihrer einzigen Persönlichkeit verbanden. Es ist, wie übrigens die Psychopathologen oft beschrieben haben, immer so, daß in sehr aufgeregten Zeiten die Sinne der Frauen besonders eifrig begehren. Dann muß ein Mann kommen, der all des Sehnsüchtigen Erfüllung scheint, und ihm werden sich bald alle Herzen aufschließen. Umgehen wir absichtlich den medizinisch-technischen Fachaussdruck für solche Tatsache. Bleiben wir nur bei der Umschreibung des für die Poesie auszunutzenden Frauenschicksals. Schickele hütet sich, er scheut sich auf realere Dinge einzugehen, etwa den Schauplatz der Seelengeschichte zu malen. Das ist alles im Nebel, und im phantastischen Zentrum seiner Geschichte ist nur der eben charakterisierte, so leicht und so glühend unworbene Frauentröster, der den Namen Benkal trägt. Da sind Kapitel von der Jugend Benkals aufgezichnet. Ein bißchen Jean Paulisches Geschwätz, archaische Stilübung, Jugendpsychologie mit witzigem Geblinzel. Man fragt sich, ob diese Jugend ernst zu nehmen ist oder zum Lachen. Dann fliegt in die Seele Benkals, der ein tierquälendes Kind gewesen ist (übrigens sind die meisten Kinder Tierquäler) die Inspiration hinein. Hier fängt das Märchen an, aber auch die Unwahrscheinlichkeit. Denn ebenso wie, die wissenschaftlichen Ästhetiker stets versagen, wenn es gilt eine Erklärung für die Inspiration zu liefern, wie sie sich da mit religiösem oder poetischem Stil behelfen, so löst auch Schickele dieses Rätsel nicht. Sein Märchen wird sprunghaft, es wird kindlich. Wenn wir jedoch diese Schwäche überwunden haben, fühlen wir wieder dem Benkal nach, wie er ein großer, übermächtiger Frauen-

seelendeuter und darum ein Frauentröster ist, wie er das Kunstsymbol der leidenden, gebärenden, mutterhaften Frau formt. Er hat sie alle in der Werkstatt, die Frauen, deren Männer im Krieg bluten oder fallen. Er hat die gewöhnliche, die nur gebiert, er hat die verfeinerte, die sich vor der Empfängnis schützen kann und nur erheitert, und er hat endlich die tolle, die entzückend widerliche, die alle Männer aufbringt, doch im Grund kalt, nur unbändig ist; einer nur erhitze sie, einer nur besitze sie, er eben, der hinter den Willen und den Wahnsinn aller Frauen gekommen ist, der auch die Schliche und die verschämte Schamlosigkeit dieses entarteten, am schwierigsten zu gewinnenden Geschöpfes erschlichen hat. Daß Benkal dann blöde wird, daß er in der Verrücktheit erfriert, daß er ein starrer, glotzender, gleichgültiger, ausgebrannter Gast im Irrenhaus wird, das geschieht zu plötzlich. Wenn doch in dem Buch Kapitel ständen, die erzählten, wie über Benkals Heiterkeit und Geisteslicht die Schatten sinken! Benkal, der Frauentröster /Leipzig, Verlag der weißen Bücher/ ist ein Buch, das zu schmal geriet. Visionen wurden nicht geklärt, nicht erklärt. Der Dichter wehrt sich vielleicht und sagt: Visionen werden durch derartigen Handwerkerfleiß beschmutzt und zerstört. Der Kritiker ist trotzdem eigensinnig und vermißt ein letztes.

Schickeles Märchen hat doch eigentlich keine Moral. Es erzählt von einem Menschen, von dessen Gefährtinnen und Feinden, auch Wunder. Mag sich der Leser, der ein besenerer Literaturkundiger sein muß, seinen Spruch aus der Fabel ableiten. Albert Steffen ist weit abstrakter. Er träumt davon, daß er die Menschenschicksale übersehen könnte wie ein Naturgesetz. Hier hat nur die Jugend, hat nur die Unerfahrenheit den Schriftsteller gefaßt. Sein Auge, sein moralisches und sein künstlerisches, dringt noch nicht in alle Lebensbuntheit ein. Er konstruiert, er verallgemeinert Kunststoffe. In seinem Buch Die Erneuerung des Bundes /Berlin, S. Fischer/ verbrüdern sich nämlich um den Glauben zum Gekreuzigten, zu dem für die sehr gequälten Menschen Gekreuzigten, sehr weise, für Seelenhilfen, für Herzenserhöhung schwärmende Männer. Das wird in einem bedächtigen Stil erzählt, der zeigt, daß der Erzähler sich in einer erhabenen Sphäre bewegen will.

Auch Martin Andersen Nexö schreibt ein Märchen, um die Menschen über Schicksalsfälle zu belehren (Das Glück /München, Langen/). Nexö, der scharfe Realist, der Geschichtsschreiber des Eroberers Pelle, der Schilderer des wuchtigsten, des farbigsten Generalstreikszugs. Nexö ist ironisch gestimmt. Das Glück, das ist nach ihm nicht eine Fee mit rosigen Händen, die Blumen und Dukaten verstreuende Jungfer, deren Haare wohlduftend und blondüppig um die armen Schächer flattern. Ein harter Reitersmann auf einem ziemlich schabigen Gaul ist nach Nexö das Glück. Der Glücksreiter bringt im Grund nur Mageres, nur das Nächste, nur das Notdürftigste an Freude und Erfüllung von dem, was sich im Bornholmer Kluftengebirg die Steinklopfer ausdenken. Glück ist nicht viel mehr für sie als trocken Brot und dünner Kaffee und mageres Fleisch und im Winter ab und zu ein Holzklafter in der Bodenkammer, auch ein wärmender Fetzen am Leib, wenn der Schnee haushoch vor der Hütte sich emporschiebt. So ist das ernst angesehene und ersehnte Glück. Ein Steinklopfer, der sehr derbe Fäuste und ein abgerackertes Weib und einen Haufen hungernder Kinder hat, hat einen Wunsch: Er will einmal in die Talfruchtbarkeit, die viel weicher ist als seine Steinheimat, die er tagtäglich abklopfen muß, um die paar Kronen fürs Brot zu erlangen. Und die Sehnsucht zum Tal verwirrt den Steinklopfer. Er weiß, und es wurmt ihn unbändig, daß er niemals auf eigenem Ackerland pflügen wird. Und wie er sich's wieder bekennt, geht ihm der Lebensmut abhanden. Er kriecht absichtlich in die Nähe des mordenden Dynamits, das den Felsen sprengen soll. Nicht sein ganzer Leib, nur ein paar Gliedmaßen sterben jedoch. Und das wirkt seltsam märchenwunderbar. Der dänische Staat hat nämlich gerade ein Arbeiterunfallgesetz bestimmt. Das Gesetz bezahlt gar für so verstümmelte Glieder. Das will nicht in den Kopf des Steinschlägers. Er fürchtete im Gegenteil, daß er noch bestraft werden könnte, weil er sich einmal so der Schwermut überließ. Das Märchen spinnt weiter des Mannes Glück. Er kauft von dem Unfallgeld die Scholle, und wie er, gelähmt, aber stark noch, den Pflug angreift, lächelt er zum Glück, predigt er eine Lobrede auf das Glück. Das hat Nexö so ruhig, so liebevoll, so realistisch erzählt. Sein Märchen ist sehr menschlich.

»Man kann alles schön schildern, das Beste aber ist ein gutes Wort über einen guten Menschen.« Nicht im Nexö'schen Märchenbuch sondern in Maxim Gorkij's Märchen der Wirklichkeit /Berlin, Ladyschnikow/ steht dieser Satz. Er bewirkt eine frohe Stimmung. Er reißt zum Erzähler hin, erfüllt den Leser mit Sympathie. In seinem russischen Vaterland soll Gorkij die Anhänglichkeit der Jungen verloren haben. Sie werfen ihm vor, daß er grob und nicht gewählt schreibe, daß er an der realen Banalität zu unvorsichtig hafte. Der Ausländer, der seine Märchen liest, begreift die russischen Kritiker nicht. In diesem Buch ist Gorkij von einer sittlichen Güte und sogar dichterischen Macht, die sehr rührend sind. Nicht, weil er sich so offen zu den sehr Niedrigen bekennt. Das würde nur sein Herz offenbaren. Auch, weil er wirklich Poetisches zeichnet. Es ist die südliche Landschaft, in die er jede der kurzen Geschichten einführt. Dann die Fähigkeit ein Ereignis des täglichen Lebens mit einem Glanz der Ewigkeit zu umkleiden. Die Tatsache, daß Genueser Arbeiter die Kinder der streikenden Kameraden zu sich ins Haus einladen, ist an sich nur ein Füllsel der Zeitung. Die Kinder kommen am Bahnhof an, und sie werden von den gastfreundlichen, opfervollen Männern und Frauen ihrer Klasse empfangen. Aber was da von der Art des Empfangs, was da von der Umarmung eines fremden Kindes durch eine fremde Frau, von dem Gespräch zwischen Arbeitersgatte und -gattin gesagt wird, das hebt die schlichte Tatsache ins hohe Gebiet des Poetischen. Gorkij liest ein Märchen aus der Welt, die, nach dem allgemeinen Urteil, den Märchen ganz fremd ist. Und dann die Sage vom Alten, dessen Söhne wegen Klassenaufruhr ins Zuchthaus kamen. In Amerika geschah das, und der Vater der Jungen war in der italienischen Heimat geblieben. Da erhält er ihr Bild, und seine Gedanken sagen sich, daß nur große und wertvolle Menschen Anspruch auf solch Bild haben dürfen. Er grübelt, warum sie trotzdem ins Zuchthaus wanderten. Er versteht, daß sie Märtyrer sind für Tausende, Glückskämpfer, Heilssucher, die Gesundheit für alle Menschen schaffen wollen. Denn »die Erde ist reich, der Mensch arm, die Sonne gut, der Mensch böse«. Der Alte prüft den Satz, er entdeckt, daß er ihn gefunden und erkannt hat, daß die Söhne ihm nur helfen müs-



sen den goldenen Satz in die Wirklichkeit zu übertragen. Als ein Weiser, als ein Gedankenerfinder mit tüchtigen, tätigen Jüngern fühlt er sich. Er jubelt über die Weinberge.

× jüdische Erzählungen ×

Eine Reihe schöner Talmudlegenden hat Hans Ludwig Held ausgewählt und herausgegeben /München, Hans Sachs-Verlag/. Diesem kleinen Buch sind viele Leser zu wünschen. In einer kurzen, gut geschriebenen Einleitung versucht der Herausgeber eine Vorstellung von dem Charakter und der Bedeutung des enzyklopädischen Riesenerwerks zu geben, das die vielen Bände des sogenannten babylonischen wie des palästinensischen Talmuds darstellen, das heißt der Kommentare und Erweiterungen der Mischna, die Jahrhunderte hindurch von vielen Gelehrten generationen auf den jüdischen hohen Schulen in Babylon wie in Palästina geschaffen und zusammengestellt worden sind. Der Versuch Helds ist dankenswert. Denn der europäische Leser, wenn er nicht gerade ein frommer Jude ist, weiß von der Art des Talmuds gemeinhin wohl so gut wie nichts (oder, schlimmer als das, nur die Entstellungen interessierter Eiferer, die dann als feststehende Wendungen ins allgemeine Bewußtsein übergegangen sind). Doch werden manche die Verse aus den Hebräischen Melodien Heinrich Heines kennen, in denen er die beiden Bestandteile des Talmuds nennt: die Halacha und die Hagada (die sich gegenseitig ablösen und auch in reizvoller Weise mit einander verschlingen), und die Hagada als einen blühenden Garten preist,

»Wo die schönen alten Sagen,  
Engelmärchen und Legenden,  
Stille Märtyrerhistorien,  
Festgesänge, Weisheitssprüche,

Auch Hyperbeln, gar possierlich,  
Alles aber glaubenskräftig,  
Glaubensglühend — o, das glänzte,  
Quoll und sproß so überschwänglich. . . .

Einige von den Legenden dieser Hagada hat nun H. L. Held herausgegriffen und in freier, anspruchsloser Weise wiedererzählt. Liest man diese Geschichten und Sagen, so wird man von den Äußerungen altjüdischen Gemüts ergriffen, von der bedingungslosen Liebe zu Gott und der tiefen Liebe zu den Menschen und all seinen anderen Kreaturen. Wie der Talmud die Frömmigkeit versteht, das kommt hier in der schönen Legende von dem Fremdling zum

Ausdruck: Unser Vater Abraham hat den fremden alten Mann aus seinem Zelt getrieben, weil er Gott den Herrn nicht ehren wollte. Aber die gewaltige Stimme Gottes spricht zu seinem Getreuen wie folgt:

»Abraham, Abraham, was tatest du in deinem Zorn, daß du den müden Greis hinaussetztest in die finstere Nacht, da er doch wohlgeborgen war in deinem Hause? . . . Vorschnell hast du gehandelt in deinem Eifer, und überstürzt hat sich deine Frömmigkeit, durch hundert Jahre schon habe ich Nachsicht und Erbarmen mit diesem Verblendeten, der viel Sünde tut; du aber stießest ihn von dir, da sich kaum ein Tag erfüllte. Wahrlich, nicht also erkennt man den Willen Gottes, daß man hart den Sünder von sich stößt; Barmherzigkeit ist mein Name, und meine Liebe hofft fort auch über einem Sünder; so du ausgehst, um mir zu gefallen, tu nach der Barmherzigkeit; also ist mir wolgetan.«

Und nun ein Sprung über mehr als anderthalb Jahrtausende: von der hebräisch-aramäischen Poesie des Talmuds zur jüdischdeutschen Dichtung unserer Tage. Nur einem winzigen Kreis deutscher Leser wird der in jiddischer Sprache schreibende Dichter Rabinowitsch bekannt sein, der sich das Pseudonym Scholem Alejchem zugelegt hat (siehe über ihn auch Acher Über die ostjüdische Literatur, in den Sozialistischen Monatsheften, 1913, 2. Band, pag. 998 f.). Der Jüdische Verlag in Berlin ließ einen Teil seiner Skizzen ins Deutsche übertragen und hat sie unter dem Titel Die verlorene Schuld herausgegeben. Er ist unter den Juden seiner russischen Heimat unendlich beliebt, kennt er doch diese armen, politisch stets geschädigten Menschen ungewöhnlich gut. Aber er ist kein sentimentaler Schriftsteller, kein klagender Lyriker wie etwa der anklagende Pathetiker Morris Rosenfeld. Er sucht auch keinen Anschluß an die westeuropäische Literatur wie vielleicht Schalom Asch. Er ist ein Humorist, der feinhörig und ohne Rast jede Redewendung seiner Volksverwandten aufbewahrt und daraus Sittenbilder schafft. Sittenbilder und Szenen, die ihn zu einem sehr lustigen Schilderer erheben. Das ist keine Spaßmacherei, das ist einfach Volksdichtung. Scholem Alejchem ist ein sehr großer Menschenkenner und ein goldenes Herz. Die Einzelheiten, die von seinem Leben zu erfahren sind, zeigen, daß er kein oberflächlicher Liebhaber der Schriftstellerei sondern ein sorgsam arbeitender Stilist ist. Er ist heute 55 Jahre alt, er hat in Kiew und Odessa viel Geld verloren, er hat sich in Amerika als Journalist durchgeschlagen. Seine Liebe

gehört den armen Leuten. Er beschreibt sie aber gar nicht weinerlich. Wenn hinter seinem Spaß auch die Wehmut abzulesen ist, dann ist es die Wehmut eines gefaßten Mannes. Dabei verwundet der Dichter nirgends durch Bitterkeit. Er ist stets gutmütig, väterlich, zart. Die Kinder in den kleinen jüdischen Städten Rußlands, die ärmlichen Handwerker, die Hausierer, die verträumten Gottesgelehrten, all diese den Westeuropäern fremdartige Welt sucht und zeichnet er. Seine Geschichten sind in seinem Land sehr volkstümlich, manche sogar schon klassisch. Es ist gut, daß man ihn auch Deutschland vorstellt.

Heinrich Heine hat seinen Rabbi von Bacharach nicht vollendet. Manche meinen, daß ihm nur an der lyrischen Ausmalung des Details gelegen (die freilich einen einzigartigen Höhepunkt des Gefühlsschaffens darstellt), daß der Stoff ihm fremd geworden war, sobald es hieß die epische Entwicklung zu geben. So ist das Bruchstück für allerhand Sinnerer stets beliebt gewesen. Max Viola fand Ergötzen weiterzufabulieren. Und er rundet also die Geschichte in einer mutigen Arbeit /Berlin, Cronbach/. Sie endet sehr friedlich, ein wenig nach dem Rezept der hausbackenen Märlein. Des Rabbi Unschuld am Ritualmord zeigt sich sonnenklar. Und er und seine schöne Gattin und ihre Glaubensbrüder erhalten nach den Tagen großer Angst Ruhe und die Freiheit des Ghettos wieder. Der Autor weiß, daß er dem Heineschen Anfang nichts Gleichartiges anfügen kann. Also hat ein strenges Urteil hier keinen Sinn. Und mancher wird sicherlich die Violasche Erzählung gern zu Ende lesen.

×  
**Neuausgaben** Im Jahr 1899 konnte die Hebbelausgabe des Meyerschen Klassikerverlags nur in 4 Bänden erscheinen. Noch hatte die Bewegung nicht um sich gegriffen, die Hebbel zur höchsten Volkstümlichkeit hinaufführte. Gerade begannen die Ästhetiker die Probleme des Dichters neu aufzuspüren, seine Verwandtschaft zum Ibsenschen Subjektivismus festzustellen, besonders die Tagebücher und Aufsätze zu durchstöbern, die so viel Kunstwissen und vorwärtsbringende Einsicht lieferten. Die Hebbelbegeisterung ist langsam gewachsen, sie ist die Frucht der Mühe, die eine ganze Kritikergeneration in den

letzten Jahren aufgeboten hat. Die Schutzfrist für das Hebbelsche Werk war schon längst verstrichen, und obwohl doch genug Verleger allerhand Altes herausgaben, blieb Hebbel sehr vernachlässigt. Das hat sich dann seit 5 Jahren etwas plötzlich verändert. Die größte und gründlichste Hebbelausgabe, die Riesensammlung aller Dokumente, die der nun auch begrabene Enthusiast Richard Maria Werner betrieb, ist sakrosankt wie die große Weimarer Goetheausgabe. Sie ist auch arg teuer. Daher tat der Meyersche Klassikerverlag gut, daß er Franz Zinkernagel, Fritz Euß und Carl Schaeffer vereinigte, damit sie die neue Hebbelausgabe besorgten. Sie ist 6bändig, mit allem kritischen Apparat und mit Einleitungen reichlich versehen und in jedem Betracht zu empfehlen. Sie enthält nur eine Lücke: die Tagebücher fehlen, diese Berichte eines ungeheuer aufrichtigen Menschen und Künstlers. Vielleicht können sie dieser vortrefflichen und dabei wohlfeilen Ausgabe noch in einem Ergänzungsband angefügt werden.

Gustav Kiepenheuer in Weimar, der das zierliche und billige Buch pflegt, sammelte einiges aus Stifters Studien. Er ließ diese Wald- und Menschenbilder mit biedermeierschen Stichen der Erstausgabe schmücken und bot so ein willkommenes Büchlein, in der feinen und anmutigen Ausstattung, die alle Bändchen der Kiepenheuerschen Sammlung zu einer wirklichen Liebhaberbibliothek vereinigt. Es seien noch einige von ihnen genannt: Justinus Kerners Reiseschatten, von Hermann Hesse geleitet, jene (gerade in unserer Periode des Monismus und ähnlicher Weltanschauungen sehr zeitgemäße) Verspottung der sogenannten Aufklärung und des selbstzufriedenen Verstandes. Dann noch Paul und Virginie; die Idylle des Bernardin de Saint-Pierre, die sich ganz besonders gut in diese Bibliothek einfügt, ist hier mit 8 Lichtdrucken nach Stahlstichen der ersten Ausgabe geschmückt.

×  
**KurzeChronik** Felix Salten, der in Wien zu tausend Tagesfragen das Wort nimmt, schreibt einen sehr angenehmen, Behaglichkeit zeugenden, immer persönlichen Stil. Tolstoj und eine Tänzerin, Kainz und Caruso, das alles sind Themen seiner Feuilletonkunst. Gestalten und Erscheinungen /Berlin, S. Fischer/ tauft er seinen neuesten Sammelband.

× Sehr liebenswürdige Büchlein gibt Axel Juncker heraus; er nennt die kleinen Sedezbändlein im sehr bunten, meist blumengeschmückten Pappeckel, die einem altmodischen Almanach ähneln, Orplidbücher (sie sind bereits in der Rubrik Bildende Kunst, in diesem Band, pag. 139, erwähnt). Novelletten Jacobsens, eine Blütenlese von Liebesliedern hausen schön in solcher Wohnung. Auch ein Bilderbuch für Verliebte, das Kurt Tucholsky mit Kurt Szafranski verfaßte: Rheinsberg steht auf dem Deckel. Zwei nicht getraute, aber sehr in sich versehene Menschenkinder entschlüpfen in das grüne, mit historischer Gefühlsschwärmerei erfüllte märkische Nest. Und dorten begibt sich zwischen ihnen all dies hochbedeutende Nichts, das zwei so entflatternde Herzen im Hotel, im undurchsichtigen Wald und sogar im verdunkelten Lichtspieltheater erfinden können. × Der ungarisch-deutsche Schriftsteller Paul Hatvany will die trockene Philologie durch eine mehr mystische Ausdeutung geistiger Dinge ersetzen. Er hat jetzt ein Aufsatzbändlein erscheinen lassen, das er *Salto mortale* betitelt /Heidelberg, Saturnverlag/. × Eher eine verdichtete Studie als ein Roman ist Der Rechtsanwalt von Johan Frederick Vinsnes /Berlin, Morawe & Scheffelt/. Der Rechtsanwalt erinnert sich an seine eifersüchtige Frau und einigen Ehebruch, und als er hierüber den Verstand einbüßt, rettet ihn ein gütiger Zufallstod. Das Buch wird seine Leser interessieren. × Die bronzene Tür /Berlin, Borngräber/ ist ein russischer Gesellschaftsroman von Elena Nagrodskaja. Bald in Venedig bald in der Sommerfrische um Petersburg begegnen sich die russischen Aristokraten und Intellektuellen, und es gibt zwischen ihnen fast nur halbperverse, sehr erbärmliche Menschlein. Der Stil der Nagrodskaja spiegelt diese zerfahrene Welt wider. Das Buch ist eine Art Seitenstück zum Sanin, der vor mehr als einem halben Jahrzehnt die große Sensation des russischen Romans war. × Karl Adolph erzählt, die Wiener Farbe und Sprechweise sehr gut beherrschend, Wiener Geschichten, unter dem Titel Töchter /Wien, Deutsch-österreichischer Verlag/. Es sind jene Töchter, die nach einem Schnitzlerschen Wort in der Stadt geliebt, in der Vorstadt geheiratet werden. Adolph ist düsterer und echter als zu meist die Wiener Schriftsteller.

## KULTUR

Kolonisation / Herman Kranold

Deutsch Ost- Der Bericht des Kolonial-  
afrika amts über die Entwickelung der deutschen Kolo-

nien im letzten Geschäftsjahr ist jetzt wiederum als stattlicher Band bei Mittler in Berlin erschienen, unter dem Titel Die deutschen Schutzgebiete in Afrika und der Südsee 1912-1913. Aus ihm ergibt sich, trotz vereinzelter ungünstiger Momente, wie der Kautschukkrise, deren Anfang noch in den letzten Teil der Berichtszeit fiel, im ganzen ein Bild stetiger Aufwärtsentwicklung. Im einzelnen ist bei der ersten Durchsicht das folgende hervorzuheben.

In Deutsch Ostafrika hat die Fläche des neu verpachteten Bodens stark abgenommen, da in den Bezirken der starken Nachfrage der Boden nahezu auf das für die Eigenproduktion der Eingeborenen unentbehrliche Maß zusammengeschmolzen ist. Auch die Menge des an Weiße verkauften Landes hat nicht zugenommen. Der Gesundheitszustand der Eingeborenen verbessert sich langsam, wenn er auch noch recht viel zu wünschen übrig läßt. Doch hofft man in zäher Arbeit der Seuchen Herr zu werden; über deren gegenwärtigen Stand unterrichten einige gute farbige Karten. Die Erträge der wichtigsten Zweige der Eingeborenenproduktion verhielten sich folgendermaßen: Dem Wert nach nahm zu die Ausfuhr von Kopal, Wachs, Wildkautschuk (die Steigerung ist nur gering und gleicht den Rückgang der letzten Jahre nicht völlig aus), die von Kopal und Wildkautschuk auch der Menge nach. Die Ernte an Sorghumhirse hat eine erhebliche Steigerung zu verzeichnen; ebenso der Anbau und die Ausfuhr von Mais. Der Reis wird immer mehr aus einem Luxus- zu einem Volksnahrungsmittel. Der Zuckerrohranbau steigt langsam wieder an, gleichzeitig aber auch der inländische Zuckerverbrauch. Dagegen hat der Export an Kopa eine entschiedene Verminderung erfahren, es wurden zu Saatzwecken und für den inländischen Konsum größere Mengen Kokosnüsse zurückbehalten. Die Qualität der Kopa bessert sich langsam. Große Komplexe der wilden Ölpalmenbestände können noch immer nicht ausgenutzt werden, weil sie in Schlafkrankheitsgegenden sich befinden. Die Ausfuhr von Erdnüssen stieg in Menge und Wert auf mehr als das Doppelte der

vorhergehenden Berichtszeit, auch der Sesamexport wuchs. Die Baumwollproduktion steigt weiter. Farbige werden als Baumwollbaulehrer ausgebildet. Die zur Kultur verteilte Saatmenge verdoppelte sich fast. Der Viehstand entwickelte sich trotz eines erneuten Ausbruchs der Rinderpest sehr günstig. Infolgedessen wuchs auch die Ausfuhr tierischer Produkte.

Die Produktion der Europäer zeigt ebenfalls eine günstige Entwicklung. Die Kautschukaufuhr hat ebenso wie das Anbauareal eine beträchtliche Steigerung erfahren, trotz der Überproduktion, die von den Malaienstaaten her schon längst drohte und nun auch zu ihrer gefährlichen Wirkung gekommen ist. Ebenso hob sich die Produktion von Sisal, Baumwolle (nach Menge und Beschaffenheit), Kapok (fast eine Verdoppelung von Anbaufläche und Ausfuhrmenge), Kaffee (Vermehrung und bessere Qualität infolge sorgfältiger Aufbereitung), Mais, Hülsenfrüchten, Kokosnüssen und Ölfrüchten. Schweinen. Die Viehseuchenbekämpfung wurde durch eine Reihe von Maßnahmen energisch gefördert. Die Goldgewinnung nahm ab, die Ausfuhr von Glimmer zu, Exportindustrie gibt es noch nicht, das Kleingewerbe besorgen fast nur Farbige.

Der Außenhandel stieg von 68,3 auf 81,7 Millionen Mark. Die Einfuhr wuchs um 9,6 %, die Ausfuhr um 40 %. Wohin die Eisenbahn vordringt, verschwindet langsam der Karawanenverkehr, die Trägerlöhne haben etwas angezogen. Die Tanganyikabahn zog schon vor ihrer Fertigstellung den kongostaatlichen Verkehr stark an sich. Die Verlängerung der Usambarabahn bis Aruscha wurde vorbereitet.

× Kamerun ×  
In der Berichtszeit war der wichtigste Vorgang die Angliederung des von Frankreich im Vertrag vom 4. November 1911 abgetretenen Gebiets (darüber eine ausgezeichnete Steindruckkarte). Die Erforschung und kartographische Aufnahme des Landes wurde weitergeführt. Die Vermehrung der weißen Bevölkerung war stark, die der farbigen ungenügend. Die Gesundheitsverhältnisse waren bei den Weißen gut, bei den Farbigen wurden neue Schlafkrankheitsherde festgestellt; ein weiteres Schlafkrankenlager wurde errichtet. Die Pockenimpfung wurde fortgeführt. Das Schulwesen hat sich sehr günstig entwickelt. Die Pro-

duktion an Kautschuk, Palmkernen, Kakao und Palmöl stieg in Menge und Wert. Der Kautschuk ist noch fast ganz Wildprodukt. Sehr gute Fortschritte machte auch die Holzgewinnung, die von Elfenbein nahm weiterhin ab. Besonders erfreulich ist die Zunahme der Eingeborenenkulturen. Vor allem die Kakao-kultur ist in dieser Hinsicht zu rühmen. Die Europäerpfanzungen nahmen zu nach Zahl, Anbaufläche, Beamten- und Arbeiterzahl. Auch hier verspricht die Kakaokultur besonders viel. Auch die Viehzucht macht Fortschritte; die Seuchenschädigungen sind zwar nicht ganz beseitigt, aber doch im ganzen gering. Bergbau und Industrie blieben geringfügig.

Der Außenhandel stieg von 50,56 auf 57,57 Millionen Mark; die Zunahme war stärker als im Jahr vorher. Davon betrug der Anteil des Mutterlands 47,05 Millionen Mark = 81,8 %, gegen 82,1 % im Vorjahr. Der Bau der Mittellandbahn machte langsame Fortschritte (in der Kolonialpresse wurde vielfach über diese außerordentliche Langsamkeit geklagt). Der Wege-, Wasserweg- und Hochbau entwickelt sich weiter. Die Gouvernementsdruckerei war zeitweilig mit Arbeiten so stark überlastet, daß sie einen Teil der Aufträge an eine Privatfirma abgeben mußte. Die Hafenverhältnisse in Duala blieben die alten provisorischen; doch soll nun endlich wirklich etwas geschehen. Die Einnahmen des Schutzgebiets überstiegen den Anschlag von 6,8 um 2,9 Millionen Mark und machten 9,5 Millionen Mark aus.

× Togo ×  
In der Berichtszeit war Friede. Die Eingeborenen nahmen in steigendem Umfang die Rechtspflege der Verwaltungsbehörden in Anspruch. Die Zahl der Weißen nahm etwas zu, die genauer durchgeführte Schätzung der Farbigen in einzelnen Bezirken ergab eine die bisher angenommenen Zahlen ziemlich übersteigende Ziffer. Die Gesundheitsverhältnisse der Weißen waren ziemlich günstig, die der Farbigen blieben stationär; für die Bekämpfung der Schlafkrankheit war Ärztemangel recht hinderlich. »Die allgemeinen Wirtschaftsverhältnisse des Schutzgebiets basieren nach wie vor fast ausschließlich auf der Eingeborenenproduktion«, und das Schutzgebiet fährt dabei nicht schlecht. Trotz abnorm schlechten Wetters stand die Ausfuhr von Ölpalmenprodukten dem

Rekordjahr 1911 nur wenig nach, die von Mais ging allerdings zurück, die von Baumwolle nahm aber ganz hübsch zu, ebenso die von Kautschuk, Kakao und Sisal; dagegen blieb die von Kopra und Erdnüssen hinter dem Vorjahr zurück. Die Viehhaltung litt unter der Verbreitung der Lungenseuche im Hinterland. Das Gouvernement suchte besonders der Baumwollenzucht und der Ölpalmenkultur zu helfen, und in der Tat hat die Togobaumwolle wieder ihre alte Qualität erreicht. Die frühere Ackerbauschule Nuatjä wurde in eine Landeskulturanstalt (Musterfarm) umgewandelt. Im Handel hielten in den ersten Berichtsmonaten noch die Fortschritte des vorhergehenden Rekordjahrs an, dann aber kam die Dürre in einem Rückgang zur Geltung. Immerhin übertraf der Küstenhandel mit 21,38 Millionen Mark noch das Vorjahr um 2,45 Millionen. Die Länge der Telegraphenlinien des Gebiets nahm erheblich zu; am 19. Januar 1913 stellte auch ein deutsches Unterseekabel via Monrovia eine direkte Verbindung mit Deutschland her. Im Dezember 1912 wurde ein Lastautomobilverkehr zwischen Palime und Kpandu eingerichtet. Die Eisenbahnen steigerten Frequenz und Rentabilität, die neue Landungsbrücke in Anecho wurde am 1. November 1912 eröffnet. Wasserversorgung, Straßen-, Brücken- und Wasserbauten entwickelten sich günstig. Trotz ungünstiger Finanzlage konnte das Rechnungsjahr 1912 noch mit einem kleinen Überschuß abgeschlossen werden.

× **Deutsch Südwestafrika** Die weiße Bevölkerung nahm um 2,89 % zu. Die farbige Bevölkerung hat sich auf dem platten Land ganz gut vermehrt, nicht dagegen in den größeren Ortschaften. Fast alle Wirtschaftsbedürfnisse litten unter Arbeitermangel, der sich besonders den Farmbetrieben fühlbar machte. Der Viehbesitz der Eingeborenen entwickelte sich gut. Der Gesundheitszustand der weißen Bevölkerung war zufriedenstellend, der der farbigen besserte sich erheblich, besonders infolge des Baus besserer Unterkunftsräume in den Ortschaften, rationellerer Verpflegung in den großen Arbeitsbetrieben und der Schaffung unentgeltlicher Polikliniken von Regierungsseite. Der langsamen Besserung der wirtschaftlichen Lage kam besonders das Wachstum des Genossenschaftswesens zugute, das sich allmählich zu einem ganz

wesentlichen Promotor der Landwirtschaft entwickelt. Die Schlachtviehzucht hat so zugenommen, daß zur Verhütung einer Überproduktion neue Absatzgebiete aufgesucht werden müssen. Die Bohrungen auf Wasser wurden fortgesetzt. Die Farm- und Viehwirtschaft hat einen günstigen Fortgang genommen. Auch Acker-, Tabak-, Wein- und Obstbau. Im Bergbau ist ein Aufschwung zu verzeichnen.

Der Gesamthandel zeigte aber gegenüber dem Vorjahr infolge des Aufhörens der Eisenbahnbauten einen Rückgang um 2,34 auf 71,54 Millionen Mark. Die Ausfuhr stieg bedeutend, während die Einfuhr so weit zurückging, daß sie nun hinter der Ausfuhr beträchtlich zurücksteht. Die Finanzentwicklung des Schutzgebiets war insofern gut, als die Einnahmen den Voranschlag von 15,33 Millionen Mark mit 21,63 Millionen beträchtlich überstiegen; doch ist die Grundlage dafür fast ganz in der Steigerung des Diamantenexports zu sehen. Für das Rechnungsjahr 1912 konnte das Schutzgebiet einen Überschuß von 8,8 Millionen Mark erzielen.

So weit der Regierungsbericht über Afrika; über die Südseegebiete wird in der nächsten Rundschau referiert werden. Der Gesamteindruck ist wohl der, daß sich in Deutsch Afrika langsam, aber stetig ein neues Stück Kultur entwickelt. Der Bericht, aus dem hier (vorläufig unter Zurückstellung der Kritik) nur ein kurzer Auszug gegeben werden konnte, ist in seiner liberalen Ausstattung mit Karten und graphischen Darstellungen und in seiner eingehend gegliederten, mehr als 400 Seiten umfassenden statistischen Beilage eine Quelle reichster Einsicht in deutschkoloniale Verhältnisse. Der Gefühlsäußerungen enthält er sich in erfreulicher Weise. Nur fällt auf, daß über die Behandlung der Eingeborenen durch die Beamten und die anderen Weißen sehr diskret geschwiegen wird.

× **Südafrika** Britisch Südafrika war der Schauplatz eines Generalstreiks. Durch ein beispielloses brutales Vorgehen, das alle gesetzlichen Regeln nach Belieben außer acht ließ, gelang es der Regierung Gladstones und Bothas ihn in wenigen Tagen niederzuschlagen. Die unbequemen Arbeiterführer nahm man einfach mit oder ohne Vorwand fest, einerlei ob sie Abgeordnete und als solche immun waren

oder nicht; diejenigen von ihnen, bei denen dies Verfahren zweckmäßig erschien, deportierte man gegen alles Recht. Etwa 100 000 Burghers sollen unter den Waffen gewesen sein. Es ist wohl in der Geschichte der letzten Jahre in nicht-russischen Gebieten kein Beispiel so brutaler Unterdrückung der Koalitionsfreiheit zu finden. Und das freie England steht dem Vorgehen der Kolonialregierung in Kapstadt ziemlich machtlos gegenüber und kann sich nicht in die Angelegenheit einmischen, wenn es nicht dem Mißtrauen der Dominions neue Nahrung geben und alle divergierenden Tendenzen des Reichs zum Leben rufen will.

Aber nicht nur die weißen Arbeiter machen den südafrikanischen Kapitalisten Sorge. Schon vor dem Streik war die Zahl der farbigen Arbeiter außerordentlich knapp. Die Goldproduktion sank. Die Ferreira Deep Limited meldet darüber in ihrem Jahresbericht: »Die Arbeiterzahl war zu keiner Zeit [des letzten Geschäftsjahrs] vollauf genügend. Seit Juni nahm die Belegschaft rapid ab, da alle Arbeiter aus tropischen Gegenden entfernt wurden und dann im Juli infolge des Aufstands die Rekrutierung vorübergehend sistiert wurde... Trotz der bessern Verfassung der Mine, und obgleich die Aufschließungsquote reduziert wurde, dürfte das Resultat des laufenden Jahres weniger günstig ausfallen, es sei denn, daß die Arbeiterfrage in Bälde sich wesentlich bessern sollte.«

Interessant sind die Ursachen dieser Erscheinung. Im allgemeinen finden die Anwerber eingeborener Arbeiter immer wieder dadurch neu zu tun, daß die Arbeiter, soweit sie nicht an der bösen gesundheitlichen Lage der Minen zugrunde gehen, meist nicht länger als ein Jahr dort festzuhalten sind. Gesetzlich sind nämlich alle qualifizierten Arbeiten Weißen vorbehalten, so daß den Farbigen, bei denen sich mit der Domestizierung in der Industrie auch bald neue Bedürfnisse entwickeln, keine Aussicht bleibt es je zu einer entsprechend höher bezahlten Tätigkeit zu bringen. Das empfinden sie um so mehr, als bei Gelegenheit des Streiks im vorigen Sommer die Agitation zum Anschluß an den Streik von den weißen Bergarbeitern auch auf die farbigen ausgedehnt und dadurch deren Selbstbewußtsein entfaltet wurde; und als andererseits bei Gelegenheit dieses Streiks in vielen Gruben die Farbigen in außerordent-

lich kurzer Zeit gelernt haben eine ganze Reihe der qualifiziertesten Arbeiten, zum Beispiel die Bedienung der Bohrmaschinen, zu übernehmen. Diese Lernfertigkeit und der hohe Wert, den die Farbigen auf ihre industriellen Fähigkeiten um der Erhöhung des Lebensstandards willen legen, ist doch geeignet über die Behauptung von der mangelnden Industrialisierbarkeit der von ihnen bewohnten Gebiete nachdenklich zu stimmen. An die Richtigkeit dieser Ansicht knüpfen die einen Theoretiker die höchsten Hoffnungen, die anderen die schwersten Befürchtungen. Insofern scheint dieser Vorgang allerdings von nicht geringer prinzipieller Bedeutung, und man wird gespannt sein dürfen, ob sich jetzt nach dem neuerlichen Streik die gleichen Erfahrungen zeigen werden.

#### × Kautschuk-ersatz

Als vor einigen Jahren der große Kautschukboom war, und die Ware zu keinem vernünftigen Preis auf dem Markt erhalten werden konnte, gründete man in allen geeignet scheinenden Gebieten der Welt Kautschukplantagen. Diese sind allmählich alle tragfähig geworden, und jetzt ist eine derartige Überproduktion in Kautschuk vorhanden, daß die Preise auf dem Weltmarkt bis ins Bodenlose gesunken sind. Den Kautschukpflanzern in den deutschen Kolonien sucht man nun dadurch zu Hilfe zu kommen, daß man Kulturen ausfindig zu machen sucht, die teils, rasch ertragsfähig, den schwächsten Elementen unter ihnen über die böseste Zeit hinweghelfen teils auf die Dauer einen Ersatz für die Kautschukkultur bieten und so der nochmaligen Entstehung einer solchen Krise nach Möglichkeit vorbeugen. Die Ölrohstoffkommission und die Baumwollkommission des Kolonialwirtschaftlichen Komitees haben sich in ihren Sitzungen vom 6. und 17. November vorigen Jahres eingehend mit der Frage befaßt. Aus diesen Verhandlungen geht vor allem hervor, daß nicht alle Kautschukpflanzern von der Krise so schwer betroffen werden, wie man zunächst annahm, daß nämlich diejenigen, die neben Kautschuk noch anderes kultivieren, und die Pflanzern in Kamerun auf Grund besonders günstiger örtlicher Produktionsbedingungen den schlimmsten Formen dieser Krise nicht ausgesetzt sind. Dagegen ist das Gros der ostafrikanischen Pflanzern tatsächlich schlimm

daran. Man war sehr geteilter Meinung, ob der Anbau von Kapok an Stelle von Kautschuk ratsam sei. Ein Kapokfachmann vertrat diesen Standpunkt energisch, er stieß aber auf ebenso lebhaften Widerspruch, so daß man diesen Vorschlag also vorläufig noch als offene Frage behandeln muß. Anders stand es dagegen bei den Erörterungen über den Anbau der Kokos- und der Ölpalme. Wenn man sich auch dabei noch darüber stritt, ob an allen Stellen, an denen jetzt Kautschuk gebaut wird, auch Palmen der einen oder der andern Art wachsen werden, war man sich doch darüber einig, daß jedenfalls da, wo sie wachsen, ihr Anbau empfehlenswert sei; denn für die Früchte der Öl- und Kokospalme sei immer Verwendung vorhanden; die steigende Tendenz die tierischen Fette in der menschlichen Nahrung möglichst durch die billigeren Pflanzenfette zu ersetzen werde schon für die nötige Nachfrage auch bei stark vermehrtem Angebot sorgen. Ich möchte es dahingestellt sein lassen, ob diese ganz gewiß in den Wandlungen der modernen Volksernährung sichtbaren und auch durchaus rationalen Tendenzen sich mit der für diesen Vorgang wünschenswerten Schnelligkeit durchsetzen werden, aber das scheint sicher, daß es, wenn es einmal zu einer Überproduktion in diesen Produkten kommen sollte, die Krise jedenfalls nicht die Schärfe annehmen wird, wie sie jetzt die auf dem Kautschukmarkt zeigt; denn während der Kautschuk in seinen Verwendungsmöglichkeiten recht beschränkt ist, sind es diese Produkte der Öl- und Kokospalme weit weniger.

× **Kokospalmen-**Den Hauptteil der Ausfuhr **schädlinge** von Samoa bildet die Kopra, das Produkt der Kokospalme. Sie machte im Jahr 1911 mit 3,58 Millionen Mark Wert fast 86 % der gesamten Ausfuhr des Schutzgebiets aus und stellt also die eigentliche Quelle des Wohlstands der Insel dar. Neuerdings erscheint diese Kultur ernsthaft durch einen Schädling, den Nashornkäfer, bedroht, der in den Beständen an Kokospalmen große Verheerungen angerichtet und sich so schnell und stark verbreitet hat, daß der gesamte Palmenbestand der Insel schwer gefährdet scheint. Die Bekämpfung ging bisher darauf hinaus die Brutstätten wegzuräumen, doch hat sich diese Methode für die besonders stark heimgesuchten Bestände als

aussichtslos erwiesen. Glücklicherweise sind diese verhältnismäßig klein und auch ihrer Bodenbeschaffenheit und ihrem Klima nach für Ersatzkulturen sehr geeignet. Die ausgedehntesten Strecken sind einer gründlichen Reinigungsarbeit sehr wohl zugänglich. Im übrigen sucht man neue Waffen zu finden. Vor allem hat man sich, wie man es auch bei unseren einheimischen Forstschädlingen zu machen pflegt, auf das Einsammeln der Larven verlegt. Um dies wirksam zu gestalten, kann man durch gewisse Lockmittel (verrottendes Holz, Kakaoschalenhaufen, lebende Nashornkäfer) die Larven dazu bringen sich in Fanghaufen zu sammeln, wo ihre Aufsuchung und Vernichtung dann bedeutend erleichtert ist. Im übrigen kann man der Nachschübe aus dem Urwald nur dadurch Herr werden, daß man die natürlichen Feinde des Nashornkäfers, vor allem die Dolchwespen, und einen Pilz, das *Metarrhizium anisoploë*, in den Dienst der Bekämpfung stellt. Mit diesem hat Dr. K. Friederichs (Samoa) Versuche angestellt, über die er im Tropenpflanzer berichtet. Sie haben ein ausgezeichnetes Ergebnis gezeitigt und es als wünschenswert und aussichtsreich erscheinen lassen das ganze Gebiet der Insel, auf dem die Kokospalme steht, mit diesem Sporenpilz zu *verseuchen*. Schließlich soll versucht werden die Dolchwespen in großem Maßstab auf der Insel einzubürgern. Durch dieses systematische Vorgehen hofft man zu erreichen, daß die Kultur der Kokospalme und damit die Hauptquelle des Wohlstands der Insel, die Kopraausfuhr, sich wird halten lassen.

× **KurzeChronik** Die deutschen Kolonialbe- **×**  
hörden gehen seit einiger  
Zeit in der Frage des  
Schutzes der tropischen und subtropischen Tierwelt etwas energischer vor. So hat der Gouverneur von Neuguinea erklären lassen, daß für das Jahr 1914 keine Jagdscheine für Paradiesreier mehr ausgestellt werden würden. × In Deutsch Ostafrika ist zur Ausnutzung der Panganifälle eine Konzession erteilt worden. Ein Teil der dort so zu gewinnenden elektrischen Energie soll für den Pflanzungsbetrieb Verwendung finden, besonders zur Aufbereitung von Sisalblättern an Ort und Stelle sowie zur Elektrifizierung der nicht weit entfernten Usambarabahn. Schließlich hoffen die Unternehmer die

Kraft für die Gewinnung von Kalkstickstoff zu Düngzwecken nach norwegischem Muster nutzbar zu machen. × In Deutsch Südwestafrika wurde eine Konservenfabrik errichtet, die zum erstenmal Rindfleischkonserven an den deutschen Markt geliefert hat. × In Südamerika und in China errichtet man deutsche überseeische Ingenieurschulen. Dort sollen nicht etwa junge Deutsche für die speziellen Aufgaben, die dem Ingenieur in diesen Ländern sich bieten, eine Vorbereitung finden, sondern man will dort die Einwohner des Landes selbst zu Ingenieuren heranbilden. Auch für Deutsch Ostafrika plant das Kolonialwirtschaftliche Komitee eine ähnliche, vorläufig allerdings mehr elementar gedachte Anstalt zur Heranziehung von schwarzen Maschinenteknikern. × Neuere Untersuchungen über die Schlafkrankheit in Südafrika haben gezeigt, daß der Erreger dieser Krankheit dort nicht völlig mit dem Erreger dieser Seuche im mittlern Afrika identisch ist. Es ist das *Trypanosoma rhodiense*, das durch den Stich einer Fliege, der *Glossina morsitans*, übertragen wird. Diese *Glossina morsitans* ist nun, im Gegensatz zu der mittelafrikanischen *Glossina palpalis*, ubiquitär, so daß man also keine Aussicht hat ihr mit Trockenlegung sumpfiger Gebiete und mit Abholzung beizukommen, vielmehr sich nach anderen Mitteln zu ihrer Bekämpfung wird umsehen müssen. × Das Pandschab wird durch ein System von 3 Kanälen bewässert werden. Von diesen ist einer jetzt eröffnet worden. Er versorgt etwa  $3\frac{1}{2}$  Millionen Quadratkilometer Landes mit Wasser: die Baukosten betragen zirka 140 Millionen Mark. × Die Republik Liberia wird, mit Unterstützung durch die American Colonization Society, eine Industrie- und Handwerkerschule für Farbige errichten.

× **Literatur** Ein alter Afrikaner, J. K. Viotor (Bremen), hat unter dem Titel Geschichtliche und kulturelle Entwicklung unserer Schutzgebiete ein sehr hübsch ausgestattetes Buch erscheinen lassen /Berlin, Dietrich Reimer/, das allerdings weniger über das in seinem Titel angegebene Thema spricht als in fesselnder Darstellung langjähriger Beobachtungen und Erfahrungen sich ergeht. Der historische Teil ist freilich ganz unzu-

reichend, auch ein eigentliches Bild von Wirtschaft und Kultur der deutschen Schutzgebiete bekommt man nicht, von den Schutzgebieten in der Südsee ist überhaupt kaum die Rede. Auch manche komische Dinge laufen unter, so wenn der Verfasser sein Entsetzen darüber äußert, daß ein Neger den Vorwärts gelesen habe. Dafür entschädigen andere Qualitäten des Buches. Sein Verfasser tritt sehr energisch für eine eingeborenenfreundliche Politik ein; er betont vor allem auch die Überlegenheit des bäuerlichen Negerbetriebs über den Plantagenbetrieb für eine ganze Reihe von kolonialen Produkten (zum Beispiel Kakao). Durch diese sehr interessanten Ausführungen, hinter denen reiche Sachkenntnis und Erfahrung stehen, wird das Buch recht wichtig, und sie sollten es besonders den an kolonialen Fragen interessierten Parteigenossen wertvoll machen. × In einem, ebenfalls sehr hübsch ausgestatteten Buch erzählt Otto Goebel von den allgemeineren Ergebnissen seiner beiden sibirischen Reisen (Vom Ural bis Sachalin /Berlin, Dietrich Reimer/). Mit zahlenmäßigen Angaben ist er sehr sparsam, aber er verfügt über eine so lebhaft dargestellte Beschreibung, daß dem Leser das beschriebene Gebiet recht lebendig wird. Man erhält zwar den Eindruck, daß bis vor kurzem eine unendliche Schlampe in diesen Gegenden geherrscht hat, aber man sieht die ungeheure wirtschaftliche Zukunft dieses Riesenlands (vor allem Butter, dann Fleisch, Häute und Felle, Gold, Kohle usw.). All das ist sehr geschickt dargetan, so daß man dem Verfasser für die angenehme Darstellung und vielfache Einsicht Dank weiß. Leider fehlt eine Karte der Gegenden, die in der Schrift behandelt werden; sie kann wohl der vermutlich bald kommenden 2. Auflage angefügt werden. × Das von Schwabe, Kuhn und Fock herausgegebene Taschenbuch für Südwestafrika /Berlin, Dietrich Reimer/ besteht jetzt aus einem umfangreichen Hauptteil mit Kalender und 2 Beiheften, von denen das eine alle für Südwestafrika gültigen Gesetze und Verordnungen, das andere allerlei Wissenswertes für den südwestafrikanischen Farmer und Einwanderer wiedergibt, und ist durch seine exakte, handliche Einrichtung für den Praktiker wie für den wissenschaftlichen Arbeiter eine ausgezeichnete Quelle.